

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

GEWERKSCHAFTSSPIEGEL · INFORMATIONEN UND KOMMENTARE

GEGRÜNDET 1961 VON HEINZ SEEGER

D 34 76 E

Unternehmerangriff auf den Sozialstaat

Mit den „Zehn Thesen für eine offensive Wirtschaftspolitik“ des Bundesverbandes der Deutschen Industrie und den wenig später verabschiedeten „Leitsätzen zur Sozial- und Gesellschaftspolitik“ der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände sowie Überlegungen solch illustrier Vereinigungen wie des „Kronberger Kreises“, wurde eine neue Etappe des Angriffs auf die sozialen Besitzstände des kleinen Mannes eingeleitet. Dabei ist folgendes zu beobachten: Während auf der einen Seite unverfroren einem Sozialabbau bisher ungeahnten Ausmaßes das Wort geredet wird, beschwören auf der anderen Seite die gleichen Leute den Geist der Sozialpartnerschaft. Während die Unterneh-



Der bekannte Schriftsteller Bernt Engelmann, bis 1984 Vorsitzender des VS in der IG Druck und Papier, hielt am 6. Juni im Frankfurter Gewerkschaftshaus die Laudatio zum 25jährigen Bestehen der NACHRICHTEN. Seinen Streifzug durch ein Vierteljahrhundert bundesdeutscher Geschichte dokumentieren wir im Einhefter.

Rentenräuber

Arbeitszeitverkürzung: nächste Etappe ● Spekulant

Unternehmer-Gruselvorschläge

Frankfurt/M. · 26. Jahrgang

7/86

Juli 1986

Einzelheft DM 4,-

INHALT

POLITIK

Die beiden Strömungen im DGB
waren nicht zu übersehen 3

Gewinnen – aber wie denn? 4

Skandal und Psychoterror 4

Rentenräuber 4

LÖHNE/TARIFE

Startschuß für die nächste Etappe
der Arbeitszeitverkürzung 5

Ein Novum im NRW-Großhandel:
Streiks für MTV und mehr Lohn 6

IG Bergbau fordert
6 Prozent mehr Geld 6

Tarifabschluß in der Chemie und
Tritte gegen das IGM-Schienbein 7

Orientierung auf Tarifpolitik 7

WIRTSCHAFT/FINANZEN

BDI-Vorschläge stammen offenbar
aus Frankensteins Gruselkabinett 9

Spekulanten
Daten zur Wirtschaftsentwicklung 10

GEWERKSCHAFTEN

Gegen Disziplinierung im Betrieb
DPG-Aktion „Wir werden uns wehren“
Interview mit dem hessischen
DPG-Vorsitzenden Josef Stark 11

Im September: Aktionsmonat
der Frauen in der Textilindustrie 12

NACHRICHTEN-DOKUMENTATION:
Beschlüsse und Reden (Auszüge)
vom DGB-Kongreß
Bernt Engelmann zum
NACHRICHTEN-Jubiläum 13–24

Unternehmerangriff . . .

mer völlig unzweideutig auf die Wendepolitik setzen, fordern sie zugleich von den Gewerkschaften, die angebliche parteipolitische Einseitigkeit aufzugeben, in Wirklichkeit aber auf die parteipolitische Unabhängigkeit zu verzichten.

Vieles, was gegenwärtig in unserem Lande geschieht, erinnert fatalerweise an die Endphase der Weimarer Republik. Auch damals Sozialabbau, auch damals Abbau von Gewerkschaftsrechten. Dies alles führte letztlich zur Vernichtung dieser Republik und zum Faschismus. Mit Recht machte der DGB-Vorsitzende Ernst Breit auf dem DGB-Kongreß darauf aufmerksam, daß hier „Gesellschaftsveränderer am Werk“ sind, gegen die sich die Gewerkschaften mit aller Kraft wehren müssen.

Der DGB verfügt allerdings heute mit den Beschlüssen des Hamburger Kongresses über eine klare Orientierung. So wird im Antrag 18, der einstimmig angenommen wurde, nachgewiesen, daß mit der Wendepolitik der Sozialstaat zur praktischen Bedeutungslosigkeit degradiert werde. Ernst Breit verwies hier auf die geschichtliche Erfahrung, daß Arbeitslosigkeit und ihre Folgen dazu beitragen können, „nicht nur die sozialen Sicherungssysteme, sondern die politische Demokratie auszuhöhlen“.

Das Sozialstaatsprinzip ist aber nach Meinung des DGB tragendes Verfassungsprinzip, gleichrangig neben der Menschenwürde. Deshalb kann man nicht heute dafür und morgen, je nach Laune, dagegen sein. Derjenige aber, der von unten nach oben umverteilt, der die Armen ärmer und zugleich die Reichen reicher macht, der die Gewerkschaften kampfunfähig machen und ihrer Schutz- und Gestaltungsfunktion berauben will, handelt nach gewerkschaftlichem Selbstverständnis verfassungswidrig.

Deshalb ist der Kampf gegen eine solche Entwicklung für die Gewerkschaften „eine Pflicht von erster Priorität“. Widerstand gegen antisoziale Bestrebungen wird zum Verfassungsgebot. Dieser, so wird geschlossen, beginne mit der täglichen Auseinandersetzung in den Betrieben, fahre fort mit dem entschlossenen Kampf gegen Tarifdiktat und Aussperrung und schließe letztlich Aktionen ein, „mit denen Politikern und Unternehmern die Entschlossenheit der Arbeitnehmer demonstriert wird, die eigenen Lebensinteressen zu verteidigen“.

Wer aber Sozialstaat und Gewerkschaftsfreiheit verteidigt, „verteidigt die Substanz der Bundesrepublik Deutschland als eines menschenwürdigen, reformfähigen Gemeinwesens“. Wenn daher Legislative, Exekutive und möglicherweise auch die Jurisdiktion gegen den Geist des Grundgesetzes und folglich verfassungswidrig handeln, dann wird Widerstand zur Pflicht, notfalls auch, wie Hans Mayr, der Vorsitzende der IG Metall, sagte, gegen den Staat.

INHALT

Bündnisse sind auch
künftig gefragt,
aber nicht Geißlers Einheitsbegriff 25

Arbeiter und Angestellte –
keiner kämpft für sich allein 26

„Kursänderung der Bundesbahn“
aber nur mit Resolutionen? 26

Hat Kollege Horst Mettke eventuell
nur ein allzu kurzes Gedächtnis? 27

GESELLSCHAFTSPOLITIK

Die Konzerne schleichen sich
aus der Montan-Mitbestimmung 29

Sofortmaßnahmen für Werften 29

Gewerkschaftliche Einheitsliste
wird mit aller Kraft unterstützt 30

Der Sozialismus liegt nicht
auf der Insel „Nirgendwo“ 31

„Versprechungen einhalten“ 31

SOZIALPOLITIK

Aus dem Arbeits- und Sozialrecht:
Sachverständige bei der
Einführung neuer Technik 32

DGB-Kongreß setzte Akzente
für fortschrittliche Sozialpolitik 33

Das Treffen von Börgerende:
Auf der Erde noch ohne Beispiel 34

RUBRIKEN

GLOSSE 3
TARIFMELDUNGEN 8
TARIFKALENDER 8
GEWERKSCHAFTSMELDUNGEN 28
PERSONALIEN 28
FILM 35
IMPRESSUM 35
VERLAGSINTERNES 35
TERMINKALENDER 36
BESTELLSCHEIN 36
ZU GUTER LETZT 36

Die beiden Strömungen im DGB
waren nicht zu übersehen

In welcher gesellschaftlichen Situation müssen die Gewerkschaften heute ihre Aufgaben erfüllen? Darüber gab es auf dem DGB-Kongreß unterschiedliche Auffassungen, hinter denen unterschiedliche Analysen über den Zustand der Gesellschaft stehen und daher auch unterschiedliche gewerkschaftliche Strategien abgeleitet werden. Da war auf der einen Seite die sozialpartnerschaftlich orientierte Minderheit, die vor allem von Delegierten der IG Chemie – Papier – Keramik repräsentiert wurde, und auf der anderen Seite diejenigen, die die Gewerkschaften als autonome kämpferische Interessenvertretung der Arbeiter, Angestellten und Beamten betrachten.

Es war Veronika Keller-Lauser von der IG Chemie, die in ihrem Diskussionsbeitrag kritisierte, daß einige glaubten, „daß der Klassenkampf in den Betrieben und Verwaltungen schon ausgebrochen ist, ... daß er nur noch von wenigen Gewerkschaften verhindert wird, und daß wir im Interesse der Arbeitnehmer die Gesellschaft morgen aus eigener Kraft verändern. Ich halte diese Position für falsch. Ich befürchte, wenn wir gewerkschaftliche Analysen mit einem solchen falschen Ansatz betreiben, mit einer falschen Analyse der Situation, in der wir stehen, treiben wir die Gewerkschaften in eine falsche Richtung“.

Wie ist aber die Analyse der IG Chemie? Alle ihre Vertreter, die auftraten, hüllten sich hier in Schweigen, und auch in allen von dieser Gewerkschaft vorgelegten Anträgen ist von einer exakten Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse nichts zu finden.

Hans Mayr, der Vorsitzende der IG Metall, stellte fest, daß mit der Änderung des § 116 AFG „eine totale Machtverschiebung zugunsten der Arbeitgeber“ beabsichtigt sei. Im Initiativantrag 1 wird dieses Handeln der Koalition von Kapital und Kabinett als verfassungswidrig eingeschätzt. Mayr: „Ich bin kein Staatsrechtler. Aber für mich ist der Staat nicht gewissermaßen etwas Wertneutrales, das über allem schwebt.“

Das, was den Staat ausmacht, ist sehr stark beeinflusst von der Gesetzgebung, von der Rechtsprechung. Wenn die Gesetzgebung so ist und die Rechtsprechung so ist, daß die Beteiligungsmöglichkeiten der Gewerkschaften immer mehr eingeschränkt werden, bis sie kaum mehr atmen können, dann geraten wir in Konflikt mit denen, die solche Gesetze machen, und dann geraten wir auch in Konflikt mit einem solchen Staatsverständnis.“

Hermann Rappe, der Vorsitzende der IG Chemie – Papier – Keramik, hat da eine völlig andere Betrachtungsweise. Er forderte von den Gewerkschaften: „Man darf sich im Verhältnis zum Staat und zur Gesellschaft nicht überheben.“ Er behauptete, ohne es zu beweisen: „An einigen solcher Ecken waren wir.“ Im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um den

§ 116 fragte er dann: „Kann man in einer solchen Lage, in der wir waren, möglicherweise das Mittel politischer Streikauseinandersetzungen anwenden? Oder bricht dies das Staatsverständnis und das Grundverständnis im Hinblick auf die parlamentarische Demokratie?“

Im Gegensatz zu Veronika Keller-Lauser meinte der 1. Bevollmächtigte der

GLOSSE

Nachgedacht?

Das war noch eine schöne Zeit: Am Vorabend des 17. Juni stellte man Kerzen ins Fenster, und in den Kirchen läuteten die Glocken. An der DDR-Grenze ließen Junge Union und Deutsche Jugend des Ostens am 17. dann große Holzstapel in Flammen aufgehen und im Bundestag wurden flammende Reden über Einheit und Freiheit gehalten. Jahrzehnte ist das immer so gewesen.

Aber jetzt war am 17. Juni Walter Scheel, der frühere Bundespräsident, Hauptredner im Bundestag. Und ausgerechnet der machte den Abgeordneten und Ministern der CDU/CSU/FDP das erhaben-feierliche Gefühl kaputt, mit Pershings, SDI und DDR-Hetze die Verständigung zu fördern. Er fragte sogar: „Werden Vereinbarungen mit der DDR nicht gerade durch Veranstaltungen wie diese erschwert?“

Den USA bescheinigte Scheel, die Entspannungspolitik aufgegeben und sich einer Politik verschrieben zu haben, die nach dem bisherigen Muster der Weltgeschichte funktionierte und „früher oder später immer den Krieg“ bedeute. Folgerichtig bemerkten denn auch die Chronisten ein „schweigendes Zentrum des Plenarsaals, wo die CDU/CSU keine Hand rührte“.

Nicht mehr Präsident, hat Scheel offenbar die Jahre genutzt, um nachzudenken. Helmut Kohl könnte das nicht passieren.

okulus

IG Metall in Stuttgart, Klaus Zwickel, daß die Wurzeln der gesellschaftlichen Verhältnisse bloßzulegen seien. „Klassenkampf ist ja wohl keine Theorie mehr, sondern ist jeden Tag sichtbar.“

Hans Preiss, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, erinnerte im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um den § 116 an Beschlüsse des DGB in der Vergangenheit, die bei Gefährdung der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung dem DGB die Aufgabe stellten, „zu einem allgemeinen Streik aufzurufen“.

Er verwies darauf, daß die Koalitionsfreiheit auch scheinbar sterben kann. Denjenigen, die gegenüber dem Staat eine Überhebung ausmachten, rief er zu: „Demonstrations- und Proteststreiks, wie sie vor und bei Beginn der Bundesrepublik gewerkschaftliche Praxis waren und nunmehr wieder gewerkschaftliche Praxis werden müßten, sind nicht undemokratisch; sie sind im Gegenteil Ausdrucksformen lebendiger Demokratie.“

Jürgen Walter vom Hauptvorstand der IG Chemie hat Probleme mit der Beschreibung und Vermittlung der Gewerkschaftsgeschichte, die nicht anderen überlassen werden sollte. Der Vorsitzende der IG Chemie, Hermann Rappe, sah Erfahrungen der Weimarer Republik auf den Kopf gestellt und meinte hervorheben zu müssen, daß RGO zusammen mit den Nationalsozialisten die Weimarer Republik bekämpft hätten. Ihm antwortete der 2. Vorsitzende der IG Druck und Papier, Detlef Henschel: „Wenn wir die Aufträge der Geschichte und die Ereignisse der Geschichte ernst nehmen, so bitte ich darum, nicht nur bei RGO und einem oftmals falsch interpretierten BVG-Streik stehenzubleiben, sondern dann den verpflichtenden Auftrag des Schwurs von Buchenwald ernst zu nehmen.“

Wie ein Staats- und Gesellschaftsverständnis, wie es der Hauptvorstand der IG Chemie besitzt, zu Peinlichkeiten führen kann, zeigte die Debatte um den Antrag 175. Als die Delegierte der Gewerkschaft ÖTV, Ingeborg Simon, der Grundaussage: „Forschung nach neuen Arzneimitteln muß mit hohen Arzneimittelpreisen honoriert werden“, entschieden widersprach und ihre Erfahrungen als Apothekerin einbrachte, sprachen vom Hauptvorstand der IG Chemie, von Hermann Rappe lauthals dazu aufgefordert, Egon Schäfer und Eva Kaiser. Schäfer wandte sich dagegen, auf die pharmazeutische Industrie draufzuklopfen. Es hagelte Pfiffe. Fast zu einem Eklat aber kam es, als Eva Kaiser den Delegierten einzureden versuchte: „Es werden keine Tabletten auf den Markt gebracht, von denen man nicht zumindest ganz genau weiß, daß sie erforscht und geprüft sind.“ Die pharmazeutische Industrie gäbe viel Geld für Forschung aus, „da gibt es doch die Geschäftsberichte, die ihr nachlesen könnt“. Die Sozialpartnerschaftsideologie ließ grüßen. Unverfälscht. Nicht wenigen Delegierten wurden hier die Augen geöffnet. Diese Politik wurde geprüft und für zu leicht befunden.

Heinz Schäfer

Gewinnen – aber wie denn?

Die erwartungsvolle Faszination, die der Niedersachsenwahl monatelang vorausging, ist verfliegen. Die Realitäten sind da. Die Regierung Albrecht konnte nicht abgelöst werden, aber mit nur einem Mandat Mehrheit ist sie sehr wackelig geworden. Der CDU-Stimmenverlust von 6,4 Prozent und der SPD-Zugewinn um 5,6 Prozent macht die Unzufriedenheit der Bürger deutlich, die – und das ist ohne Zweifel – von der Bundespolitik in Bonn ausgeht. Die Chancen für eine andere Regierung und eine andere Politik sind, soweit es den Wähler betrifft, größer geworden.

Da stellt sich aber gleich die Frage, ob die DGB-Forderung nach einer anderen Politik, was auch eine andere Regierung impliziert, Wirklichkeit werden kann, wenn die SPD so weitermacht, wie sie es nun mal tut. Daß die CDU, die schon zur Niedersachsenwahl kräftig auf die Grünen eingedroschen hatte, aus dem Wahlergebnis u.a. folgerte, sie noch stärker zu attackieren, ist nicht verwunderlich. Daß aber eine der wesentlichen Schlußfolgerungen der Mannschaft um Johannes Rau darin besteht, es in diesem Punkt wie die CDU zu tun, muß doch befremden!

Die Versprechungen, in der Rüstungs- und Sicherheitspolitik das Ruder herumzureißen, die Änderung des § 116 AFG zu annullieren, auch einigen Sozialabbau, und Mitbestimmungsrechte auf den Weg zu bringen, genügen nicht. Es muß auch

nachvollziehbar sein, daß die SPD das auf dem von ihr eingeschlagenen Weg auch schaffen kann. Das aber ist nicht der Fall. Wer in der Politik an fünf Fingern abzählen kann, weiß schon längst, daß die SPD, die noch niemals in Bonn die absolute Mehrheit hatte, dazu Bündnispartner haben muß. Denen – und das können nach Lage der Dinge nur die Grünen sein – schlägt sie aber unentwegt vor den Kopf. Und damit auch dem Wähler, der auf diese Kombination seine Hoffnungen setzt.

Rau könnte auch gleich sagen: Wir versprechen alles, aber durchsetzen wollen wir es nicht. Statt dessen wählt er die verklausulierte Formel: Wir versprechen alles, aber mit den Grünen machen wir keine Gemeinsamkeit. Kohl und Geißler haben diesen Schwachpunkt (ihre Chance!) längst erkannt und sich im Ergebnis der Wahl in Niedersachsen nun vorgenommen, der SPD mindestens täglich einmal die Gretchenfrage zu stellen, wie sie es mit den Grünen halten will. Wenn die SPD nunmehr dagegenhält, sie wolle die benötigten Wähler „von der Mitte“ bei der CDU abwerben, dann muß sie damit rechnen, daß sie gleichzeitig Wähler links von der CDU und auch ihre Glaubwürdigkeit bei vielen Gewerkschaften verliert. Vor allem aber würde die reale Chance vertan, die der Trend in Niedersachsen zeigte: in Bonn die Wende der Wende herbeizuführen.

G. S.

Skandal und Psychoterror

Was sich die Bundesregierung, nachgeordnete Dienststellen und Behörden an Verstößen gegen die Demokratie leisten, stinkt zum Himmel. Da ist es nicht übertrieben, wenn der Vorsitzende der Deutschen Postgewerkschaft (DPG), Kurt van Haaren, auf der Bundesjugendkonferenz seiner Gewerkschaft auf Zeichen für einen Weg in den „Pöckelhaubenstaat des 19. Jahrhunderts“ hinwies. Einen Monat später wurden übrigens die Amtsvorsteher aller hessischen Postämter nach Kassel zitiert, wo sie strenge Order erhielten, zu verhindern, daß die Worte „Disziplinierung“ und „Berufsverbote“ künftig in Personalversammlungen gebraucht werden. Einen neuen Skandal, der gleichermaßen im In- und Ausland große Empörung auslöste, hat sich nun das Frankfurter Bundesdisziplinargericht geleistet. Es setzte den gegen den Marburger Postschaffner und DKP-Stadtverordneten Herbert Bastian für den 9. bis 12. Juni anberaumten Berufsverbotsprozeß mit der Begründung aus, man müsse erst einmal abwarten, bis das Bundesverfassungsgericht über die Klage eines neofaschistischen NPD-Mitgliedes entschieden habe. Abgesehen davon, daß Herbert Bastian und die anderen Betroffenen noch weitere Jahre bis zum Spruch des höchsten Gerichts bei Einhaltung eines Teils ihrer Bezüge vom Dienst suspendiert bleiben, werden Mörder und

Opfer auf eine Stufe gestellt, das Grundgesetz sowie die hessische Landesverfassung außer Kraft gesetzt und faktisch die Freiheit für Mitglieder der DKP von der Freiheit für Faschisten abhängig gemacht. Herbert Bastian selbst bezeichnet eine solche Praxis als Psychoterror.

Verständlicherweise hat diese Gleichsetzung von Kommunisten und Faschisten auch unter den Postgewerkschaften helle Empörung ausgelöst. Auf einer am 10. Juni im Frankfurter Gewerkschaftshaus stattgefundenen Solidaritätsveranstaltung mit Herbert Bastian kündigte der stellvertretende hessische DPG-Bezirksvorsitzende und SPD-Landtagsabgeordnete Willi Rausch eine parlamentarische Initiative gegen die skandalöse Entscheidung des Bundesdisziplinargerichts an.

Um nun möglichst wenig von der skandalösen Berufsverbotspraxis, die jetzt noch durch den Fall des Marburger DKP-Stadtverordneten Herbert Bastian „bereichert“ wurde, zögert das Bundesinnenministerium unter Federführung von CSU-Zimmermann schon fast zwei Monate, einer von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) eingesetzten Untersuchungskommission zur Untersuchung der Berufsverbotspraxis vor Ort die Einreise zu gestatten.

gima

Rentenräuber

Kaum hatte der 13. DGB-Bundeskongreß in seinem Beschluß A 160 festgestellt, „daß vor allem Rentner unter der Politik des Sozialabbaus zu leiden“ hätten, da wurde diese Feststellung durch eine neue Hiobsbotschaft aus Bonn konkretisiert. Ein sogenannter beim Bundesfinanzministerium installierter „Wissenschaftlicher Beirat“ hatte angedeutet, wohin der Hase laufen soll.

In seinem „Gutachten zur einkommenssteuerlichen Behandlung von Altersrenten“ – so der unverfänglich klingende Titel – empfahl dieser Beirat, die Altersrenten zu besteuern, was, auf gut Deutsch ausgedrückt, bedeutet: Die Rentenräuber bereiten sich auf ihren nächsten Diebeszug vor. Künftig sollen nach dem Gutachten nur noch die Beiträge für die Rentenversicherung und vergleichbare Alterssicherungssysteme, für Betriebsrenten und private Leibrentenversicherungen steuerfrei bleiben. Für alle anderen Vorsorgesysteme, beispielsweise für private Lebensversicherungen, Bausparverträge – oft mühsam von den Löhnen und Gehältern abgespart – soll die Steuerfreiheit entfallen.

Der dickste Brocken und eine Senkung des Lebensstandards für zahlreiche Rentner aber ist die vorgeschlagene Besteuerung der Renten abzüglich eines jährlichen Freibetrages von 10000 DM. Selbst die Zeitung, hinter der immer ein kluger Kopf stecken soll, spricht von „hoher politischer Brisanz“ des Gutachtens, das von Bundesfinanzminister Stoltenberg als einen „wichtigen Beitrag der Wissenschaft zur Reformdiskussion der Altersversorgung gewertet“ worden sei. Zwar habe Stoltenberg laut „FAZ“ weder „Sympathie noch Abneigung für die Vorschläge des Beirats erkennen lassen“, aber es ist eine Tatsache, daß das, was in sogenannten Beiräten in Bonn ausgekocht wurde, in der Regel auch von den Betroffenen gegessen werden mußte. Man erinnere sich nur an den Krankenkassenbeitrag für Rentner, an die Verschiebung der Renten Anpassung usw.

Beobachtern der politischen Szenerie fällt auf, daß es sich bei dem geplanten Sozialabbau um eine Art konzentrierter Aktion handelt, denn so viele Zufälle kann es nicht geben: Am gleichen Tag zählte der sogenannte „Kronberger Kreis“, sieben der Wenderegierung nahestehende Professoren, die Altersversorgung als erstes von „fünf ganz großen Sachproblemen“ auf, die es zu lösen gelte, da hier die Dinge „vollkommen schief laufen“, so das „Handelsblatt“ vom 10. Juni. Und wenn dann noch der Bundesverband der Deutschen Industrie in der These vier seiner zehn Thesen beklagt, daß die „bisherigen Ansätze zur Konsolidierung der drei großen Sicherungssysteme“ nicht ausreichen, so kann man sich an seinen fünf Fingern abzählen, was auf heutige und künftige Rentner zukommen wird, wenn wir nicht solidarisch und geschlossen der Wenderegierung die rote Karte zeigen.

G. M.

Startschuß für nächste Etappe der Arbeitszeitverkürzung

Mit dem Beschluß des Vorstandes der IG Metall vom 16. Juni, daß die Arbeitszeitbestimmungen in den Tarifverträgen zum 31. Dezember 1986 gekündigt werden sollen, ist, wie der im Vorstand der IG Metall für die Tarifpolitik Verantwortliche, Hans Janßen, erklärte, praktisch der Startschuß für die nächste Tarifbewegung zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich gegeben. Bis Ende September müssen nun in allen Tarifgebieten, mit Ausnahme des Bezirks Stuttgart – hier besteht monatliche Kündigungsmöglichkeit – die Tarifverträge gekündigt werden.

Dabei ist sicherlich nicht uninteressant, daß zur gleichen Zeit, in dem das nächste Etappenziel fest ins Auge gefaßt wird, der Blick schon darüber hinaus auf das Ende dieses Jahrhunderts gerichtet wird. Hatte der 2. Vorsitzende der IG Metall, Franz Steinkühler, schon im Frühjahr 1985 gemeint, daß Ende der neunziger Jahre nur noch 30 Stunden bei wesentlich höherem Lebensstandard gearbeitet werden müsse, so erklärte Lothar Zimmermann, Mitglied des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes und dort auch verantwortlich für Tarifpolitik, im Juni 1986 in Stuttgart: „Die 30-Stunden-Woche wird es noch in diesem Jahrhundert geben.“ Auch das geschäftsführende IG-Metall-Vorstandsmitglied Willi Sturm bezeichnete die 30-Stunden-Woche als „reale Perspektive dieses Jahrhunderts“.

Dieses weitergehende Ziel verdeutlicht zunächst, welches Tempo bei der weiteren Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit einzuschlagen ist. Vom 1. Januar 1987 bis zum 31. Dezember 1999 sind es genau 13 Jahre. In diesem Zeitraum müßte die Arbeitszeit um weitere 8,5 Stunden bei vollem Lohnausgleich verkürzt werden, das sind pro Jahr rund 40 Minuten oder alle drei Jahre zwei Stunden. Die 35-Stunden-Woche müßte danach spätestens am 31. Mai 1992 verwirklicht sein.

Für die Mobilisierung der Mitgliedschaft ist aber nicht nur das Volumen der Arbeitszeitverkürzung interessant, sondern auch die Formen, in denen sich die wöchentliche Arbeitszeitverkürzung vollzieht. Die IG Metall geht davon aus, daß die Metallunternehmer auch in der anstehenden Tarifrunde im Rahmen ihrer generellen neokonservativen Flexibilisierungsideologie einen erneuten Anlauf unternehmen werden, um Arbeitszeitregelungen im Sinne ihrer Vorstellungen durchzusetzen.

Die IG Metall hat nunmehr auf ihrer Vorstandstagung im Juni zugleich mit der Kündigung der Arbeitszeitbestimmungen ein Positionspapier „Arbeitszeitflexibilisierung und Arbeitnehmerinteressen“ beschlossen. Sie stellt darin fest, daß sie selbstverständlich weitere generelle Arbeitszeitverkürzungen für alle fordern, dafür mobilisieren und nötigenfalls auch kämpfen wird. Die 35-Stunden-Woche sei

und bleibe das wichtigste und vorrangige Ziel qualitativer Tarifpolitik. Die IG Metall stelle sich jedoch „nicht grundsätzlich gegen jede Form von neuen Arbeitszeiten und neuen Arbeitszeitregelungen“.

Neue Arbeitszeitformen und -regelungen müssen danach folgende Ansprüche erfüllen: Sie dürfen

- keine negative Beschäftigungswirkung haben,
- nicht zu zusätzlichen Belastungen führen,

– die Freizeitsituation nicht verschlechtern und

– das Entgelt der Arbeiter und Angestellten nicht mindern.

Um die kollektiven Interessen wahren zu können, muß nach der Vorstellung der Gewerkschaft die Gestaltungs- und Normierungsfunktion von Tarifverträgen und der IG Metall als Tarifvertragspartei in grundlegenden Fragen der Arbeitszeitgestaltung erhalten bleiben.

Die IG Metall tritt dafür ein, daß alle Formen der Verteilung der Arbeitszeit, die unter Berücksichtigung der Eckpunkte möglich sind, in Zukunft im Tarifvertrag abschließend aufgezählt und als Wahlmöglichkeiten der Belegschaften und der einzelnen Beschäftigten für die Lage der Arbeitszeit gekennzeichnet werden, um dann auf dieser Grundlage Betriebsvereinbarungen für eine betriebseinheitliche Lage und Verteilung abschließen zu können.

Probleme bei der Bezahlung könnten durch die Vereinbarung eines verbindlichen tariflichen Monatslohnes gelöst werden. Für die Zukunft sei auch zu überlegen, ob nicht auch auf eine Regelung der Betriebsnutzungszeit gedrungen werden müsse.

Heinz Schäfer

Zielsetzung und Orientierungspunkte der IG Metall für künftige tarifliche Regelungen:

- Abwehr der Differenzierung von Arbeitszeiten und ihre Ausweitung (unterschiedlicher Arbeitszeiten der Dauer nach, z. B. 37 bis 40 Stunden) bei weiterer Arbeitszeitverkürzung. Die Arbeitszeit für das „Normalarbeitsverhältnis“ soll als unmittelbarer Anspruch für den einzelnen wieder abschließend im Tarifvertrag geregelt werden.
- Variable und flexible Arbeitszeitsysteme, die zur Individualisierung von Arbeitszeiten führen, wie z. B. Kapovaz, Jahresarbeitszeit, Job-sharing, verdeckte Schichtarbeit usw., werden prinzipiell abgelehnt.
- Das freie Wochenende (Samstag und Sonntag) soll gesichert sein, keine zusätzliche Einbeziehung des Samstags in die Verteilung der regelmäßigen Arbeitszeit.
- Erhaltung des 8-Stunden-Tages als Höchstgrenze der regelmäßigen täglichen Arbeitszeit (ohne Mehrarbeit und Vor- bzw. Nacharbeit).
- Erhaltung des jetzigen Ausgleichszeitraums bei ungleichmäßiger Verteilung der regelmäßigen Arbeitszeit auf die einzelnen Wochen (Metallindustrie: 2 Monate) und Festlegung einer Schwankungsbreite bei einer Höchstarbeitszeit von 40 Stunden in der Woche.
- Zwingender Freizeitausgleich für Mehrarbeit ab der ersten Mehrarbeitsstunde und Festlegung eines eng begrenzten Ausgleichszeitraumes; Wahlmöglichkeit zwischen Geld und zusätzlicher bezahlter Freizeit bei den Zuschlägen.
- Verwirklichung von zusätzlichen Freizeitzuschlägen für sozial beeinträchtigende oder gesundheitsschädliche Arbeitszeiten, wie Nachtschicht, Spätschicht, Samstagsarbeit und für bestimmte Gruppen wie Ältere oder für Beschäftigte mit besonders belastenden Arbeitsbedingungen. Hier sollen bei tariflich bezahlter Arbeitszeit z. B. von 7,7 auf 8 Stunden pro Schicht tatsächlich 6,5 oder 7 Stunden ohne Anrechnung von Pausen gearbeitet werden.
- Eckpunkte für versetzte Arbeitszeit und Gleitzeit sollen tariflich geregelt werden, ebenso die
- Mindestbedingungen für Teilzeitarbeit.

Ein Novum im NRW-Großhandel: Streiks für MTV und mehr Lohn

Erstmals in der Nachkriegsgeschichte fanden in den letzten Junitagen im nordrhein-westfälischen Großhandel Streiks in größerem Umfang statt. Aufgerufen dazu hatte die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV). Bis zum 25. Juni gab es in den 18 Betrieben Urabstimmungen mit einem eindeutigen Votum für Arbeitskämpfmaßnahmen. In acht Betrieben, darunter beim Ikea-Zentralauslieferungslager für Europa in Werne, legten die Beschäftigten bis zu drei Tagen die Arbeit nieder. Insgesamt wurden bis zum genannten Zeitpunkt über 1000 Streiktage registriert. Weitere Kampfmaßnahmen wurden angekündigt, um die Tarifgemeinschaft der Großhandelsunternehmer bei der nach Redaktionsschluß stattfindenden zweiten Schlichtungsverhandlung (1. Juli) zu einem Abschluß zu zwingen.

Fristgerecht hatte die Gewerkschaft HBV für die rund 260 000 Beschäftigten den Manteltarifvertrag (MTV) gekündigt und am 1. Juli des vergangenen Jahres folgende Forderungen erhoben: Einstieg in die 35-Stunden-Woche bei Festschreibung der 5-Tage-Woche; Neuregelung von Überstunden bzw. Mehrarbeit; Verlängerung der Kündigungsfristen; Absicherung der Teilzeitbeschäftigten durch Mindestarbeitszeiten sowie tarifliche Verankerung des Weihnachtsgeldes.

Am 28. Februar liefen auch die Lohn- und Gehaltstarifverträge aus. Verlangt wurden:

- 6,5 Prozent Lohn- und Gehaltserhöhung, mindestens aber 120 DM, unter Berücksichtigung der Arbeitszeitverkürzung;
- Erhöhung der Ausbildungsvergütungen um 6,5 Prozent;
- ersatzlose Streichung der durch nichts gerechtfertigten Jugendlichen-Abschläge.

Keine Einwände gab es von Gewerkschaftsseite, über den MTV sowie über Lohn und Gehalt zusammen zu verhandeln. Während in den anderen Tarifbezirken des Großhandels – mit Ausnahme Niedersachsens – schon seit längerer Zeit Abschlüsse vorliegen, stellte sich die aus elf Verbänden bestehende Tarifgemeinschaft quer, wobei verschärfend noch hinzukommt, daß diese Tarifgemeinschaft sich auf ein Vetorecht festgelegt hat. Wenn mehr als drei der elf Verbände ein Verhandlungsergebnis ablehnen, gilt dieses als gescheitert. Diese Tarifgemeinschaft war lediglich bereit, Lohn- und Gehaltserhöhungen von 3,8 Prozent bei einer Laufzeit des Tarifvertrages von 24 Monaten zu akzeptieren.

Hauptknackpunkt und für die Gewerkschaft unannehmbar war das Unternehmerratsprinzip nach einer solchen Flexibilisierung der Arbeitszeit, bei Einführung einer 38,5-Stunden-Woche, die eine 60-Stunden-Woche bei sechstägiger Arbeit, ganz nach dem Willen der Unternehmer und abgestellt auf Betriebsabläufe,

ermöglicht hätte. Das war die Situation, die die Gewerkschaft HBV nach sieben erfolglosen Runden am 15. Mai letztlich dazu zwang, beim Hauptvorstand die Genehmigung einzuholen, das Scheitern der Verhandlungen zu erklären und Kampfmaßnahmen einzuleiten. Ein am 6. Juni unternommener Schlichtungsversuch unter Vorsitz des Landesschlichters Peter Kraft blieb erfolglos, er wurde von der Unternehmerseite blockiert.

Um die Öffentlichkeit zu informieren, führte die Gewerkschaft am 25. Juni eine Pressekonferenz durch. Dabei stand auch die von den Unternehmern verlangte Flexibilisierung und ihre Auswirkungen zur Diskussion. Dieter Steinborn, der Zweite HBV-Vorsitzende, erklärte u. a.: „Wir sind in Nordrhein-Westfalen nicht bereit, ein negatives Beispiel für die Arbeitszeitaus-einandersetzungen zu geben, die für die IG Metall Ende dieses/Anfang nächsten Jahres anstehen.“ Wenn vor rund 2000

IG Bergbau fordert 6 Prozent mehr Geld

Der Hauptvorstand der Gewerkschaft Bergbau und Energie (IGBE) hat für den Steinkohlenbergbau die Lohn- und Gehaltstarifverträge sowie die Tarifverträge über die Vergütung für Auszubildende und Jungbergleute in den Tarifgebieten der Steinkohle Ruhr, Saar, Aachen und Ibbenbüren zum 30. Juni 1986 gekündigt. Die Einkommen sollen um 6 Prozent erhöht werden und die Laufzeit der Tarifverträge 12 Monate betragen.

Der für die Tarifpolitik im geschäftsführenden Vorstand Verantwortliche, Hans Berger, meint, daß die Binnennachfrage „ganz dringend und ganz kräftig“ gestärkt werden müsse. Dies gelinge aber nur dann, wenn die Einkommen entsprechend stiegen. Deshalb habe sich die IGBE in dieser

Jahren der Sonntag unter christlichen Gesichtspunkten für arbeitsfrei erklärt worden sei, „so haben wir unter sozialen Gesichtspunkten den Samstag für frei erklärt. Und dabei werden wir auch bleiben.“

Die Auseinandersetzung in NRW-Großhandel sei für das gesamte Bundesgebiet von Bedeutung. Aus diesem Grunde habe seine Gewerkschaft rasch reagiert, um durch Kampfmaßnahmen die Unternehmer zur Einsicht zu bringen. Bereits jetzt habe sich gezeigt, daß die Gewerkschaft HBV nicht nur den Mund spitzen, sondern auch pfeifen könne.

Gerhard Keuchel, der nordrhein-westfälische HBV-Landesbezirksleiter, ging auch auf Versuche der Unternehmer ein, mit der 38,5-Stunden-Woche bei weitestgehender Flexibilisierung alle anderen Manteltarifforderungen für die Dauer von vier Jahren vom Tisch zu wischen. Die Arbeitszeitverkürzung begründete Keuchel mit der überproportionalen Rationalisierung im Großhandel. Diese habe seit 1980 zu einem durchschnittlichen 7prozentigen Abbau der Arbeitsplätze geführt. Darum sei die Arbeitszeitverkürzung besonders zur Sicherung der Arbeitsplätze notwendig. Der zweite Grund sei die Humanisierung der Arbeit mit mehr freie Zeit für jeden einzelnen und dessen Familie, aber nicht zu solchen Zeiten, die dem Unternehmer in den Kram passen. Auf alle Fälle würde seine Gewerkschaft sich von den Arbeitgebern nicht einschüchtern lassen.

An der Pressekonferenz nahm auch DGB-Landesbezirksvorsitzender Dieter Mahlberg teil. Er versicherte, daß der DGB und seine 17 Einzelgewerkschaften solidarisch an der Seite der Gewerkschaft HBV stehen. Wörtlich erklärte er: „Die 50 DGB-Kreise in Nordrhein-Westfalen sind aufgefordert, sich aktiv an den Auseinandersetzungen zu beteiligen.“

G. M.

Tarifrunde ganz auf die Erhöhung der Einkommen konzentriert. Der weltweite konjunkturelle Aufschwung dürfe sich nicht nur in den Unternehmensbilanzen und Kapitalanlagen niederschlagen. Bisherige Tarifabschlüsse zeigten den richtigen Weg. Auch die Bergleute müßten daher an der allgemeinen Entwicklung Anschluß halten. Sie hätten eine angemessene Beteiligung für ihre erbrachten Leistungen verdient. Für alle müßten daher die Realeinkommen deutlich gesteigert werden. Die Gewerkschaft will keine große Differenz zwischen Forderung und Abschluß zulassen. Hans Berger: „Unser Ziel bleibt: Wir wollen dafür sorgen, daß Bergarbeiter und Bergbauangestellte in der Spitzengruppe der Lohn- und Gehaltsskala bleiben.“

H. Sch.

Tarifabschluß in der Chemie und Tritte gegen das IGM-Schienbein

Für die 680 000 Beschäftigten der chemischen Industrie ist die Tarifrunde 1986 gelaufen. Am 10. Juni einigten sich die IG Chemie – Papier – Keramik und der Chemie-Unternehmerverband auf eine Erhöhung der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen um 4,5 Prozent. Auch kam der von der Gewerkschaft angestrebte „Einstieg“ in einen bundesweiten Entgelttarifvertrag zustande.

Die neuen Tarifverträge haben eine Laufzeit von zwölf Monaten und treten in den Tarifbezirken, entsprechend dem Ablauf der alten Verträge, zu unterschiedlichen Terminen in Kraft: am 1. Juli, 1. August und 1. September. Die Verhandlungen waren auch für die Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen mit dem Hinweis auf notwendige bundesunterschiedliche Regelungen für den Entgelttarifvertrag zentral geführt worden.

Der Einstieg in den Entgelttarifvertrag, der von der IG Chemie als ein tarifpolitisches Jahrhundertwerk angesehen wird, sieht so aus: In den beiden oberen Lohngruppen für Handwerk und Facharbeiter wird die Mindestverdienstgrenze um 30 und 40 Pfennig bzw. 60 und 80 Pfennig pro Stunde angehoben. Voraussetzung sind fünf bzw. zehn Tätigkeitsjahre. Da in der Regel in diesen Gruppen übertarifliche Löhne gezahlt werden, ist die Anhebung der Mindestverdienstgrenze, die ab 1. Januar 1987 gilt, kostenneutral.

Die IG Chemie gab dazu in ihrem Pressedienst vom 10. Juni folgende Erläuterung: „Durch die Erhöhung der Mindestverdienstgrenze ist eine wesentlich höhere tarifliche Absicherung des Einkommens der gewerblichen Arbeitnehmer in den beiden oberen Lohngruppen erreicht worden. Die Einkommensbestandteile aus dieser erhöhten Mindestverdienstgrenze sollen 1987 bei der Schaffung und Einführung des neuen Entgelttarifvertrages in eine sogenannte Entgeltgarantiestufe überführt werden. Im Laufe der weiteren Tarifentwicklung wird diese neue Entgeltgarantiestufe schrittweise weiterentwickelt, um über diesen Weg der Angleichung der Handwerker- und Facharbeitergruppen an die vergleichbaren Angestelltengruppen zu erreichen.“

Die Erhöhung der Löhne und Gehälter um 4,5 Prozent bringt nach mehrjährigem Reallohnverlust einen realen Einkommensanstieg. Angesichts der Geschäftssituation der chemischen Industrie in Rekordhöhe kann jedoch nicht von einem dazu passenden Abschluß gesprochen werden. Die IG Chemie habe „Augenmaß bewiesen, daß sie sich mit diesem zwar ansehnlichen, aber auch nicht gerade überwältigenden Steigerungssatz zufriedengab“, meinte zum Beispiel das „Darmstädter Tageblatt“ am 11. Juni.

Befremden bewirkte bei vielen Gewerkschaftern im DGB ein gehässiger Seitenhieb des IG-Chemie-Vorsitzenden Hermann Rappe auf die IG Metall. Auf eine herausfordernde Frage, warum der Tarifabschluß in der chemischen Industrie – „anders als bei Metall“ – ziemlich geräuschlos habe vonstatten gehen können, sagte Rappe, laut „Frankfurter Allgemeine“ vom 11. Juni: „Wenn zwei starke Parteien miteinander verhandeln, bedürfen sie nicht der Schaustellung von Hahnenkämpfen, auch nicht der Dramaturgie von Nachtsitzungen.“ Die FAZ kommentierte dazu: „Beide Tarifparteien der Chemie haben wieder einmal bewiesen, daß richtig verstandene Sozialpartnerschaft in der Tarifpolitik mehr erreichen kann als ins Extrem getriebene Gegenmacht.“

Nun weiß auch der IG-Chemie-Vorsitzende, daß es nahezu alljährlich die IG Metall ist, die im Frühjahr die Lohnrunde eröffnet und mit ihrem zumeist gegen den erbitterten Widerstand aller (!) Unternehmerverbände durchgeboxten Abschluß de facto die Orientierungsmarke setzt, an der dann die Unternehmer anderer Branchen nicht mehr vorbei können. In diesem Jahr waren es in der Metallindustrie 4,4 Prozent plus eine Einmalzahlung von 250 DM, so daß in der untersten Lohngruppe bis 5,2 Prozent herauskam. Nur zu augenfällig, daß sich die Chemieunternehmer mit 4,5 Prozent exakt auf den von der IG Metall freigekämpften Weg begeben haben!

Daß jetzt Hermann Rappe die 400 000 Metallarbeiter, die sich an Warnstreiks beteiligten, zum „Dank“ auch noch verunglimpft, ist schon ein einmaliger Vorgang. Und dies knapp zwei Wochen nach dem Hamburger DGB-Bundeskongreß, wo sich alle Gewerkschaften per Beschluß darauf verständigten, künftig in der Tarifpolitik mehr Koordination zu betreiben und solidarischer miteinander umzugehen. Schon auf dem Kongreß hatte Rappe, so wie jetzt die IG Metall statt der Metallunternehmer, den britischen TUC und einige seiner kämpferischen Gewerkschaften statt der Thatcher-Regierung kritisiert. Er war von Erwin Ferlemann, dem Vorsitzenden der IG Druck und Papier, unter starkem Beifall der Delegierten sofort korrigiert worden. Aber so ist das wohl mit der sozialpartnerschaftlichen Grundeinstellung, daß sie zwangsweise die gewerkschaftspolitische Optik verbiegt.

Gerd Siebert

Orientierung auf Tarifpolitik

Frühzeitig beschließt der geschäftsführende Hauptvorstand der Gewerkschaft ÖTV einen tarifpolitischen Orientierungsrahmen für alle Organisationsbereiche. So lautet ein Beschluß des Hauptvorstands vom vergangenen Jahr zu „Grundsätzen der tarifpolitischen Diskussion“. In der Mai-Ausgabe der Mitgliederzeitschrift „ötv-magazin“ wurde nun der Rahmen für 1986/87 abgesteckt.

Als Schwerpunkte der tarifpolitischen Arbeit werden genannt: Stärkung der Massenkaufkraft und Arbeitszeitverkürzung. Beide Momente sollen zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit beitragen. Etwas akzentuierter als im vergangenen Jahr heißt es in bezug auf die Einkommenserhöhungen, daß die Gewerkschaft eine „angemessene“ Beteiligung der abhängig Beschäftigten an der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung, einen Ausgleich der Preissteigerung und einen „angemessenen Anteil“ an der gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsentwicklung verlangt. Nimmt man diese Zielsetzung ernst, so kann man selbst bei einer relativ niedrigen Preissteigerungsrate schon jetzt voraussetzen, daß mit dem Abschluß dieses Jahres (3,5 Prozent und eine etwas mickrige soziale Komponente) kein Weiterkommen ist.

Auch wenn es in dem Orientierungsrahmen nicht ausdrücklich so vorgegeben ist, deutet vieles darauf hin, daß die soziale Komponente bei den Einkommenserhöhungen auch diesmal wieder eine Rolle spielt. Angesichts der – auch im Vergleich mit der Privatwirtschaft – enormen Einkommensunterschiede im öffentlichen Dienst, erscheint dies auch nur zu gerechtfertigt. Außerdem war die deutliche Kampfbereitschaft in der zurückliegenden Tarifrunde nicht zuletzt auf die Forderung nach einer stärkeren Berücksichtigung der unteren Einkommen zurückzuführen.

Zu erinnern bleibt aber auch an den Ablauf der zurückliegenden Tarifbewegung. Anfang dieses Jahres verfolgte die Unternehmerseite die Taktik, nach dem Eröffnungsangebot keine weiteren konkreten Vorschläge mehr zu machen. Da wurden nur noch „Denkmodelle“ entworfen, es wurde „sondiert“ usw. Die Gegenseite war nur zu Konkretisierungen bereit, wenn gleichzeitig die ÖTV schon den Willen zum Abschluß ankündigte. Zudem wurden die Verhandlungen als eine Art Spitzengespräch geführt, die in eigenartiger Kontrast zu den öffentlichkeitswirksamen Aktionen beispielsweise der Busfahrer standen.

Eine Frage noch am Schluß: Warum fehlt diesmal eigentlich der Blick auf den Rationalisierungsschutz? Auch wenn es tarifvertragliche Bindungen gibt, sollte die heranrollende Rationalisierungswelle nicht aus den Augen gelassen werden.

R. B.

Streiks in Ziegeleien nach zwei Wochen beendet

Mitte Juni wurde der Streik von rund 600 Beschäftigten in zehn bayerischen Ziegeleien nach zweiwöchiger Dauer beendet. Folgende Verbesserungen wurden erreicht: drei Prozent Lohnerhöhung rückwirkend ab 1. Februar dieses Jahres und weitere 0,2 Prozent ab 1. September. Der Jahresurlaub erhöht sich in zwei Stufen bis 1989 auf 30 Tage. Darüber hinaus wurde der Nachtarbeitszuschlag rückwirkend ab 1. Januar von 15 auf 20 Prozent angehoben. In solchen Fällen, in denen Nachtarbeit mit Mehrarbeit identisch ist, steigt der Zuschlag von 50 auf 60 Prozent.

Unternehmer droht mit „schwarzen Sheriffs“

Gegen die seit über einen Monat streikenden Pinselmacher der Firma Sterkel will der Unternehmer die durch ihre Brutalität berüchtigte private Wachtruppe aus München, „schwarze Sheriffs“, einsetzen. Bereits Mitte Mai traten die 70 Beschäftigten, davon der überwiegende Teil Frauen in den Ausstand. Sie fordern: 38,5-Stunden-Woche sowie branchenübliche Löhne und Gehälter. Einen entsprechenden Haustarif hatte die Ravensburger Sterkel-Geschäftsleitung bereits unterzeichnet. Dieser aber wurde von der Konzernzentrale in Waldmichelsbach mit Hinweis auf die ausländische Konkurrenz und mit der Drohung, die Produktion an Strafvollzugsanstalten und Behindertenwerkstätten zu vergeben, für null und nichtig erklärt.

4,13 Prozent und mehr Urlaubsgeld

Die Tarifrunde für die rund 185.000 Beschäftigten der Bekleidungsindustrie ist beendet. Mitte Juni wurde folgendes Ergebnis erzielt: Erhöhung der Löhne und Gehälter rückwirkend ab 1. Juni um 4,5 Prozent bei einer Laufzeit des Tarifvertrages von elf Monaten, was auf zwölf Monate umgerechnet einer Erhöhung von 4,13 Prozent entspricht. Die Ausbildungsvergütungen wurden zwischen 20 und 30 DM angehoben und das Urlaubsgeld um durchschnittlich 35 DM auf durchschnittlich 555 DM aufgestockt.

IG Metall muß sich auf „alte Fronten“ einstellen

Die IG Metall rechnet damit, daß die Unternehmer einer weiteren Arbeitszeitverkürzung im kommenden Jahr den gleichen

Widerstand entgegensetzen werden wie 1984. „Wir müssen uns von vornherein darauf einstellen, daß die alten Fronten und die alten Koalitionen gegen jede Arbeitszeitverkürzung unverändert bleiben“, erklärte der Zweite Vorsitzende der IG Metall, Franz Steinkühler, am 11. Juni auf einer Bezirkskonferenz seiner Gewerkschaft in Frankfurt. Schon heute könne als sicher gelten, daß die Unternehmer für jeden weiteren Schritt zur Arbeitszeitverkürzung einen hohen Preis in Form von Arbeitszeitflexibilisierung verlangen werden. Die IG Metall müsse sich daher in diesem Bereich auf die Schaffung einer zweiten Front durch die Unternehmer einrichten.

DPG will sich nicht verschaukeln lassen

Nach der zweiten Runde der Tarifverhandlungen für die rund 3000 Arbeiter und Angestellten in den Linien- und Zeichenstellen hat die Deutsche Postgewerkschaft (DPG) das Bundespostministerium aufgefordert, ein verhandlungsfähiges Angebot vorzulegen. Die Gewerkschaft verlangt eine angemessene Besitzstandswahrung bei Rationalisierungsmaßnahmen. Bisher macht die Post eine Tarifeinigung von der Zustimmung der DPG zu faktischen Verschlechterungen für einen Teil der Angestellten abhängig. Die Gewerkschaft schließt weitere Kampfmaßnahmen nicht aus. „Die Erzwingungsstreiks im April haben dem Postminister deutlich vor Augen geführt, daß die Angestellten in den Linien- und Zeichenstellen bereit sind, für ihre Arbeitsbedingungen zu kämpfen. Ich kann den Postminister nur noch einmal warnen. Es liegt an ihm, den Konflikt zu entschärfen“, erklärte der stellvertretende DPG-Vorsitzende Emil Bock.

Streiks kurierten taube Ohren

800 Beschäftigte in 28 schleswig-holsteinischen Metallhandwerksbetrieben traten am 2. Juni in einen zweistündigen Streik. Damit wollten sie ihren Forderungen, die bisher auf taube Ohren der Unternehmer gestoßen waren, Nachdruck verleihen. Neun Stunden später lag ein Ergebnis vor, um das die IG Metall seit Februar vergeblich verhandelt hatte. Wichtigste Ergebnisse sind die Erhöhung der Löhne und Gehälter rückwirkend ab 1. Februar um 3,9 Prozent und ab Februar 1987 um weitere 2 Prozent sowie Einführung der 38,5-Stunden-Woche ab 1. Juli 1987. Vereitelt wurde auch die Absicht der Handwerksunternehmer nach Aufnahme einer Bestimmung in den MTV, die alle Beschäftigten zu Leiharbeitern hätte machen können.

TARIEKALENDER

Die Lohn- und Gehaltsverträge für nachstehende Wirtschaftsbereiche und Tarifbezirke sind zum jeweils angegebenen Termin kündbar. Die Zahlen in Klammern geben Auskunft über die Anzahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten. Die Zahl hinter dem Datum enthält auch die Beschäftigten in nicht aufgeführten kleineren Bereichen.

31. August – 0,4 Mio.

Eisen- und Stahlindustrie Bremen, Osnabrück, Peine-Salzgitter, Nordrhein-Westfalen (176300); Stationierungstreitkräfte Bundesgebiet (117900); chemische Industrie Saarland, Bayern (67000); papiererzeugende Industrie Bezirk Düsseldorf/Köln, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz (23300).

30. September/31. Oktober – 0,18 Mio.

Hohlglaszerzeugung Gruppe I und II – Fachverband – (15300); Kali- und Steinsalzbergbau Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Südbaden (12000); Erdöl- und Erdgasgewinnung Bundesgebiet und Westberlin (8500); Mineralölverarbeitung – Shell AG – Bundesgebiet und Westberlin (4500). 31. Oktober: VW-Werke AG (120000); Eisen- und Stahlindustrie Saarland (21600); feinkeramische Industrie Baden-Württemberg (3000).

31. Dezember – 2,8 Mio.

Öffentlicher Dienst, Bundesanstalt für Arbeit, Sozialversicherungsträger (2311500); Deutsche Bundespost (227100); Deutsche Bundesbahn (132900); Deutsche Bundesbank Bundesgebiet und Westberlin (124400); Holzverarbeitende Industrie – einige Tarifgebiete – (129200); Hotel- und Gaststättengewerbe Nordrhein-Westfalen (82400).

28. Februar 1987 – 1,2 Mio.

Großhandel Nordrhein-Westfalen, Bayern (446500); privates Bankgewerbe einschl. private Bausparkassen, Volksbanken, Raiffeisenbanken, Teilzahlungsbanken, gemeinwirtschaftliche Geschäftsbanken (323700); Elektroh Handwerk Nordrhein-Westfalen (72000); Hotel- und Gaststättengewerbe Bayern (98000); Sägeindustrie Bundesgebiet (44500); Hotel- und Gaststättengewerbe Hessen (40300); Elektro- und Landmaschinenhandwerk Bayern (43400).

31. März – 6,0 Mio.

Metallindustrie einschl. Gießereien (ohne VW-Werke, Schrottwirtschaft, Werften, Feinblechverpackungsindustrie, Heizungsindustrie und -handwerk – (3496900); Baugewerbe Bundesgebiet und Westberlin (1000000); privates Speditions- und Transportgewerbe (267100); privates Versicherungsgewerbe, Versicherungsvermittler, Volksfürsorge-Versicherungsgruppe (224700); Großhandel Baden-Württemberg (130000); Druckindustrie Bundesgebiet und Westberlin (160700); Landwirtschaft mehrere Bereiche (65000); Bäckerhandwerk – mehrere Tarifgebiete – (60000).

BDI-Vorschläge stammen offenbar aus Frankensteins Gruselkabinett

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) hat im Mai unter der recht unverfänglichen Überschrift „Wirtschaftspolitik in der Pflicht“, „Zehn Thesen für eine offensive Wirtschaftspolitik“ vorgelegt. Dieses Dokument ist ein Kampfprogramm des großen Geldes zur Festigung seiner Macht und zugleich eine Kampfansage an die Gewerkschaftsbewegung unseres Landes. Ein Vergleich mit der Denkschrift des Reichsverbandes der Deutschen Industrie (RDI) vom 2. Dezember 1929 „Aufstieg oder Niedergang“, mit der der politische Generalangriff auf die Weimarer Republik eingeleitet wurde, zeigt, daß in den zehn Thesen von heute inhaltlich dieselben Positionen wie damals enthalten sind.

Die heutigen wirtschaftlichen Probleme seien nur lösbar durch den Einsatz von „risikotragendem Kapital“. Deshalb müsse sich das Risiko lohnen, müßten „zweckmäßige Rahmenbedingungen“ geschaffen und „die unternehmerische Entscheidungsfreiheit“ gewährleistet werden. Die Unternehmer benötigten größere Handlungsspielräume und mehr Bewegungsfreiheit.

Mehr Unternehmerfreiheit bedeutet aber logischerweise weniger Freiheit für die Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie deren Gewerkschaften. In der Sprache der Thesen heißt dies, daß die Arbeitsbeziehungen „beweglicher“ gestaltet werden müßten. Es sei notwendig, das „starre“ Arbeits- und Sozialrecht aufzulockern. Das Beschäftigungsförderungsgesetz bilde den „richtigen Ansatzpunkt für mehr Beweglichkeit“. Der BDI fordert daher

- befristete Arbeitsverträge für die Dauer von 3 Jahren;
- Einsetzen des Kündigungsschutzes erst nach 12 Monaten;
- längeres „Überlassen“ von Beschäftigten an andere Unternehmen;
- stärkeres Anpassen der Tarifpolitik an die Arbeitsmarktlage;
- Begrenzung der durchschnittlichen Lohnsteigerung auf eine Rate, die auf absehbare Zeit unter der Produktivitätssteigerung liegt;
- Entzerrung der Tariflohnstruktur. Maßstab dürfe nicht länger die Leistungskraft ertragsstarker Unternehmen sein;
- stärkere Entkoppelung der persönlichen Arbeitszeit von der Maschinenlaufzeit, mehr Teilzeitarbeit und flexible Schichtpläne.

Der BDI setzt auf die „Wirkungskette von Gewinn, Investition und Beschäftigung“. Da nimmt es nicht wunder, wenn sich die Unternehmerspitze ganz entschieden gegen die gewerkschaftlichen Vorstellungen nach staatlichen Beschäftigungsprogrammen und nach einer aktiven Lohnpolitik wendet.

Was dann im einzelnen an sozialpolitischem Abbau propagiert wird, liest sich

wie eine Thrillerliste aus Frankensteins Gruselkabinett. In den staatlichen Haushalten soll der Ausgabenzuwachs begrenzt, die Unternehmensbesteuerung durchgreifend reformiert, die Gewerbesteuerlast spürbar verringert, die Unternehmen von der Vermögenssteuer befreit, die Eigenkapitalbeschaffung steuerlich erleichtert, der Spitzensteuersatz der Einkommensteuer überprüft und die Gesellschaft- und Börsenumsatzsteuer abgeschafft werden.

Da aber zugleich die öffentlichen Investitionen erhöht werden sollen, können die zusätzlich benötigten Finanzmittel nur durch ein Einschränken der konsumtiven Ausgaben des Staates beschafft werden, „durch Umschichtung in der Ausgabenstruktur“, wie es da so schön heißt. Die breite Masse soll daher zur Ader gelassen werden.

In der gesetzlichen Rentenversicherung sollen „die Lasten neu“ verteilt werden durch

- nettolohnbezogene Rentenanpassung;
- Neubewertung, d. h. Absenkung beitragsloser Zeiten und
- „gleitende Heraufsetzung der Altersgrenze“.

In der Krankenversicherung will der Unternehmerverband der Multimillionäre und Milliardäre eine Stärkung der Kräfte des Marktes durch

- „wirksame Selbstbeteiligung“ an allen Krankheitskosten;
- konsequente Reduzierung des Leistungskatalogs;
- Umstellen der Lohnfortzahlung auf eine „versicherungsrechtliche Lösung“;
- Verstärkung des vertrauensärztlichen Dienstes und der Rechte der Unternehmer, „um Leistungsmissbrauch vorzubeugen“;
- Abschaffung der vollen Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und entweder Staffelung nach Krankheitsdauer oder Einführung von Karenztagen.

Um aber angesichts des geforderten sozialen Kahlschlags zu verhindern, daß, wie der BDI schreibt, das „System“ unter Druck gerät und sich Widerstand formiert, plädiert er dafür, allgemein anerkannte Grundwerte zu akzeptieren, d. h. die „soziale Marktwirtschaft“ oder den Kapitalismus als unveränderbare Realität anzuerkennen, sich der Logik des Kapitals unterzuordnen und sich folglich nur noch in diesem Rahmen zu bewegen.

Prägendes Element einer verfassungsgemäßen Wirtschaftsordnung sei das Recht auf privates Eigentum und der daraus folgenden unternehmerischen Freiheit. Der Staat habe den Bestand und die Entfaltung dieser Grundwerte zu schützen und zu fördern. Er müsse auch die Bereitschaft der gesellschaftlichen Gruppen, d. h. auch der Gewerkschaften stärken, „diese Werte zur Grundlage eines umfassenden Konsenses zu machen“. An die Gewerkschaften gewandt wird dann festgestellt, daß diese keine vierte Gewalt bilden. Sie hätten daher „die Entscheidungen der Verfassungsorgane auch im Fall inneren Widerspruchs anzuerkennen“.

Auf dem 13. ordentlichen DGB-Bundeskongress hatte der 2. Vorsitzende der IG Druck und Papier, Detlef Hehsche, bereits darauf verwiesen, was der politische Gegner vorhat. „Gestern war es das sogenannte Beschäftigungsförderungsgesetz. Heute ist es § 116. Morgen geht es möglicherweise um das Verbot von Warnstreiks oder um die Öffnung von Tarifverträgen für untertarifliche Beschäftigung kraft Gesetzes, wie es schon einige Professoren seit Monaten verkünden.“ Was aber heute Professoren verkündeten, würde morgen von einzelnen Politikern aufgegriffen und finde übermorgen Eingang in Referentenentwürfen, und am nächsten Tag sei es Gesetz, „wenn wir uns nicht wehren“.

Es ist daher von besonderer Bedeutung, daß der 13. ordentliche DGB-Bundeskongress im Antrag 18 „Verwirklichung des Sozialstaates“ feststellt, daß das Sozialstaatsprinzip ein tragendes Verfassungsprinzip sei, gleichrangig neben Menschenwürde, Demokratie und bundesstaatlicher Gliederung könne es auch von einer „verfassungsändernden Mehrheit nicht verändert werden“. Die gegenwärtige Auseinandersetzung um das Gewerkschafts- und Arbeitskampfrecht sei aber, wie auch der Kampf gegen die Politik der Umverteilung von unten nach oben, zugleich ein Kampf um die Substanz des Sozialstaates.

Wer Sozialstaat und Gewerkschaftsfreiheit verteidige, verteidige die Substanz der Bundesrepublik Deutschland als eines menschenwürdigen, reformfähigen Gemeinwesens.

Der DGB fordert alle auf, die sich einer solchen Zukunft von Staat und Gesellschaft verpflichtet fühlen, „sich in dieser Auseinandersetzung engagiert an der Seite der Gewerkschaften zu beteiligen“.

Heinz Schäfer

Spekulanten

Würde man Vorstandsmitglieder von renommierten Industriekonzernen wie Siemens oder Hoechst als „Spekulanten“ bezeichnen, so wären sie sicherlich sehr empört und würden dagegen ihre Rolle als dynamische und innovative Unternehmerpersönlichkeiten unterstreichen. Tatsächlich ist der Begriff des „Spekulanten“ stark mit dem Odium des Unsoliden, des Abenteuerstums belastet. Zutreffenderweise wird dessen Tätigkeit als parasitär, als nutzlos oder gar schädlich betrachtet – nicht nur vom Standpunkt sozialistischer Positionen, sondern auch gemessen an der Rolle des klassischen industriellen Unternehmers.

Diese Trennung aber wird zunehmend schwieriger, wie Untersuchungen der Bilanzstrukturen industrieller Unternehmen ergeben. Die seit 1982 anhaltende Expansion der Unternehmensgewinne geht nämlich einher mit einer Stagnation der Sachwerte in den Unternehmensbilanzen. Wie die nebenstehende Tabelle zeigt, steckt seit Mitte der achtziger Jahre bei den großen Industriekonzernen mehr als die Hälfte des investierten Kapitals nicht in Gebäuden, Maschinen und Warenvorräten – der größere Teil des Vermögens hat nunmehr die Form von Wertpapieren unterschiedlichster Art, von Unternehmensbeteiligungen und Einlagen bei Banken. Das Finanzvermögen der Industriekonzerne übersteigt ihr Sachvermögen.

Seit Jahren können die großen Monopole ihre durchaus hohen und wachsenden Sachinvestitionen aus den Abschreibungen finanzieren – wobei die Wirtschaftspolitik mit der Verbesserung der Abschreibungsmöglichkeiten und der damit verbundenen Steuerersparnis kräftig nachgeholfen hat. Außerdem ermöglichen die neuen Technologien vielfach einen Abbau der Vorratsbestände im Verhältnis zur laufenden Produktion. Die hohen und steigenden Gewinne können also – soweit sie nicht an die Aktionäre ausgeschüttet werden – für Finanzgeschäfte verwendet werden. Dies aber ist nichts anderes als Spekulation. Vor allem führt es dazu, daß über die hohen Gewinne dem volkswirtschaftlichen Kreislauf Kaufkraft entzogen wird. Diese Kaufkraft wird aber nicht in Form von Investitionen – d. h. Käufe von Maschinen, Bau von Gebäuden oder Anlegung von Warenvorräten – verausgabt. Statt dessen werden Wertpapiere erworben, Unternehmensbeteiligungen gehandelt, es werden Termingeschäfte und Devisentransaktionen getätigt. Der monetäre Bereich explodiert geradezu, während die Produktion stagniert oder nur langsam wächst. Dies ist seit Mitte der siebziger Jahre das typische Bild in der kapitalistischen Welt. Die ständige Labilität der Geld- und Devisenmärkte, hektische Kursbewegungen an den Waren- und Wertpapierbörsen, die Entwicklung der abenteuerlichsten Formen von Finanzgeschäften prägen das Wirtschaftsleben.

Dies hat es auch schon in früheren, krisenhaften Perioden des Kapitalismus gegeben. Als Besonderheit aber muß gewer-

Daten zur Wirtschaftsentwicklung

1. Verarbeitendes Gewerbe

Index 1980 = 100	April 1986	Veränderung in v. H. gegenüber März 1986	April 1985
Produktion	109,2	+7,6	+5,1
Auftragseingänge ¹	139,1	+5,8	+7,1

1) nominal

(Quelle: Statistisches Bundesamt, lt. Presseberichten)

2. Preise

Index 1980 = 100	Mai 1986	Veränderung in v. H. gegenüber April 1986	Mai 1985
Lebenshaltung	121,0	+0,1	-0,2
Industriepreise	118,6	-0,7	-2,9
Landw. Erzeugerpreise ¹	100,6	-0,8	-3,5
Importpreise ²	104,4	-2,2	-18,6
Exportpreise ²	117,6	-0,3	-2,0

1) März 1986, Veränderung gegenüber Februar 1986 bzw. März 1985

2) April 1986, Veränderung gegenüber März 1986 bzw. April 1985

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

3. Arbeitsmarkt (in 1000)

	Mai 1986	Veränderung in 1000 gegenüber April 1986	Mai 1985
Arbeitslose	2122	-108	-71
Kurzarbeiter	153	-63	-75
Offene Stellen	169	+12	+54

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

4. Bilanzstrukturen der Aktiengesellschaften im Produzierenden Gewerbe¹

	1981		1984	
	Mrd. DM	In %	Mrd. DM	In %
Sachanlagen	142,3	31,0	145	28,5
Vorräte	109,7	23,9	105,3	20,6
Sachvermögen insgesamt	252,0	54,9	250,8	49,1
Finanzanlagen ²	56,7	12,4	70,2	13,7
Forderungen	118,1	25,7	139,4	27,3
Flüssige Mittel	31,9	7,0	50,8	9,9
Finanzvermögen insgesamt	206,7	45,1	260,4	50,9
Gesamtvermögen	458,7	100,0	511,2	100,0

1) 1981 wurden 745, 1984 373 Bilanzen einbezogen. Auf sie entfielen 97 bzw. 96 Prozent des Grundkapitals aller Aktiengesellschaften des produzierenden Gewerbes

2) Ausleihungen mit einer Laufzeit über vier Jahren, Beteiligungen und Wertpapiere im Dauerbesitz

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 5/86 und 3/84)

tet werden, daß die klassische Trennung zwischen Spekulanten und Industriellen nicht mehr existiert, daß die großen Finanzgeschäfte inzwischen aufs engste mit der industriellen Tätigkeit im Rahmen monopolistischer Großkonzerne verflochten sind. Krisen und Katastrophen im monetären Bereich wirken also sehr unmittelbar auf die industrielle Produktion zurück. Alternative wirtschaftspolitische Strategien sozialer und ökologischer Reformen müs-

sen an dieser Tendenz zum Spekulanten-tum anknüpfen: Es gilt, die bei den großen Konzernen und Banken angehäuften Finanzmittel abzuschöpfen und sie auf sinnvolle Weise (nämlich über Erhöhung der Massenkaukraft, über soziale und ökologische Infrastrukturinvestitionen, durch die Schaffung von Arbeitsplätzen und Arbeitszeitverkürzungen) wieder in den volkswirtschaftlichen Kreislauf zurückzuführen.

J. G.

Gegen Disziplinierung im Betrieb DPG-Aktion „Wir werden uns wehren“

Interview mit hessischem DPG-Vorsitzenden Josef Stark

Die Deutsche Bundespost ist das größte Unternehmen in der Bundesrepublik, deren rund eine halbe Million Beschäftigte wichtige Infrastrukturleistungen erbringen für das Funktionieren der Volkswirtschaft. Milliardeninvestitionen werden für die Einführung neuer Technik vor allem im Fernmeldebereich getätigt. Welche Auswirkungen dies auf die Arbeitsplätze hat und über andere Fragen zur Politik der Deutschen Postgewerkschaft, speziell auch in Hessen mit ihren rund 52 000 Mitgliedern, darüber sprachen die NACHRICHTEN-Redakteure Gisela Mayer und Bernhard Keßler mit dem hessischen DPG-Bezirksvorsitzenden Josef Stark.

NACHRICHTEN: Bundespostminister Schwarz-Schilling läßt in großen Fernsehwerbespots verkünden, daß in diesem Jahr 18 Mrd. DM bei der Post, und damit in neue Technik investiert werden. Wie werden sich diese Investitionen für die Beschäftigten auswirken?

Josef Stark: Es hört sich sicherlich unglaublich an, aber trotz der Investitionen in Höhe von 18 Mrd. DM wird sich diese Politik des Bundespostministers Schwarz-Schilling negativ auf die Beschäftigten auswirken, und zwar konkret. Anfang des Jahres hat der Bundespostminister 44 Verfügungen an die Oberpostdirektion und die Ämter erlassen. Nach der Realisierung dieser Verfügungen werden 8000 Arbeitsplätze bei der Deutschen Bundespost vernichtet sein. In Hessen sind es genau 803.

Vordergründig wird gesagt, daß man mit diesen Maßnahmen den Personalhaushalt der Deutschen Bundespost sichern will. Tatsächlich ist es aber so, daß eine enorme personelle und insbesondere finanzielle Umschichtung vor allem aus dem Bereich der Gelben Post in den Bereich, in die Dienststellen, die eben die Infrastruktur für die Telekommunikation erstellen sollen, vorgenommen wird. Dies bedeutet, daß die Beschäftigten bei der Deutschen Bundespost gleich zweimal bluten müssen. Zum einen müssen sie dafür herhalten, daß eben die Infrastruktur für die Telekommunikation geschaffen wird, und zum anderen sind sie dann bei der Einführung nochmals von enormen Rationalisierungsmaßnahmen betroffen.

NACHRICHTEN: Welche Möglichkeiten sehen Sie, der Arbeitsplatzvernichtung entgegenzuwirken, und geht die von Ihrer Gewerkschaft angekündigte Aktion „Sichert die Post – Rettet das Fernmeldewesen“ in diese Richtung?

Josef Stark: Wir haben im Juni damit begonnen, in Aktivitäten, insbesondere durch Information der Öffentlichkeit, diese Politik des Dr. Schwarz-Schilling darzustellen. Wir werden jetzt nach der Som-

merpause eine Aktion durchführen unter dem Motto „Sichert das Post-, rettet das Fernmeldewesen“. Das Ziel der Aktion ist gleichfalls, die Öffentlichkeit aufmerksam zu machen, wie mit massiven finanziellen Mitteln, mit Rationalisierung Arbeitsplätze vernichtet werden, insbesondere im Bereich der Gelben Post. Zum anderen werden aber auch das Fernmeldewesen aus dem internationalen Bereich wie aus dem nationalen Bereich arg bedrängt; bedrängt in der Richtung, daß zunächst Teile, dann aber das ganze Fernmeldewesen der Begehrlichkeit des Kapitals ausgesetzt wird.



NACHRICHTEN: Der Hauptvorstand Ihrer Gewerkschaft hat kürzlich ein Positionspapier zum technologischen Wandel erarbeitet. Was hat es damit auf sich?

Josef Stark: Ich will nur ein paar Bemerkungen dazu machen. Das Positionspapier, das wir in der Klausurtagung im März dieses Jahres im Hauptvorstand beschlossen haben, ist sicherlich zunächst einmal dazu gedacht, eine innergewerkschaftliche Diskussion zu führen. Dieses Positionspapier hat aber auch schon eine ganze Menge Anregungen gegeben, Anregungen insbesondere, die sich niedergeschlagen haben in Anträgen des DGB-Bundeskongresses, denn diese Anträge sind weitgehend von der Deutschen Post-

gewerkschaft gestaltet worden. Das geschah sicherlich in Verbindung mit der IG Metall, mit der IG Druck und Papier, mit der ÖTV. Zum anderen wollen wir aber mit diesem Positionspapier in die Öffentlichkeit hineinwirken, um darzustellen, unter welchen Bedingungen wir als Deutsche Postgewerkschaft, als DGB, bereit sind, den technologischen Wandel zu akzeptieren.

NACHRICHTEN: Anfang Juni veranstaltete die DPG Demonstrationen und Kundgebungen für die Übernahme der Auszubildenden. Waren diese Aktionen erfolgreich?

Josef Stark: Ja. Wir haben seit Februar Aktivitäten und Aktionen und auch Demonstrationen durchgeführt, um die Übernahme der Auszubildenden in diesem Jahr wiederum zu sichern. Aber aufgrund der dargestellten Politik wird es immer enger. Nach den Berechnungen der Oberpostdirektion können in diesem Jahr 541 junge Fernmeldehandwerker, die in diesen Tagen auslernen, übernommen werden. Darüber hinaus sagt die Oberpostdirektion in einem Bericht an das BPM sogar, daß diese 541 dringend gebraucht werden. Uns liegt nun das Vorhaben des BPM vor, von diesen 541 nur 370 ausbildungsgerecht, d. h. in ihrem erlernten Beruf, zu übernehmen. 58 sollen ausbildungsfremd in den Fernmeldeämtern übernommen werden. 40 sollen gar keinen Arbeitsvertrag bekommen und 63 sollen im Postdienst in anderen Bezirken beschäftigt werden. Für uns ist dies ein Skandal, auch deshalb, weil eben die zuständige Oberpostdirektion diese Fachkräfte dringend braucht. Zum anderen werden diese jungen Kolleginnen und Kollegen, die in dreieinhalb Jahren qualifiziert ausgebildet worden sind, in anderen Bereichen beschäftigt. Wir werden in den nächsten Tagen und Wochen diese Zahl wiederum veröffentlichen und vor allen Dingen den Politikern unterbreiten, um ihnen nachzuweisen, daß ihre Sonntagsreden vom Abbau der Jugendarbeitslosigkeit leeres Geschwätz ist.

NACHRICHTEN: Zur Vorbereitung des DPG-Kongresses fanden in allen Postbezirken Delegiertenkonferenzen statt. Welche Probleme standen in Ihrem Bezirk im Mittelpunkt?

Josef Stark: Auf unserem Bezirkstag Anfang Juni standen folgende Probleme im Mittelpunkt unserer Diskussion: zum einen der Abbau der demokratischen und gewerkschaftlichen Rechte in den Betrieben, in den Ämtern unseres Bezirks. Wir haben da einen umfangreichen Antrag beschlossen, den wir dem Kongreß vorlegen werden. Wir haben aber auch auf diesem Bezirkstag eine Aktion beschlossen, die bereits im Laufen ist, und zwar eine Aktion „Wir werden uns wehren“. Die Aktion hat zum Ziel, daß die Kollegin Keller und der Kollege Steiß, die Disziplinarverfügungen erhalten haben, weil sie in ihrer Freizeit in ihrem Amt gewerkschaftliche Pflichten erfüllt haben, rehabilitiert werden. Wir haben bereits rund 10 000 Unterschriften bundesweit gesammelt und werden auch auf

das Bundesdisziplinargericht einwirken, damit diese Verfügungen vom Tisch kommen.

Der zweite Schwerpunkt unseres Bezirkstages war der technologische Wandel, der sich insbesondere bei der Deutschen Bundespost auswirkt. Ich habe schon bei der ersten Frage erwähnt, die Deutsche Bundespost schafft die Infrastruktur für die Telekommunikation. Dies kostet zum einen Milliarden von DM, zum anderen aber ist die Deutsche Bundespost hier als Anwender zu sehen, so daß auch im Bereich der Deutschen Bundespost enorme Probleme auf die Beschäftigten zukommen werden. Aber nicht nur auf die Beschäftigten, sondern auch auf die Gesellschaft. Die ganzen Fragen des Datenschutzes sind hierbei noch nicht gelöst. Dies ist alles in einem umfangreichen Antrag angesprochen, und wir wollen versuchen, dies nun auch konkret in unserem Bezirk und auch in den Ämtern umzusetzen.

Dazu hilft uns ein Gutachten, eine empirische Erhebung, die die Landesregierung dem Prof. Esser von der Universität in Frankfurt in Auftrag gegeben hat. Inhaltlich werden wir diese Studie mitbestimmen. Sie soll herausfinden, wie sich die Telekommunikation, wie sich die Planungen der Oberpostdirektion und auch des hessischen Wirtschaftsministeriums auf die Beschäftigten der Deutschen Bundespost auswirken, besonders im Hinblick auf Arbeitsplätze, aber auch Qualifikationsveränderungen an den Arbeitsplätzen.

Darüber hinaus steht die Frage, wie sich diese Planungen auf den Anwenderbereich, insbesondere auf Kolleginnen und Kollegen im Einzelhandel, in Sparkassen, Versicherungen und Banken, auswirken wird. Dieses Gutachten, diese empirische Erhebung, ist speziell auf Hessen bezogen. Auch hier sollen unterschiedliche Strukturgebiete berücksichtigt werden.

DGB-Gäste waren bei den Arbeiterfestspielen

Am 20. Juni wurden in Magdeburg die 21. Arbeiterfestspiele eröffnet. Sie finden alle zwei Jahre reihum in einem der Bezirke der DDR statt und bieten ein Spiegelbild der geistig-kulturellen Entwicklung der arbeitenden Bevölkerung. An den 21. Arbeiterfestspielen nahm auch eine Delegation des DGB-Bundesvorstandes unter Leitung des geschäftsführenden Bundesvorstandsmitgliedes Lothar Zimmermann teil, die sich zu einem Gespräch mit dem Vorsitzenden des FDGB, Harry Tisch, traf. Übereinstimmend wurde dabei die Aufgabe der Gewerkschaften betont, die Aktivitäten für Frieden und Abrüstung zu verstärken. Es wurde auch festgestellt, daß sich die bilateralen Beziehungen zwischen FDGB und DGB positiv entwickelt haben.

Im September: Aktionsmonat der Frauen in der Textilindustrie

Die Gewerkschaft Textil – Bekleidung (GTB) hat mit einer repräsentativen Umfrage in ihrem Organisationsbereich den Nachweis erbracht, daß sich das sogenannte Beschäftigungsförderungsgesetz vom 1. Mai 1985 in der Praxis verheerend ausgewirkt hat: Statt Mehrbeschäftigung, die Bundesarbeitsminister Blüm versprach, gab es im Zeitraum eines Jahres in der Textil- und Bekleidungsindustrie 5800 Arbeitsplätze weniger. Rund 10 000 Frauen und Männer wurden entsprechend dem neuen Gesetz nur befristet und auf „Bewährung“ bis zu 18 Monaten eingestellt.

Am schlimmsten seien von dieser Entwicklung wieder einmal die Frauen betroffen, stellte auf einer Pressekonferenz in Düsseldorf GTB-Hauptvorstandsmitglied Gerda Linde fest. Mit einem „frauenpolitischen Aktionsmonat“ will die Gewerkschaft im September '86 gegen das arbeitnehmerfeindliche Gesetz mobilisieren, über das man mit Recht behauptet, daß es mit „Arbeitsbeschaffung“ so wenig zu tun hat wie Edelstahl mit Diebstahl.

Eine Propagandalüge stand am Anfang: „Lieber befristet Arbeit als unbefristet arbeitslos.“ Das war einer der vielen hohlen Sprüche, die Bundesarbeitsminister Blüm in gewohnter Manier klopfte, um im vergangenen Jahr Stimmung für das Beschäftigungsförderungsgesetz zu machen. Daß dieses Gesetz zur Einschränkung von Sozialplänen, zum vermehrten Abschluß von befristeten Arbeitsverträgen ganz und gar auf Unternehmerinteressen zugeschnitten war, wurde von den Gewerkschaften sofort erkannt. Nach einem Jahr Praxis mit dem Gesetz legte die Gewerkschaft Textil – Bekleidung eine Untersuchung vor, die alle Befürchtungen weit übertrifft.

Im Organisationsbereich der GTB gibt es seit den Betriebsratswahlen 1984 in 2445 Betrieben mit insgesamt 361 574 Arbeitnehmern Betriebsräte. Diese Betriebe waren in die Erhebung einbezogen. Rund 60 000 Beschäftigte, die zumeist in kleineren Betrieben arbeiten und keinen Betriebsrat haben, konnten nicht in die Untersuchung einbezogen werden. 1712 Fragebögen wurden gewissenhaft ausgefüllt, was einer Quote von 70 Prozent entsprach. Die Betriebsräte, die sich dieser Aufgabe stellten, vertreten insgesamt 250 000 Arbeitnehmer, so daß das Ergebnis als repräsentativ bezeichnet werden kann. Es läßt Hochrechnungen zu, die aufs Komma genau stimmen dürften.

In den erfaßten Betrieben sind nach dem 1. Mai 1985 insgesamt 6831 Frauen und Männer befristet eingestellt worden, davon 4601 Frauen (= 67,4 Prozent) und 2230 Männer (= 32,6 Prozent). In 504 Fällen sind Auszubildende, die ihre Lehre abgeschlossen haben, ebenfalls nur mit befristeten Arbeitsverträgen übernommen worden. Mit 386 befristeten Arbeitsverträgen für weibliche Auszubildende gegen-

über 118 für männliche waren die Frauen auch hier die Hauptbenachteiligten.

Rechnet man die ermittelten Zahlen aus den 1712 Fragebögen auf alle Betriebe mit Betriebsrat hoch, so kommt man auf 10 000 Arbeitsplätze, die nur befristet besetzt worden sind. In 280 Fällen erfolgte sogar die Wiederbesetzung der durch Vorruhestandler freigemachten Arbeitsplätze mit befristet eingestellten Arbeitnehmern, was einem Tarifvertragsbruch gleichkommt.

In 54,4 Prozent der Fälle war die Befristung auf sechs Monate, in 32,9 Prozent auf zwölf Monate und bei 21,7 Prozent sogar auf 18 Monate angelegt. Eine Weiterbeschäftigung wurde in 74,3 Prozent „im Falle der Bewährung“ in Aussicht gestellt. Das hat naturgemäß zur Folge, daß sich befristet eingestellte Arbeitnehmer besonders hart in die Seelen legen und damit auf das Arbeitstempo der gesamten Belegschaft in einer Weise Einfluß nehmen, die den Unternehmern sehr gelegen kommt. Der Abbau von 5800 Arbeitsplätzen bei steigender Produktivität spricht dafür Bände.

Mit befristeten Arbeitsverträgen werden gleichzeitig Arbeitnehmerschutzrechte umgangen, wie zum Beispiel das Mutterschutzgesetz. Auch einige tarifvertragliche Regelungen gelten nicht für Arbeitnehmer mit einem befristeten Arbeitsvertrag.

Inzwischen gebe es Betriebe, sagte GTB-Hauptvorstandsmitglied Gerda Linde, die überhaupt keine Dauerarbeitsplätze mehr mit Frauen besetzten. Mit all diesen Fakten sollen im September die Bonner Politiker auf Veranstaltungen konfrontiert werden, die jetzt in den Verwaltungsstellen und Bezirken vorbereitet werden. Familienministerin Süssmuth (CDU) will man dabei an ein Versprechen auf der letzten Bundesfrauenkonferenz der GTB erinnern. Sollte sich herausstellen, versprach die Ministerin, daß das Beschäftigungsförderungsgesetz negative Folgen für die Frauen habe, dann werde sie sich für eine Änderung des Gesetzes einsetzen. Die Beweise für die negativen Folgen liegen vor. Das Gesetz muß endlich vom Tisch verschwinden!

Peter Baumöller

NACHRICHTEN-DOKUMENTATION

13. DGB-Kongreß: Eine Auswahl von Beschlüssen

Vom 25. bis 31. Mai tagte in Hamburg der 13. ordentliche DGB-Bundeskongreß. Die Delegierten der 17 DGB-Gewerkschaften diskutierten über drängende Probleme und faßten Beschlüsse. Nachfolgend dokumentieren wir einige angenommene Anträge und Auszüge aus Reden bekannter Gewerkschafter. (Siehe auch NACHRICHTEN 6/86 und Seiten 3 und 25 in dieser Ausgabe.)

Frieden, Abrüstung, Entspannung (A 1)

Die Sicherung des Friedens in der Welt ist ein zentrales Anliegen der Gewerkschaften. Seit Beginn der Gewerkschaftsbewegung haben Arbeitnehmer für das friedvolle Miteinander der Völker in Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität gekämpft. Frieden bedeutet mehr als die Abwesenheit von Krieg. Frieden erfordert die Respektierung von Menschenrechten, einschließlich des Rechts auf Selbstbestimmung sowie soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit für alle Menschen. Demokratie, Gewerkschaftsrechte und sichere Arbeitsplätze sind die besten Garanten dafür.

Der 13. ordentliche Bundeskongreß des DGB verurteilt deshalb nachdrücklich jede Unterdrückung von Völkern, sei es durch Fremdherrschaften, durch Diktaturen oder Militärregierungen. Die volle Achtung der territorialen Integrität und nationalen Souveränität aller Staaten ist eine wesentliche Vorbedingung für die Erhaltung des Friedens. Die DGB-Gewerkschaften fordern die Regierung der UdSSR auf, ihre Intervention in Afghanistan und ihren Druck auf die Volksrepublik Polen zu beenden. Alle inhaftierten polnischen Gewerkschafter müssen freigelassen werden. Die unter dem Kriegsrecht danach verhängten Urteile sind aufzuheben, freie gewerkschaftliche Betätigung für die „Solidarität“ ist zu gewährleisten. Ebenso wird die Regierung der Vereinigten Staaten aufgefordert, ihre Unterstützung von Diktaturen und Militärregierungen, besonders in Lateinamerika, zurückzunehmen und eine eigenständige demokratische Entwicklung in den Staaten Lateinamerikas zu ermöglichen. Der ökonomische und politische Druck auf Nicaragua ist zu beenden; die Unterstützung der ehemaligen Nationalgardisten des Diktators Somoza ist einzustellen.

Frieden bedarf einer Politik der Abrüstung, Entspannung und Verständigung. Darauf sollten sich alle gesellschaftlichen Kräfte ver-

ständigen. Rüstungswettlauf und Streben nach militärischer Überlegenheit erhöhen das Risiko einer bewaffneten Auseinandersetzung und stellen das Überleben der Menschheit in Frage.

Mit der Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenwaffen in Europa hat sich das Wettüben zwischen den Bündnissystemen beschleunigt. Durch die damit verbundenen weltweit steigenden Rüstungsausgaben wachsen die wirtschaftlichen und sozialen Belastungen der Arbeitnehmer. Auch deshalb müssen Gewerkschaften nachhaltig für Frieden und Verständigung eintreten. Für die Bundesrepublik Deutschland, die an der Nahtstelle von militärischen Bündnissystemen liegt, besteht auch aufgrund der Erfahrungen mit der Naziherrschaft und dem dadurch ausgelösten zweiten Weltkrieg eine besondere Verpflichtung, zum Erhalt des Friedens, zur Sicherheit und Stabilität in der Welt beizutragen.

Der 13. ordentliche DGB-Bundeskongreß bekräftigt seine Auffassung, daß Frieden auf der Basis des Gleichgewichts des Schreckens nicht gedeihen kann. Der 13. ordentliche Bundeskongreß des DGB fordert die Supermächte auf, ihre bisherige Politik der Konfrontation aufzugeben und eine neue Phase der Entspannung einzuleiten. Ziel ist die allgemeine, ausgewogene und kontrollierte Abrüstung.

Schritte zur Verständigung sollten sein:

- Abbau und Verschrottung aller in Europa stationierten und auf Europa gerichteten atomaren Kurz- und Mittelstreckenwaffen,
- sofortiger Verzicht auf die Entwicklung, Erprobung und Stationierung neuer Nuklearwaffen sowie Waffen für den Einsatz im Weltraum. Nur durch ein solches „Einfrieren“ kann verhindert werden, daß die Entwicklung neuer Waffentechnologien den Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen stets einen Schritt voraus ist,
- keine Erhöhung der Rüstungshaushalte,
- Vereinbarung eines Abkommens über den Verzicht auf Androhung und Anwendung von Gewalt.

Der 13. ordentliche Bundeskongreß des DGB appelliert an die Teilnehmer der „Konferenz zur Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (KSZE), die in der Schlussakte von Helsinki vereinbarten vertrauensbildenden Maßnahmen zu ergänzen und auszuweiten. Die Teilnehmer der Stockholmer „Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen in Europa“ (KVAE) werden aufgefordert, einen sichtbaren Beitrag zur Überwindung der Krise in den Ost-West-Beziehungen zu leisten. Der DGB-Bundeskongreß erwartet, daß die Wiener Verhandlungen zur gegenseitigen ausgewogenen Truppenreduzierung (MBFR) endlich zu spürbaren Ergebnissen führen.

Trotz aller fortbestehenden Unterschiede der Gesellschaftsordnungen in Ost und West läßt sich Sicherheit im Zeitalter der Massenvernichtungswaffen nicht mehr durch gegeneinander gerichtete Rüstungsanstrengungen erreichen. Sicherheitspolitik muß vielmehr die wechselseitige Abhängigkeit und die gemeinsame Verantwortung in der Erhaltung des Friedens berücksichtigen. Diesem Gedanken der Sicherheitspartnerschaft entspricht eine defensiv ausgerichtete Militärpolitik, die unter Aufrechterhaltung einer wirksamen Minimalabschreckung die eigene Angriffsfähigkeit abbaut. Der Vorschlag der Sowjetunion zum Abbau aller Nuklearwaffen bis zum Ende dieses Jahrhunderts muß zum Gegenstand konstruktiver Verhandlungen gemacht werden.

Der 13. ordentliche Bundeskongreß fordert ein atomwaffen- und chemiewaffenfreies Europa. Die nachdrückliche Unterstützung des Vorschlages der Palme-Kommission, entlang der Grenze zwischen NATO und Warschauer Pakt einen 300 Kilometer breiten von Atom-

Inhaltsverzeichnis

13. DGB-Kongreß: Eine Auswahl von Beschlüssen	13
Aus Redebeiträgen vom DGB-Bundeskongreß	16
Die NACHRICHTEN feierten ihren 25. Geburtstag Rede von Bernt Engemann	21

waffen freien Korridor zu schaffen, wäre ein erster Schritt zu diesem Ziel und zu weiteren Abrüstungsmaßnahmen.

Der 13. ordentliche Bundeskongreß des DGB appelliert an die Bundesregierung, das Konzept der gemeinsamen Sicherheit zu unterstützen und fordert sie auf, sich verstärkt dafür einzusetzen, ein entspannungsfreundliches Klima zu schaffen, durch eigene Überlegungen zu einer weiteren defensiven Ausrichtung der Bundeswehr und durch die Mitarbeit an defensiv-orientierten sicherheitspolitischen Konzepten im Rahmen der NATO ihren Beitrag zu einer Sicherheitspolitik auf neuer Grundlage zu leisten.

Die DGB-Gewerkschaften begrüßen und unterstützen die dazu geführte Diskussion um alternative sicherheitspolitische Strategien, die auch zu einem Abbau der weltweiten Rüstungspotentiale führen müssen. Eine sicherheitspolitische Strategie allerdings, die eine Hebung der atomaren Schwelle mit Hilfe verstärkter konventioneller Rüstung beabsichtigt, lehnen die Gewerkschaften ab. Die Gewerkschaften sind der Auffassung, daß die von den USA in den letzten Jahren entwickelten neuen militärischen Konzeptionen ein Konzept der Sicherheitspartnerschaft in Europa gefährden. Um dem von den Gewerkschaften vertretenen Ziel einer vollständigen Abrüstung in Ost und West näherzukommen, kann neben der Schaffung atom- und chemiewaffenfreier Zonen die Realisierung einer konventionellen Stabilität zwischen NATO und Warschauer Pakt auf möglichst niedriger Ebene ein erster Schritt sein.

Die Entwicklung und Erprobung von Waffen für den Weltraum ist der Beginn einer neuen gigantischen Runde des Wettrüstens. Sie schafft nicht mehr Sicherheit, sondern erzeugt neben einer ungeheuren Fehlleitung der Fähigkeiten und Möglichkeiten der Menschheit zusätzliche Gefahren für den Weltfrieden. Der Bundeskongreß verurteilt die „Strategische Verteidigungsinitiative“ der Vereinigten Staaten (SDI) und entsprechende Aktivitäten der Sowjetunion. Er lehnt mit Nachdruck alle Bestrebungen ab, die direkt oder indirekt die militärische Weltraumnutzung durch die Staaten der Europäischen Gemeinschaft zum Ziele haben.

Die Teilnehmer des Kongresses fordern die Bundesregierung vielmehr auf, auf eine verstärkte europäische Zusammenarbeit auf dem Feld der zivilen Forschung hinzuwirken, um die wirtschaftliche und technologiepolitische Unabhängigkeit Europas zu erhalten und auszubauen. Der DGB-Bundeskongreß fordert die Supermächte auf, auf Weltraum- oder Strahlenwaffen einschließlich der Neutronenwaffen zu verzichten und sich für ein internationales Verbot biologischer und chemischer Kampfstoffe einzusetzen. Der DGB-Bundeskongreß fordert die Bundesregierung auf, auf die US-Regierung dahingehend einzuwirken, daß das auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland gelagerte Giftgas abtransportiert und vernichtet wird. Neu entwickelte chemische oder biologische Kampfstoffe (z.B. binäres Nervengas) dürfen nicht auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland gelagert werden.

Der 13. ordentliche Bundeskongreß des DGB verurteilt die weltweit steigenden Ausgaben für militärische Zwecke. Die ständig wachsenden Rüstungsausgaben beschleunigen Inflation und Arbeitslosigkeit. Dringend notwendige soziale und wirtschaftliche Reformen werden verhindert bzw. erschwert. Hunger, fehlende medizinische Versorgung, Seuchen und Analphabetentum kennzeichnen auch heute noch die Lebensbedingungen für die Mehrheit der Menschheit. Während weltweit jährlich Unsummen in die Rüstung gesteckt werden, leben Millionen von Menschen in Armut und Hunger. Der Bundeskongreß fordert die Industriestaaten in Ost und West auf, ihrer politischen und moralischen Verpflichtung nachzukommen und ihren Einsatz für die Entwicklung der Dritten und Vierten Welt zu verstärken.

Die deutschen Gewerkschaften verurteilen die Rüstungsexporte in die Länder der Dritten Welt und fordern deren Beendigung. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Rüstungsexportpolitik restriktiv zu handhaben und das Kriegswaffenkontrollgesetz entsprechend zu novellieren. Die Gewerkschaften wiederholen ihre Forderungen nach Einrichtung eines Abrüstungsamtes, das eine planvolle Umstellung von Rüstungsproduktion auf zivile Fertigung ermöglichen soll. Die Schaffung oder Sicherung von Arbeitsplätzen darf

kein Argument für mehr Rüstungsproduktion und mehr Rüstungsexport sein. Die Arbeitsplätze der betroffenen Arbeitnehmer können auf andere Weise gesichert werden. Der Bundeskongreß bekräftigt in diesem Zusammenhang die Forderung nach der Vorbereitung von Produktionsumstellungen. Er begrüßt und unterstützt die Arbeitskreise von Betriebsräten und Vertrauensleuten, die das Ziel haben, in ihren Unternehmen durch andere Produkte die Abhängigkeit von Rüstungsaufträgen zu verringern.

Der 13. ordentliche Bundeskongreß des DGB bedauert die Auflösung der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung (DGFK), die eine systematische Friedens- und Konfliktforschung in der Bundesrepublik ermöglichte. Die DGB-Gewerkschaften fordern die Bundesregierung auf, die Friedens- und Konfliktforschung in der Bundesrepublik wieder in einer Institution zusammenzufassen und dafür ausreichend personelle und finanzielle Kapazitäten zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus muß die Friedenserziehung als Teil des gesellschaftspolitischen Schulunterrichts verstärkt werden. Eine Erziehung zum Frieden muß den Abbau von Vorurteilen und Haßgefühlen und die Bekämpfung von Ausländerfeindlichkeit beinhalten.

Aktivitäten des DGB zu Frieden und Abrüstung (A 2)

Ausgehend von den gewerkschaftlichen Beschlüssen ist es Aufgabe des DGB und der Gewerkschaften, die Kolleginnen und Kollegen in- und außerhalb der Betriebe über die Entwicklungstendenzen und die damit verbundenen Gefahren im Bereich der Friedens- und Sicherheitspolitik zu informieren. Dabei gilt es, in Zukunft sicherheitspolitische Alternativen deutlich aufzuzeigen und zu noch nicht ausreichend spezifizierten Forderungen und Begriffen die Diskussion weiter voranzuführen. Denn nur dann werden wir die oft unterschwellige Ablehnung gegenüber bereits eingeleiteten und immer neu entwickelten Rüstungsmaßnahmen in der Bevölkerung auch politisch durchsetzungsfähiger machen.

Für unsere weitere Arbeit heißt das:

- Für die laufende aktuelle Information unserer Mitglieder, zur Vorbereitung betrieblicher und örtlicher Veranstaltungen und für die Bildungsarbeit sind durch den DGB-Bundesvorstand entsprechende Materialien zur Verfügung zu stellen. Besonders zu berücksichtigen sind dabei: die aktuelle Rüstungsentwicklung, der Stand der Rüstungskontrollverhandlungen, die Entwicklung der militärstrategischen Diskussion, die sozialen und ökonomischen Folgen des Wettrüstens.

Über Sachstandsinformation und Analysen hinaus sind die Möglichkeiten alternativer Sicherheitspolitik und von Alternativen zur Rüstungsproduktion zu diskutieren und in Aktionen einzubeziehen.

So:

- weist die Forderung nach Sicherheitspartnerschaft und alternativer Sicherheitspolitik als Abkehr von der bisher gültigen Logik der Abschreckung konsequent weiterhin zur Errichtung atomwaffenfreier Zonen und der Einleitung graduell und zeitlich befristeter einseitiger Abrüstungsschritte. Hier weiterzudenken heißt, einem notwendig fortzusetzenden politischen Entspannungsprozeß einen wirklich durchgreifenden rüstungspolitischen zur Seite zu stellen, an deren Ende ein Abbau der Blockkonfrontation in Europa stehen müßte. Eine so eingerichtete Diskussion hätte die Möglichkeit, das Thema Abrüstung und Entspannung mit neuen Impulsen aus den Gewerkschaften zu besetzen.

- setzt die Verstärkung der Diskussion um Alternativen zur Rüstungsproduktion einerseits eine stärkere Unterstützung betrieblicher Arbeitskreise „Alternativproduktion“ voraus. Andererseits muß diese Debatte, will sie politisch durchsetzbar sein, auf eine Ausweitung betrieblicher und überbetrieblicher Mitbestimmung gerichtet sein und diese erreichen.

In den benannten Feldern sind in den kommenden Jahren weiterführende Diskussionen innerhalb des DGB und der Gewerkschaften

ten notwendig. Darüber hinaus wird der DGB-Bundesvorstand aufgefordert:

- zu prüfen, ob und wie die Zusammenarbeit mit Friedensforschungsinstituten verstärkt werden kann,

- durch eigene Aktionen der Gewerkschaften die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit stärker auf gewerkschaftliche Friedenspolitik zu lenken. Hierbei gilt es anzuknüpfen an die Unterschriftenaktionen „Frieden durch Abrüstung“, „5 Mahnminuten für den Frieden“ und die „Friedensfahrradstafette der Gewerkschaftsjugend“.

- „Bilaterale, blockübergreifende Kontakte und Begegnungen sind zu fördern und zu verstärken, um eine Politik der Verständigung zu unterstützen und Feindbildern entgegenzuwirken. Dabei sollen auch internationale Spannungsfelder in Ost und West sowie in der Dritten Welt offen angesprochen werden.“

Schwerpunktmäßig müssen hier neue Rüstungsvorhaben, die mit SDI und der Bundeswehrplanung für die 90er Jahre zusammenhängen und die Folgen der Hochrüstung für die Arbeits- und Lebensbedingungen der abhängig Beschäftigten angesprochen werden. Hier sind geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um einen stärkeren Druck auf die Bundesregierung auszuüben.

Zusammenarbeit mit politischen Gruppierungen und Organisationen (A 43)

Wesentlich für die Durchsetzung unserer Forderungen und Ziele ist die Mobilisierung der eigenen Mitglieder. Nur wenn Mitglieder und Funktionäre gemeinsam engagiert handeln, können unsere Ziele und Forderungen wirksam in der Öffentlichkeit vertreten werden. Von uns initiierte und beschlossene Aktionen werden deshalb stets eigenständig durchgeführt. Die Teilnahme anderer Organisationen und Gruppierungen ist zu begrüßen, wenn dabei eindeutig klar bleibt, daß der Deutsche Gewerkschaftsbund Inhalte und Aktionsformen formuliert.

Zur besseren Durchsetzung eines konkreten, genau bestimmbar Ziel ist der DGB bereit, mit anderen Organisationsgruppen und Initiativen punktuell zusammenzuarbeiten. Eine solche Zusammenarbeit hat es beispielsweise in den vielfältigen Aktivitäten der Friedensbewegung gegeben. Allerdings muß auch hier klar sein, daß der Deutsche Gewerkschaftsbund mit eigenen Positionen an solchen Aktivitäten mitwirkt und seine Zusammenarbeit nur dann sinnvoll ist, wenn sie die Fähigkeit, Interessen der Arbeitnehmer zu realisieren, erhöht. Grundlage der Mitarbeit des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Koordinierungsgruppen, Bündniszusammenhängen und sozialen Bewegungen sind jedoch die von uns formulierten Positionen und Forderungen. Die Gemeinsamkeiten, die in solchen Arbeitszusammenhängen auf Zeit vereinbart werden, hindern den DGB nicht, eigenständig seine Position und Forderungen in entsprechenden Aktionen zum Tragen zu bringen.

Folgende zwei im Ursprungsantrag enthaltene Absätze wurden als Material an den DGB-Bundesvorstand überwiesen:

Solche Bündniszusammenhänge sind für den DGB dann beendet, wenn die gegensätzlichen Auffassungen zwischen den einzelnen Bündnispartnern unüberwindlich sind oder eine politische Mitarbeit aus prinzipiellen Gründen ausscheidet. Dabei kommen als Bündnispartner solche Organisationen nicht in Betracht, deren Vorstellungen von gesellschaftlicher Entwicklung den im DGB-Grundsatzprogramm enthaltenen Vorstellungen der Deutschen Gewerkschaften widersprechen. Ein Bündnis mit Organisationen, die in totalitären Gesellschaftssystemen oder undemokratischen Staatsformen das Ziel ihrer politischen Betätigung sehen, ist für den DGB ausgeschlossen.

Für die Zusammenarbeit mit anderen politischen Gruppierungen und Organisationen gilt für die Vertretung der Gewerkschaften in Koordinierungskreisen und Aktionsbündnissen, daß diese Vertretung durch den jeweils zuständigen DGB-Kreisvorstand bzw. Landesbezirksvorstand im Einvernehmen mit dem DGB-Bundesvorstand wahrgenommen wird.

Änderung des § 116 AFG (IA 1)

Die Bundestagsmehrheit aus CDU, CSU und FDP hat entgegen millionenfachem Protest den § 116 AFG in verfassungswidriger Weise mit dem Ziel geändert, die Streikfähigkeit der Gewerkschaften im Kern zu treffen. Der DGB-Bundeskongreß fordert, daß diese Änderung unverzüglich wieder rückgängig gemacht wird. Er begrüßt deshalb auch die Absicht, die Verfassungswidrigkeit der vorgenommenen Änderung des § 116 AFG durch das Bundesverfassungsgericht feststellen zu lassen. Er beauftragt darüber hinaus den DGB-Bundesvorstand, alle geeigneten Maßnahmen zu ergreifen und zu unterstützen, die den gewerkschaftlichen Vorstellungen in dieser Frage Rechnung tragen.

Der DGB-Bundeskongreß weist darauf hin, daß schon der § 116 AFG in seiner bisher gültigen Fassung in Verbindung mit der Neutralitätsanordnung der Bundesanstalt für Arbeit aus dem Jahre 1973 einen Kompromiß darstellte. Er hat sich in der Vergangenheit jedoch als nicht ausreichend erwiesen, einer weiteren Verschiebung des Kräftegleichgewichts im Arbeitskampf durch den massiven Einsatz kalter Aussperrungen zu Lasten der Gewerkschaften wirksam zu begegnen. Dies ist bereits vom 10. ordentlichen Bundeskongreß des DGB im Jahre 1975 mit Besorgnis festgestellt worden (Antrag 179).

Die bloße Wiederherstellung des früheren Gesetzestextes reicht deshalb nicht aus. Es bedarf vielmehr einer ausdrücklichen Klarstellung, daß Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung allenfalls gegenüber den unmittelbar am Arbeitskampf beteiligten Arbeitnehmern verweigert werden dürfen. Dies allein entspricht auch den von der Bundesrepublik Deutschland mit der Ratifizierung des ILO-Übereinkommens 102 eingegangenen internationalen Verpflichtungen.

Unbeschadet der Notwendigkeit eines generellen Aussperrungsverbots ist zumindest das Arbeitsentgelt vom Arbeitgeber weiterzuzahlen, wie es auch der früheren, erst 1980 vom Bundesarbeitsgericht revidierten Rechtsprechung entsprach. Ferner muß das vom BAG sachwidrig beschränkte Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates bei der Einführung arbeitskampfbedingter Kurzarbeit in vollem Umfang wiederhergestellt werden.

Die Probleme der Neuen Heimat konsequent lösen (IA 4)

Zur aktuellen politischen Diskussion um die Neue Heimat stellt der 13. ordentliche Bundeskongreß des DGB fest:

1. Nach Bekanntwerden des persönlichen Fehlverhaltens früherer Geschäftsführer der neuen Heimat und gravierender wirtschaftlicher Fehlentscheidungen haben die Neue Heimat und die Anteilseigner personelle und wirtschaftliche Konsequenzen gezogen, die in der Geschichte der bundesdeutschen Unternehmen beispiellos sind. Die Sanierung der Unternehmensgruppe Neue Heimat hat bis heute erhebliche Anstrengungen gekostet. Gewerkschaften, Beschäftigte und die Gemeinwirtschaftsgruppe haben große Opfer gebracht, um die Strukturprobleme der Neuen Heimat zu bewältigen.

Dennoch hat sich bis heute ein nachhaltiger Sanierungserfolg nicht eingestellt. Das ist wesentlich auch auf die Änderung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Rahmenbedingungen für den gemeinnützigen Wohnungsbau zurückzuführen. Der Staat hat die Förderung des sozialen Wohnungsbaus seit einigen Jahren praktisch eingestellt. Vor allem aber werden die Sanierungsbemühungen systematisch durch politische Störmanöver behindert, die die bei der Neuen Heimat entstandenen Probleme mißbrauchen, um die Neue Heimat als Wahlkampfthema zu erhalten und die gewerkschaftliche Handlungsfähigkeit und Finanzkraft auf Dauer zu schwächen.

2. Der 13. ordentliche Bundeskongreß des DGB erwartet, daß die Strukturprobleme bei der Neuen Heimat dauerhaft gelöst werden.

- Vorrangig sollen dabei wirtschaftlich vertretbare Lösungen gemeinsam mit der öffentlichen Hand mit dem Ziel gefunden werden, die Sozialbindung der Wohnungen der Neuen Heimat zu erhalten. Dieser Weg der Regionalisierung berücksichtigt am besten die In-

teressen der Mieter und der Beschäftigten und trägt den veränderten Bedingungen der sozialen Wohnungswirtschaft Rechnung. Er ermöglicht es, daß der DGB und seine Gewerkschaften sich mittelfristig aus ihrem unternehmerischen Engagement in der Wohnungswirtschaft zurückziehen.

– Die angestrebten Lösungen dürfen aber nicht dazu führen, die gewerkschaftliche Handlungsfähigkeit und Finanzkraft zu beeinträchtigen, auch wenn dazu notfalls weitere Verkäufe aus dem Wohnungsbestand der Neuen Heimat erforderlich sind.

– Bei allen möglichen Lösungen sind die Interessen der Beschäftigten der Neuen Heimat wie bisher einzubeziehen.

3. Der Bundesvorstand wird aufgefordert, sich mit Nachdruck für die Umsetzung solcher Lösungswege in den zuständigen Gremien einzusetzen.

Aus dem Grundsatzreferat

Ernst Breit, DGB-Vorsitzender

... Die Wende ist noch auf dem Weg. Sie hat noch lange nicht alle ihre Ziele erreicht – woran die Gewerkschaftsbewegung im übrigen nicht ganz unschuldig sein dürfte. Ich halte es für wichtig, sich ein Bild davon zu machen, wohin die Wende führen soll. Wenn ich sehe, was praktisch geschieht, wenn ich die Ankündigungen für die Zukunft höre, und wenn ich lese, wie das alles theoretisch begründet wird, dann komme ich zu folgender Skizze: Der Staat soll auf seine klassischen Funktionen zurückgeführt werden: Gewährleistung der Sicherheit nach außen und im Innern; Schutz des Eigentumsrechts gegenüber Arbeitnehmerrechten – das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes wird zur lästigen Sozialstaatsklausel herabgewürdigt.

Die Gewährleistung äußerer Sicherheit konzentriert sich auf Bündnistreue zur NATO, atomares Gleichgewicht und ziemlich blinden Antikommunismus. Blinder Antikommunismus bestimmt auch das Konzept der inneren Sicherheit. In die Öffentlichkeit gelangte Berichte des Verfassungsschutzes sind dafür Beleg genug; nach links sind beide Augen scharfmacherisch geöffnet, nach rechts wird allzuoft ein Auge zugedrückt. Wo es darum ging, Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus kompromißlos in die Schranken zu weisen, dort sind allzuoft nur laue Distanzierungen anzutreffen. Politische Kommunikationsrechte werden eingeeengt, zum Beispiel das Demonstrationsrecht. Das Wort, eine Regierung weiche nicht dem Druck der Straße, ist bekannt. Gesellschaftspolitische Bewegungen, die politisch-parlamentarisch nicht etabliert sind, werden sofort in Mißkredit gebracht. Die Kritiker eines solchen Staatsverständnisses und des politischen Handelns, das diesem Staatsverständnis entspringt, werden als „aufwieglisch“, „zersetzend“, „radikal“ diffamiert. Freund-Feind-Denken verdrängt den demokratischen Dialog. Die engsten Maschen für das Netz der inneren Sicherheit, die größten Maschen für das Netz der sozialen Sicherheit, das kommt dabei heraus, wenn Konservative und Liberale gemeinsam eine Wende stricken. In den Datenspeichern ihres Staates sind die meisten Bürger verdächtig; bedürftig sind die wenigsten.

Der Sozialstaat wird als Versorgungsstaat verächtlich gemacht. Vorwurfsvoll ist die Rede von einer Anspruchsinflation der Bürger. Gemeint sind nicht die Ansprüche der Millionäre. Gemeint sind vor allem die Ansprüche der Millionen Arbeitslosen. Das Problem, so sagen radikale Vordenker neokonservativer Politik, bestehe nicht darin, daß es Armut und Arbeitslosigkeit gibt. Der Fehler sei, sozial Schwachen Rechtsansprüche auf sozialstaatliche Leistungen zuzuerkennen. Das sei zum einen politisch falsch: Wenn Sozialleistungen gekürzt oder gestrichen werden müßten, werde nämlich die Loyalität der Betroffenen gegenüber dem Staat gefährdet. Für die Regierenden sei es weit ungefährlicher, Bürgern erst gar nichts zu geben, als ihnen hinterher wieder etwas wegzunehmen. Der Sozialstaat sei zum anderen aber grundsätzlich ein Irrweg: „Die Konservativen wissen und betonen schon lange“, schreibt einer der

geistigen Väter Reagan'scher Politik, „daß Armut weniger eine Einkommensfrage als vielmehr eine Sache der geistigen Einstellung ist, und daß Unterstützung durch die öffentliche Hand die meisten der Menschen, die davon abhängig werden, zu Krüppeln macht.“

Sozial Schwache, die einen Anspruch auf staatliche Unterstützung haben, bleiben sozial schwach, sie richten sich in ihrer Armut behaglich ein, lautet diese neokonservative Kernthese. Sozial Schwache aber, die auf sich selbst angewiesen sind, die haben eine Chance, erst Tellerwäscher und später Millionär zu werden.

Wer das neokonservative Glaubensbekenntnis soweit nachvollzogen hat, versteht auch die – für unsere Ohren absurde – Behauptung, der Sozialstaat gefährde die Freiheit des einzelnen: Das Recht, die Solidarität der Gemeinschaft in Anspruch zu nehmen, erstickt die Leistungsbereitschaft und behindert dadurch die freie Entfaltung der Individuen, und zwar sowohl derjenigen, die Unterstützung erhalten, als auch derjenigen, die diese Unterstützung leisten müssen. Das scheint mir, kann nur die Logik feiner Leute sein: Die Armen arbeiten nicht, wenn man ihnen etwas gibt; die Reichen arbeiten nur, wenn sie immer mehr bekommen. Das ist Logik, einmal kurz gewendet. Nicht die Hand, die hilft, sondern der Ellenbogen, der freie Bahn schafft, symbolisiert diese Politik. „Wir führen den Staat auf den Kern seiner Aufgaben zurück“, hat Bundeskanzler Kohl in einer Regierungserklärung angekündigt. Und im übrigen, so füge ich im Geiste der Wendepolitik hinzu, mag jeder selbst zu sehen, wie er seine Haut auf dem Markt am günstigsten verkauft.

Was für die Boxer der Ring, das ist der Markt für die Neokonservativen. Hier, und nur hier, soll sich entscheiden, was erfolgreich und damit gut, was unterlegen und deshalb schlecht ist. Das Gesetz von Angebot und Nachfrage soll unsere Lebensverhältnisse immer stärker bestimmen. Auch diese Privatisierungsstrategie hat zum einen für die Regierenden eine Entlastungsfunktion: Gegen politische Entscheidungen können die Betroffenen protestieren. Gegen die Zwänge des Marktes sich aufzulehnen, die die Betroffenen fast wie Naturereignisse treffen, hat wenig Sinn. Zum anderen: Wie der Sozialstaat prinzipiell als Irrweg, so ist die Vermarktung der Lebensverhältnisse im liberal-konservativen Weltatlas prinzipiell als Königspfad eingezeichnet. Wenn der Staat schon eingreift, dann darf er um des Fortschritts willen Marktprozesse nicht korrigieren, sondern muß sie verstärken: Was schrumpft, soll er eingehen lassen. Was wächst, soll er füttern. Am besten ist es aber, wenn er Steuergelder bevorzugt für die äußere und die innere Sicherheit einsetzt, ansonsten aber das Geld gleich bei den Privaten läßt, die damit etwas unternehmen, bei den Unternehmern also.

Damit ist ein weiteres zentrales Stichwort des Neokonservatismus gefallen: Seine Idealfigur ist ohne Zweifel der Unternehmer. Der Geist der Wende ist der Unternehmungsgeist. Zur Wirklichkeit der Wende gehört ein Plattenrekord mitten in der Hochkonjunktur. Dennoch: „Diese Individuen und ihre neuen Ideen sind es, die einer Wirtschaft die Antriebe zu Wachstum und Erneuerung geben“, schreibt George Gilder in einem Buch, das laut „Capital“ für bundesdeutsche Politiker zur Pflichtlektüre werden sollte. Gilder liefert auch ein Beispiel, das wie eine Karikatur klingt, aber, wie ich fürchte, ernst gemeint ist. Ich zitiere: „Das Wirtschaftswachstum beginnt mit einer neuen Idee, zum Beispiel einer verbesserten Mausefalle, und schafft einen aufgefächerten Geschäftszweig der Herstellung, des Vertriebs, der Wartung von Mausefallen. Starke Impulse springen über auf verwandte Branchen, wie Ratten-, Fuchs- und Maulwurfsfallen. Vielleicht schließt sich ein Haus-zu-Haus-Vertrieb mit Jahresservice an, oder es folgen als absolute Knüller gar die ganz neuen Geschäftszweige ‚Mäusefleisch auf Bestellung‘ für Diätbewußte und ‚tiefgekühlte Big Mickies‘ für Schnellrestaurants.“

In dieser Wirtschaftswunderwelt kommen erstens Unternehmer und zweitens Konsumenten vor; Arbeitnehmer kommen in ihr nicht oder nur als Störfaktor vor. Wo Wachstum, Erfolg, Fortschritt von der freien Entfaltung unternehmerischen Handelns abhängen, dort werden die Attribute Stagnation, Mißerfolg, Rückschritt logischerweise gewerkschaftlichem Handeln angeheftet. Dazu wird im weiteren Verlauf noch einiges zu sagen sein.

Vergegenwärtigen wir uns noch einmal bisher genannte Merkmale des Neokonservatismus. Der Sozialstaat erscheint als Schranke

der Freiheit. Der Markt gilt als gesamtgesellschaftlicher Motor und der Unternehmer als treibende Kraft. Und die Gewerkschaften? Für sie bleibt die Rolle, der Sand im Getriebe zu sein. Sand im Getriebe des Neokonservatismus, das wäre ein Ehrentitel, den wir uns redlich verdienen wollen.

Aber die Wendepolitiker meinen das anders. Sie halten uns ein langes Sündenregister vor. Arbeitslosigkeit, Investitionsdefizite und Modernisierungsrückstände gehen auf unser Konto. Die Gewerkschaften verhindern, daß auf dem Arbeitsmarkt das Gesetz von Angebot und Nachfrage voll zum Tragen kommt. Die Gewerkschaften verhindern in den Betrieben und Verwaltungen, daß die Arbeitskräfte den wirtschaftlichen Erfordernissen entsprechend flexibel eingesetzt, bei Bedarf geheuert und andernfalls gefeuert werden können. Die Gewerkschaften verhindern, daß die Kosten gesenkt und die Gewinne gesteigert werden können. „Der Faktor Arbeit ist zu teuer geworden“, steht in dem Wendedokument aus der Feder des niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht. „Dies gilt weniger für die direkten Löhne“, schrieb er, „als für die Lohnnebenkosten, einschließlich der Kosten, die durch Urlaub, Krankheit, sonstige Fehlzeiten, soziale betriebliche Einrichtungen und anderes mehr ausgelöst werden.“ Arbeitskräfte sind für die Wenefachleute bloße Kostenfaktoren. Urlaub und Krankheit sind Fehlzeiten. Hier wird Gesellschaftspolitik gemacht mit dem Horizont des Kleinunternehmers Fritz Schulze, der in seiner Werkstatt zwei Lehrlinge und im übrigen Ordnung und Sauberkeit hält.

Die bundesdeutsche Variante neokonservativer Politik hat englische und amerikanische Verhältnisse noch nicht erreicht. Lassen wir dahingestellt, ob die christlich-liberale Koalition nicht wollte, oder noch nicht konnte. Eines aber muß klar sein: Die Wende ist das Werk von Überzeugungstätern. Hier sind nicht Politiker am Werk, die mit ein wenig Sozialabbau die Staatsschulden senken, die mit etwas mehr Privatisierung die Konkurrenz beleben, die mit ein bißchen weniger Arbeitsschutz den Aufschwung erleichtern wollen. Nein, hier sind Gesellschaftsveränderer am Werk, gegen die wir uns mit aller Kraft zur Wehr setzen müssen...

Aus der Diskussion zu den Geschäftsberichten

Otto König, IG Metall

Nur unsere gemeinsamen Aktionen am 10. Dezember 1985, 4. Februar 1986, 6. März 1986 und mancherorts – wie im DGB-Ortskartell Hattingen – auch am 19. März 1986 haben dazu beigetragen, daß dieser unbekannte Paragraph 116 zum Volksthema in der Bundesrepublik wurde. Durch diese gemeinsamen Aktionen zur Verteidigung des Streikrechts entwickelte sich nach unseren Erfahrungen vor Ort in den Betrieben eine neue Qualität des gewerkschaftlichen Engagements. In Vertrauenskörpersitzungen und Betriebsversammlungen wurde deutlich: Hier bei dieser Auseinandersetzung geht es nicht um eine arbeitsrechtliche Auseinandersetzung, sondern hier handelt es sich um einen Generalangriff auf die Handlungsfähigkeit der Einheitsgewerkschaft. Und die Kolleginnen und Kollegen haben vor Ort bei den Demonstrationen und Kundgebungen gespürt und erlebt, wer ihre Bündnispartner und wer ihre Gegner sind.

Vor diesem Hintergrund habe ich eigentlich kein Verständnis für den Antrag 43, der auf diesem Kongreß eingebracht worden ist. Und ein weiteres: Vor Ort, in den DGB-Ortskartellen und in den Einzelgewerkschaften, wurde nicht theoretisch diskutiert, ob es Rechens ist, während der Arbeitszeit gegen arbeitnehmerfeindliche Gesetze zu demonstrieren, sondern es wurde einfach praktiziert. Es wurde die Arbeit niedergelegt. Es wurde gemeinsam demonstriert. Es wurde an Kundgebungen teilgenommen.

Ich denke, diese Kraft, die da bei Demonstrationen und Kundgebungen auf den Werkshöfen entstand, ist, richtig eingesetzt, auch in der Lage, die Aushebelung des Streikrechts wieder rückgängig zu machen. Und es ist richtig, wenn Ernst Breit darauf hinwies, daß jede Arbeitnehmerin und jeder Arbeitnehmer wissen muß: Auf mich und meine Stimme kommt es an. Aber es wäre auch verhäng-

nisvoll, unsere künftigen gewerkschaftlichen Aktivitäten nur darauf zu beschränken, unsere Mitglieder vor Ort aufzufordern, einen anderen Bundestag zu wählen. Deshalb ist es jetzt richtig und notwendig, den Kampf gegen den Streikparagraphen 116 zu verknüpfen mit einer Perspektive vor Ort, für die es sich lohnt zu kämpfen.

Ich denke, wir müssen unsere Forderungen nach einem Beschäftigungsprogramm und nach der weiteren Verkürzung der Wochenarbeitszeit noch stärker als bisher als wirkliche Alternative zum neokonservativen Zukunftsoptimismus herausstellen. Und ich glaube, dazu hat dieser Kongreß seine Aufgabe und sein Mandat der Delegierten vor Ort.

Wenn die Erfahrung stimmt, daß Kämpfe der Arbeiterbewegung zweimal entschieden werden – einmal in der Realität und ein zweites Mal in den Köpfen der Menschen –, dann stelle ich aufgrund meiner Erfahrungen vor Ort in der Auseinandersetzung um 116 fest: Wir haben zwar eine Etappe im Kampf um den Streikparagraphen verloren, aber wir haben den Kampf um die Köpfe unserer Mitglieder gewonnen. Deshalb, meine ich, verstärken derzeit die Konservativen ihre Angriffe auf die Einheitsgewerkschaft. Wißt ihr, ich halte es geradezu für pervers, daß ausgerechnet diejenigen, die uns wochenlang als Rechtsbrecher, Verfassungsfeinde, Fälscher und Verleumder beschimpft haben, nun den moralischen Zeigefinger erheben und behaupten, wir würden den Gedanken der Einheitsgewerkschaft kaputt machen. Ausgerechnet diejenigen, die sich in dieser monatelangen Auseinandersetzung einen Dreck um die gewerkschaftliche Einheit gekümmert haben, ernennen sich nun zu den Hütern der Einheitsgewerkschaft. Und allen voran, Kolleginnen und Kollegen, Norbert Blüm, der sich offen und ohne Skrupel in dieser Auseinandersetzung auf die Seite des Kapitals gestellt hat!

Nein, hier geht es nicht um die Frage der Einheitsgewerkschaft. Hier geht es darum, die Organisation der Arbeitnehmer, den DGB und seine Einzelgewerkschaften, polemisch mundtot zu machen. Deshalb muß nun der plumpe Antikommunismus herhalten, um die Gewerkschaften zu diffamieren. Aber ich meine, dieses Instrument ist stumpf geworden. Unsere Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben haben dieses Spiel durchschaut. Sie begreifen, daß die Verfehlung des Kampfes um die 35-Stunden-Woche als dumm und töricht und die Denunziation zwei Seiten einer Medaille sind. Sie wissen: Nicht die Brandmarkung der arbeitnehmerfeindlichen Politik dieser Bundesregierung, sondern die Diffamierungskampagnen von Geißler bis Blüm verletzen zutiefst die Prinzipien der Einheitsgewerkschaft. Oder noch deutlicher: Wer Arbeitnehmerrechte zerschlägt, wer massiv Sozialabbau betreibt, wer verfassungswidrige Gesetze durch den Bundestag peitscht, der hat meines Erachtens kein Recht, sich auf die Väter der Einheitsgewerkschaft zu berufen, wie es Herr Blüm dieser Tage tat.

Hans Mayr, Vorsitzender der IG Metall

... Aber wenn ein Ziel ausgemacht, erkannt ist und dann alle auf dieses Ziel ausgerichtet werden, kommt so etwas zustande wie das, was wir bei der Auseinandersetzung um den § 116 AFG miteinander fertiggebracht haben. Und dafür danke ich, für die Haltung und die Führungsqualitäten des Kollegen Ernst Breit. Es wurden natürlich auch Fehler gemacht, und es hat nicht alles so geklappt, wie wir es haben wollten – bei allen Gewerkschaften, einschließlich der IG Metall. Ja, diese Auseinandersetzung hat aber auch gezeigt – das ist meine feste Überzeugung –, daß wir sogar noch mehr können als das, was wir dort fertiggebracht haben, wenn wir es wollen.

Du und du, wir alle haben das zu einem Volksthema gemacht, aber nicht, damit es jetzt wieder verschwindet, sondern so lange ein Thema bleibt, bis dieser Paragraph, wie er heute existiert, wieder verschwunden ist. Was war denn mit dieser Veränderung beabsichtigt? Das kann man schlicht und einfach sagen: eine totale Machtverschiebung zugunsten der Arbeitgeber. Da haben Arbeitgeber und Regierung Hand in Hand gearbeitet – wie bei ihrem Versuch, die Arbeitszeitverkürzung zu verhindern.

Ich habe lange darüber nachgedacht, ob ich den Satz sage, den ich jetzt dem Kongreß doch unterbreiten will. Hinter der ganzen Sa-

che steckt ja auch, wenn ein Arbeitskampf zum Beispiel um die Arbeitszeitverkürzung noch einmal so geführt werden müßte und geführt werden muß wie in der Vergangenheit, daß dann mittelbar Betroffene keine Unterstützung mehr von den Arbeitsämtern bekommen sollen. Dann, so spekuliert man, bleibt ja nur die Wahl: Entweder zahlt die Gewerkschaft auch an mittelbar Betroffene oder die Menschen müssen zum Sozialamt. Bei dieser Machtkonstellation halte ich es auch für möglich, daß diese Regierung sogar fähig wäre, einen Gesetzentwurf einzubringen, der auch verhindern soll, daß in einem solchen Falle diese Menschen Sozialhilfe bekommen, ganz im Gegensatz zum Sozialstaatsgebot.

Es wird vielleicht der eine oder andere denken: Nein, nein, das tun die nicht. – Ich halte sie für zu vielem fähig. Jetzt wird wegen des § 116 und dieser Auseinandersetzungen das Thema Einheitsgewerkschaft diskutiert. Ich will einmal ganz einfach definieren, was ich unter Einheitsgewerkschaft verstehe. Das ist einfach, aber es stimmt trotzdem; wir wollen das nicht so kompliziert machen. Den Gewerkschaften kann nicht egal sein, wer regiert. Den Arbeitgebern ist schon lange nicht gleichgültig, wer regiert. Sie tun alles, um Regierungen zu bekommen, die dann das tun, was die Arbeitgeber gesellschaftspolitisch gern möchten. Das nehme ich ihnen gar nicht übel. Aber das, was die Arbeitgeber verlangen und tun, Einfluß zu nehmen, offen zu sagen, was sie eigentlich von der Regierung wollen oder welche Regierung sie wollen, das nehmen auch wir für uns in Anspruch!

Ob eine Regierung aus CDU/CSU und FDP zusammengesetzt ist oder aus FDP und SPD oder ob die SPD allein oder CDU und CSU allein regieren, das hat ja immer ganz verschiedene Wirkungen auf die Arbeitnehmer. Die eine Regierung ist arbeitnehmerfreundlich, die andere nicht. Schon deshalb kann uns nicht gleichgültig sein, wer regiert. Nur eines müssen alle Parteien wissen: Egal, wie Regierungen zusammengesetzt sind, wenn sie versuchen, Gesetze über das Parlament zu verändern, und diese Veränderungen gegen die Interessen der Arbeitnehmer gerichtet sind und sie oft bis ins Mark treffen, müssen diese Regierungen mit dem Widerstand der Gewerkschaften rechnen! Das verstehe ich unter einer Einheitsgewerkschaft. Deshalb freue ich mich auch über den Brief, den der Kollege Ernst Breit am 13. Mai 1986 Herrn Blüm geschrieben hat. Darin steht, was Einheitsgewerkschaft ist. Ich wünsche mir nur, daß alle Zeitungen den Inhalt dieses Briefes veröffentlichen, damit die Öffentlichkeit weiß, wie wir darüber denken.

Der Herr Bundespräsident hat zu uns gesprochen. Nun braucht niemand zu denken, daß ich den Bundespräsidenten angreife. Er ist nicht da und kann sich nicht zur Wehr setzen. Aber er hat ein paar Ausführungen gemacht, mit denen ich politisch nicht einverstanden bin. Das kann ich jetzt hier nicht ausbreiten, weil ich nur zehn Minuten Zeit habe. Aber auf einen Punkt will ich hinweisen. Er hat gesagt: „Wenn also bei uns sich Gewerkschaften mit der jeweiligen Regierung kritisch auseinandersetzen, so ist das ihr allerbestes Recht. Es darf nur nicht in eine Auseinandersetzung mit dem Staat selbst ausarten.“ Wißt ihr, ich bin kein Staatsrechtler. Aber für mich ist der Staat nicht gewissermaßen etwas Wertneutrales, das über allem schwebt. Das, was den Staat ausmacht, ist sehr stark beeinflußt von der Gesetzgebung, von der Rechtsprechung. Wenn die Gesetzgebung so ist und die Rechtsprechung so ist, daß die Betätigungsmöglichkeiten der Gewerkschaften immer mehr eingeschränkt werden, bis sie kaum mehr atmen können, dann geraten wir in Konflikt mit denen, die solche Gesetze machen, und dann geraten wir auch in Konflikt mit einem solchen Staatsverständnis. Darüber müssen wir miteinander diskutieren und miteinander streiten. Wir haben diesen demokratischen Staat mit aufgebaut. Die Gewerkschaften haben einen ganz entscheidenden Anteil. Wir lassen uns deshalb nicht unsere Rechte nehmen und uns einengen ...

Klaus Zwickel, IG Metall

... Allorts spüren wir doch, wie die seit Jahren propagierte Verzichtsideologie, die Massenarbeitslosigkeit, die Angriffe gegen Gruppen Spuren der Angst, der Verunsicherung, der Anpassung bei unseren Kolleginnen und Kollegen hinterlassen haben. Es kann nicht darum gehen, im Gegner das Böse zu sehen, wie uns der Bundespräsident zu mahnen meinte. Es geht nicht um gut oder böse, es geht um Fakten, um politische Fakten.

Fakt ist, daß die Politik seiner Partei die Arbeitnehmer zunehmend spaltet, daß die Politik seiner Partei immer mehr Gruppen ausgrenzt. Die Spannweite der Verzichtsideologie seiner Partei reicht in der Zwischenzeit vom Lohn- bis zum Demokratieverzicht. Es war daher nach meiner Überzeugung höchste Zeit, durch den Kampf für Arbeitszeitverkürzung, durch den Widerstand gegen Sozialabbau und durch den Kampf für Demokratie und gegen den § 116 den Gegenangriff zu organisieren, um damit weitere Faustschläge gegen die arbeitende Bevölkerung abzuwehren. Und wir haben doch alle gespürt, daß unsere Gegner mit dem § 116 letztlich den Boden dafür vorbereitet haben, daß unsere Kolleginnen und Kollegen aufgerüttelt wurden. Gleichgültige wurden zum Nachdenken gezwungen. Und Satte haben wieder einmal gemerkt, daß der Tisch zwar überreichlich gedeckt ist, daß sie aber, die die Voraussetzungen schaffen, damit der Tisch so reichlich gedeckt ist, von diesem Tisch immer mehr weggedrängt werden sollen.

Die Erfahrungen, die wir mit diesen Kämpfen gemacht haben, dürfen für uns aber nicht Anlaß zu Selbstzufriedenheit sein. Diese Kämpfe und die Erfahrungen damit müßten vielmehr – und das müßte aus diesem Kongreß herauskommen – die Grundlage dafür sein, die Wurzeln der gesellschaftlichen Verhältnisse bloßzulegen, damit die ganze Tragweite sichtbar gemacht werden kann. Klassenkampf ist ja wohl keine Theorie mehr, sondern ist jeden Tag sichtbar ...

Detlef Hensche, 2. Vorsitzender der IG Druck und Papier

... Die Tarifautonomie ist von unseren Vorvätern 1918 nach jahrzehntelangen Kämpfen und Opfern als ein Kernbestandteil der sozialen Demokratie durchgesetzt worden und hat, wenn ich die Zeit von 1933 bis 1945 ausklammere, bis heute als selbstverständlich gegolten. Ich meine, es kann doch keiner ernsthaft annehmen, daß die Gewerkschaften heute, 70 Jahre später, tatenlos zusehen, wenn die Epigonen jener Vorväter uns dieses verfassungsrechtlich verbürgte Recht wieder wegnehmen wollen, beispielsweise durch solche Zwangsöffnungen in Tarifverträgen. Dagegen werden wir uns wehren müssen, auch auf der Straße, auch in den Betrieben und selbstverständlich auch während der Arbeitszeit. Laßt mich in Klammern folgendes hinzufügen. Kollegin Lauscher, ich selbst liebe diese Kraftwörter von Klassenkampf usw. nicht. Aber wenn diese Wörter verwandt werden, dann sollten wir uns dagegen wehren, daß das Thema des Klassenkampfes dann diskutiert wird, wenn wir auf die Straße gehen, derweil der Klassenkampf ja täglich praktiziert wird, solange nur ein einziger unserer Kollegen auf die Straße fliegt. Das ist ja der Punkt.

Um ein anderes Reizwort in dem Zusammenhang anzusprechen: der politische Streik. Ich bin nicht der Meinung, daß bisher der sogenannte politische Streik das Thema war. Das, was wir beispielsweise alle am 6. März praktiziert haben, war alles andere als ein politischer Streik. Es gehört zu den verbrieften Rechten, für seine politische Überzeugung auch öffentlich einzutreten. Wir haben beispielsweise nicht das Geld für Spendengelder, wir verfügen nicht über die Rotationen von Springer, wir haben auch nicht so viele uns artverwandte Moderatoren und Kommentatoren im Fernsehen – welche andere Möglichkeit bleibt uns denn, als massenhaft unseren Protest auch auf der Straße und während der Arbeitszeit zu demonstrieren?

Ich kann mir aber sehr wohl vorstellen, daß dieses Thema des politischen Streiks sich eines Tages stellt, wenn es wirklich ans Eingemachte dieser Demokratie geht, wenn beispielsweise die bindende Wirkung von Tarifverträgen beseitigt werden soll. Das ist doch wohl ein Kern unserer Demokratie, und nicht umsonst steht der Artikel 20 in unserem Grundgesetz, und ich meine, wir alle müssen uns hüten, an diesem etappenweisen Abbau demokratischer Rechte uns am Ende zu gewöhnen. Widerstand oder Gegenwehr – um es neutraler auszudrücken –, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist sicherlich auch in den nächsten Jahren eher noch als in der Vergangenheit geboten, und ich hoffe sehr, daß es dem DGB gelingt, wie in der allerletzten Zeit, mit viel Entschlossenheit und Glaubwürdigkeit diesen Weg weiter zu beschreiten.

Günther Schachner, IG Metall

... Wir sind nicht unterwandert. Und wenn wir weiter so arbeiten, gibt es da auch keine Gefahr. Wir werden weiterhin den Nachwuchs erfolgreich in unsere allgemeine Gewerkschaftsarbeit einbinden – zum Wohle unserer Gesamtorganisation. Und ich habe auch keine Angst davor, Kolleginnen und Kollegen, wenn auf unseren Veranstaltungen und Demonstrationen auch Teilnehmer mitmachen, die zugleich Mitglieder anderer Organisationen sind. Das war so in unserer über hundertjährigen Geschichte. Und das wird auch weiterhin so bleiben. Ich meine auch, daß es uns gutgetan hat, daß wir in den letzten zwei Jahren auch insoweit aus der Geschichte gelernt haben, daß wir keine zu übergroßen Abgrenzungsdiskussionen wie zu Beginn der Nachrüstung geführt haben, die uns in den Augen mancher Jugendlicher damals mit Bestimmtheit nicht glaubwürdiger gemacht haben. Vielleicht ist es auch darauf zurückzuführen, daß beim § 116 und bei der 35-Stunden-Woche in der Tat besser eine Volksbewegung ermöglicht wurde, als es früher der Fall war. Und daran sollten wir, meine ich, auch festhalten.

Ein Letztes zur Frage des politischen Streiks. Auch ich bin der Auffassung, Kolleginnen und Kollegen: Das, was wir bisher gemacht haben, sollten wir streng von dem trennen, was ich – das gilt für viele von uns, wahrscheinlich für uns alle – unter politischem Streik verstehe. Ich möchte aber meine Position wegen der Ausführungen der Kollegen Hermann Rappe und Wolfgang Schultze noch einmal klarmachen. Ich meine: Aus der Geschichte zu lernen, heißt auch zu erkennen; wann wir dieses Mittel des politischen Streiks einzusetzen haben – und für welches Ziel.

Der Kollege Schultze hatte die Frage gestellt: Was kommt danach? Ich meine, wir müßten zumindest soviel aus der Geschichte gelernt haben: Hitler kam wohl legal an die Macht. Ein politischer Streik hätte dies – das wäre die letzte Möglichkeit gewesen – vielleicht verhindert. Das Beispiel des Kapp-Putsches und die Reaktion der Gewerkschaften beweist dies. Ich sage nicht, daß eine derartige Situation unmittelbar bevorsteht. Aber ich sage: Wir müssen uns – weil die Gefahr steigender Arbeitslosenzahlen besteht – auf die Versuche einstellen, die Krise autoritär zu lösen. Schritte in diese Richtung sind für mich folgende Punkte bzw. Ereignisse: Berufsverbote; Anschlag auf die Justizvollzugsanstalt (JVA) Celle; Giftgaseinsatz auch gegen friedliche Demonstranten in Wackersdorf; Auseinandersetzung um den § 116; Vorbereitung der Sicherheitsgesetze; Planung von Probereinsätzen des Bundesgrenzschutzes (BGS) mit dem angeblichen Ziel, gegen streikende Arbeiter vorzugehen; die bereits zitierten weiterhin beabsichtigten Gesetzesvorschläge dieser Regierung. Darauf, glaube ich, müssen wir uns alle einstellen. Wenn das Wirklichkeit würde, müßten wir insoweit aus der Geschichte lernen, daß wir uns nicht scheinbar so weit entmachten lassen dürfen, bis es zu spät ist – wie es leider im Januar 1933 der Fall war.

Aus der Diskussion zum Antrag 43

Werner Pfennig, IG Druck und Papier

... Soll vielleicht in Zukunft der DGB-Bundesvorstand – das kann doch auch Hermann Rappe nicht wollen – sich in allen Einzelfällen mit der Frage beschäftigen müssen, ob etwa der DGB-Kreis Tuttlingen in einem Bündnis mit der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes Demonstrationen gegen einen NPD-Parteitag, wie in diesem Jahr, durchführen darf, nur weil vielleicht in der VVN auch Kommunisten sein könnten oder auch sind? Das kann doch nicht wahr sein. Oder was ist davon zu halten, Kolleginnen und Kollegen, wenn der Verfassungsschutz auf Anweisung Sprangers, den wir ja kennen, unseren DGB-Landesbezirksvorsitzenden Siegfried Pommerenke wegen seiner Teilnahme am Hiroshima-Forum gegen die Pershing-Raketen in Baden-Württemberg observieren läßt, mit der Begründung, in dem Podium habe ein Kommunist gesessen. Das kann doch nicht unsere Denk- und Handlungsweise sein!

Die Konservativen – das haben die letzten Auseinandersetzungen um den § 116 doch auch gezeigt – haben sich in den Gewerkschaften verkalkuliert. Sie haben uns unterstützt. In dieser Situation ist

es auch unvermeidlich, daß die Platte von der kommunistischen Unterwanderung sich dort wieder dreht. Wenn sie sich dort wieder dreht, sollten wir es aber dabei belassen und das nicht auch noch in unseren eigenen Reihen übernehmen. Einen Vorgeschmack dafür, was uns da alles noch blüht, brachte schon die Bundestagsitzung vom 20. März 1986 zutage. Da sagte beispielsweise der nach Ansicht Kohls erfolgreichste Arbeitsminister: „Wie weit die Einheitsgewerkschaft heruntergekommen ist, zeigt, daß sie im Kampf gegen den § 116 sogar die Hilfe der DKP in Anspruch nehmen muß.“ Er sprach weiter von „blindem Fanatismus, sozialistischem Fanatismus“ – was das ist, weiß sicher er – „der IG Metall“. Und der amtierende Kanzler Kohl, Patriot aus dem Pfälzischen, gefiel sich in ähnlichen Tiraden. Ich meine, Kolleginnen und Kollegen – auch die Kollegen von der IG Chemie –, müßte das nicht spätestens zu Bedenken höchsten Grades Anlaß gegeben haben?

Es gab auf diesem Kongreß schon viele tolle Bekenntnisse zur Einheitsgewerkschaft. Aus manchem habe ich aber auch herausgehört, daß es auch ein verengtes Spektrum von Einheitsgewerkschaft gab. Entgegen unserem Grundsatzprogramm – und das gilt wohl für uns alle – soll offenbar die Einheitsgewerkschaft als eine sozialdemokratisch/christlich-soziale definiert und folglich gegen alle anderen ausgegrenzt werden. Dies würde der historischen Wahrheit nicht gerecht und auch nicht den Erfordernissen und der Realität vor Ort. Nach meiner Auffassung haben alle geistigen, sozialen und politischen Strömungen der Arbeiterbewegung bei uns Platz, also auch Grüne, Nichtparteigebundene und Kommunisten. Sorgen wir für die Einheit der Handelnden, für eine soziale Bewegung! Denn nur in einem breiten Bündnis können wir unsere Vorstellungen von einer humanen Gesellschaft verwirklichen. Und die Einheit gegen die Rechtsentwicklung – das hat dieser Kongreß bisher doch auch gezeigt, und zwar über Parteigrenzen hinweg –, ist der bleibende Auftrag aus unserer Niederlage unter dem Faschismus.

Christian Götz, Gewerkschaft HBV

... Laßt mich an dieser Stelle zwei positive Beispiele nennen. Erstes Beispiel: Heute begrüßen wir – das gilt wohl für die meisten, wenn nicht gar alle führenden Gewerkschafter – den Annäherungsversuch zwischen Friedens- und Gewerkschaftsbewegung, der in den letzten Jahren stattgefunden hat. Ich tue das natürlich auch. Dann sollte ehrlicherweise aber auch nicht vergessen werden, wie mühsam dieser Prozeß war, wie schwer wir uns lange Zeit damit getan haben, in und mit der Friedensbewegung unsere Chancen zu nutzen, für eine friedliche Welt zu streiten. So hat Georg Benz auf der großen Friedensdemonstration in Bonn vor vielen Jahren gesprochen, obwohl das damals im DGB und bei vielen Gewerkschaften umstritten war. Mir kann man vergleichsweise Engagement vorwerfen. Fest steht allerdings: Hätte Georg Benz damals Berührungängste, die im übrigen ja nicht unbedingt ein Ausdruck von Selbstbewußtsein sind, zum Maßstab seines Handelns gemacht, wäre es nicht oder doch erst sehr viel später zu dem heute allgemein begrüßten Annäherungsprozeß sowie zu gemeinsamem Handeln von Gewerkschaften und Friedensbewegung gekommen. Zumindest bezogen auf die junge Generation, hat damals der Kollege Benz die Glaubwürdigkeit der Gewerkschaften vergrößert – nicht seine Kritiker.

Zweites Beispiel: Ich habe am 4. Mai 1985 – und ich will das hier bestätigen – auf einer der drei großen Demonstrationen aus Anlaß des 40. Jahrestages der Niederschlagung des Faschismus gesprochen. Nicht zuletzt um solche Aktivitäten bzw. die Verhinderung solcher Redeauftritte geht es ja im Zusammenhang mit Antrag 43 den Antragstellern.

In Frankfurt waren nach Polizeizahlen mehr als 10000 Menschen versammelt. Vor mir sprach Etty Gingold, die Mitglied der VVN ist. Wichtiger ist, daß sie aus dem aktiven Widerstand gegen die Nazi-Diktatur kommt. Nun frage ich: Hätte ich deshalb nicht reden oder mich gar distanzieren sollen? Nur dann, wenn ich mich so verhalten hätte, liebe Kolleginnen und Kollegen, hätte ich mich tatsächlich geschämt und im übrigen historische Erfahrungen und politische Prinzipien verraten.

Im Anschluß an Etty Gingold konnte ich als einer der Hauptredner voll gewerkschaftliche Positionen vortragen. Unseren Interessen

hat das nicht geschadet; im Gegenteil. Denn genau zu derselben Zeit machten Reagan und Kohl ihren im In- und Ausland heftig umstrittenen Besuch auf dem Soldatenfriedhof. In Frankfurt waren parallel – so schätze ich das auch heute noch ein – ein Stück des besseren Teils Deutschlands versammelt, nicht zuletzt in der Wirkung auf unsere Nachbarn in Ost und West. Die Frankfurter Demonstration, die andere in die Rubrik unzulässige Bündnispolitik einordnen, war eine der diszipliniertesten und zugleich würdigsten Veranstaltungen, die ich in meinem politischen Leben – und ich habe in dieser Hinsicht einige Erfahrungen – mitgemacht habe. Ich möchte diese Erfahrungen nicht missen und werde mir auch künftig vergleichbares Engagement nicht verbieten lassen – bei aller Disziplin, die ich als Gewerkschafter habe ...

Horst Schmitthenner, IG Metall

Abgrenzereien, Diskussionen, wer wie mitmachen darf, hätten uns bei dieser Aktion geschadet. Im Gegensatz zu unseren Bauchschmerzen, die wir bei der Mitarbeit in der Friedensbewegung hatten, ist es uns bei Paragraph 116 gelungen, keine Vorbedingungen zu stellen, sondern unsere Position zu definieren und zu sagen, jeder, der mitmachen will, ist uns, wenn er unsere Position unterstützt, willkommen.

Wenn wir uns die Chance offenhalten wollen, in Zukunft noch erfolgreicher Widerstand zu leisten gegen diese Politik der Regierung, dann müssen wir wie beim Paragraphen 116 Verbündete suchen. Das aber setzt die Bereitschaft zum Dialog mit anderen gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen voraus und nicht eine Diskussion, in der als erstes gesagt wird, gegen wen grenzen wir uns ab. Da hilft uns dieser Antrag überhaupt nichts. Wir brauchen keine Abgrenzerei, sondern, positiv formuliert, den Anspruch an andere, unsere Forderungen zu unterstützen ...

Klemens Schuetters, IG Metall

... Haben wir eigentlich nichts Wichtigeres zu tun, als hier einen Streit über solche Dinge zu entfachen, wie er durch diesen Antrag eingeleitet worden ist? Ich meine: Ja. Da sind die Fragen um § 116, da ist das Beschäftigungsförderungsgesetz, da ist die weitere Verkürzung der Arbeitszeit, da ist das Problem der Mitbestimmung der Betriebsräte bei Einführung neuer Technologien, da ist ein Betriebsverfassungsgesetz, das verschlechtert werden soll, da sind die Probleme Frieden, Arbeit und Abrüstung und letztlich eine verfehlte Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik dieser Bundesregierung. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind die Probleme, die diesen Kongreß beschäftigen müssen. Dafür müssen wir alle Kraft sammeln, und dafür müssen wir uns mit aller Kraft einsetzen. Dazu ist es allerdings auch notwendig, Verbündete zu suchen, mit denen ein Konsens herzustellen ist.

Und dazu brauchen wir keine Fesseln, die wir uns selbst anlegen, in welcher Form auch immer, weil nämlich die Geschäftsgrundlage feststeht. Kaum vorstellbar für mich ist aber eine Koalition oder ein Bündnis mit denjenigen, die uns mit § 116 die Schlinge um den Hals gelegt haben und jetzt dabei sind, sie zuzuziehen. Das wäre doch geradezu so, als würden wir den Henker zur Jungfrau schmücken und in der Nacht vor der Hinrichtung noch mit ihm ins Bett gehen ...

Detlef Hensche, IG Druck und Papier

Ich möchte den vielen Einzelbeispielen, die von den Vorrednern gekommen sind, zwei Fälle aus eigener Erfahrung anfügen. Vor gut einem Jahr fand in Nesselwang im Allgäu ein Traditionstreffen vor ehemaligen SS-Kameraden statt. In einem breiten Bündnis haben DGB und zahlreiche andere Organisationen zu einer Protestkundgebung dagegen aufgerufen. Auf dieser Protestkundgebung sprachen zum Beispiel ein Gewerkschafter – das war ich –, der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion im bayerischen Landtag, ein Kommunist und Mitbegründer der KPD, Richard Scheringer, dessen Lebensweg übrigens für viele von uns vorbildlich ist. Es sprach auch der CSU-Oberbürgermeister der Gemeinde Nesselwang. Ja, liebe

Kolleginnen und Kollegen, soll denn der DGB allen Ernstes bei derartigen Anlässen in Zukunft schweigen, weil er nicht anders als in solchen Bündnissen auftreten kann?

Ich will ein zweites Beispiel nennen. Ich sitze seit langen Jahren, vom DGB entsandt, im Aufsichtsrat eines Stahlunternehmens. Seit an Seite mit dem Gesamtbetriebsratsvorsitzenden dieses Unternehmens, Mitglied der DKP. Seit an Seite mit diesem Kollegen kämpfe ich im Betrieb, im Unternehmen und im Aufsichtsrat, gemeinsam mit der IG Metall, dafür, daß das Werk, in dem er selbst zufällig arbeitet, nicht stillgelegt wird. So arbeite ich von Montag bis Freitag im Betrieb mit diesem Kollegen zusammen und soll am Samstag einen Bogen um ihn machen, wenn eine örtliche Bürgerinitiative unter Beteiligung der DKP dasselbe Ziel auf ihre Fahnen geschrieben hat. Ich glaube wirklich nicht, daß die Antragsteller sich diese Konsequenzen voll bewußt gemacht haben.

Und dann ein Drittes, liebe Kolleginnen und Kollegen! In welcher Zeit stehen wir denn? Was kommt denn in den nächsten Jahren an Problemen, an Anforderungen und Aufgaben auf uns zu? – Die herrschenden Kreise werden nicht Ruhe geben, den sozialen Besitzstand weiter abzubauen. Man wird weiterhin versuchen, der gewerkschaftlichen Handlungsfreiheit Fesseln anzulegen. Wir werden als Gewerkschaften gezwungen sein, auch in Zukunft heftige Arbeitskämpfe zu führen, womöglich schon in einem Jahr beim nächsten Schritt der Arbeitszeitverkürzung. Wir werden Antworten geben und uns wehren müssen gegen praktizierte Aussperrungen. Und ausgerechnet in einer solchen Zeit der allerhöchsten politischen Herausforderung und Anspannung begehen wir den Weg, daß wir uns eines Tages mehr mit uns selbst beschäftigen als mit dem Gegner, und der steht rechts.

Denn die Leidtragenden einer solchen Entwicklung wären ja nicht die Kommunisten, sondern Schaden nimmt die eigene Handlungsfähigkeit. Zum Beispiel: Wollen wir allen Ernstes, wenn da Richtlinien beschlossen würden, den Versuch machen, von Organisation zu Organisation zu überprüfen, ob sie das Gütezeichen A oder den Mängelbeweis B erhalten sollen? Das kann doch nicht ernsthaft gewollt sein. Und einschlägige Dossiers von Verfassungsschutzämtern wollen wir uns ja wohl nicht zu eigen machen. Da ist es ja fast schon eine Ehre, drauf zu stehen.

Hans Preiss, IG Metall, zum IA 1

Die Gewerkschaften haben sich seit Bestehen der Bundesrepublik immer wieder grundsätzlich zu Fragen geäußert, die den Staat, das parlamentarische System und seine Grundlage, nämlich das Grundgesetz, betreffen. ... In der Auseinandersetzung um § 116 war es doch eigentlich immer wieder hochinteressant. Die Lobby der Unternehmer ist niemals als verfassungsfeindliche außerparlamentarische Kraft vom Verfassungsschutz observiert worden. In den Verfassungsschutzberichten werden zwar häufig alle möglichen Parteien und Gruppen angesprochen, aber Unternehmer sind offensichtlich qua Funktion immer verfassungstreu. Scheckbuch, Nadelstreifen und Siegelring sind eben noch lange nicht die Insignien für Verfassungstreue ...

... In der Restaurationsphase unter Ludwig Erhard am 12. November 1948 standen alle Räder still. In der britischen und in der amerikanischen Besatzungszone ruhte für 24 Stunden die Arbeit. Niemand hat damals Klage erhoben, weil man wußte: Ohne Gewerkschaften kann es kein vernünftiges Gemeinwesen geben. Und das ist für uns Anlaß, sich in die Widerstandsdiskussion einzumischen. Aber wir sollten sie uns nicht vom falschen Ende aufdrängen lassen. Widerstand heißt, alles, aber auch alles in unserer Macht Befindliche zu tun, um die Zerstörung des Sozialstaats, die faktische Veränderung unseres Staates, der sozialen Demokratie, in einen Unternehmerstaat zu verhindern.

In diesem Zusammenhang, Kolleginnen und Kollegen: Wir lassen uns für unsere bisherigen Aktionen auch nicht den Kampfbegriff „politischer Streik“ aufdrängen. Genau dieser Begriff war es, den

die Unternehmer als Waffe mißbrauchten, um unsere Kolleginnen und Kollegen unter Druck zu setzen, abzumahnern und mit einstweiligen Verfügungen zu operieren. Aber so sind sie: Nach Feierabend von Demokratie reden und während der großen Aktionen immer wieder das Sozialistengesetz aus der Schublade holen.

Fazit: Demonstrations- und Proteststreiks, wie sie vor und bei Beginn der Bundesrepublik gewerkschaftliche Praxis waren und nunmehr wieder gewerkschaftliche Praxis werden müßten, sind nicht verfassungswidrig, sie sind nicht undemokratisch; sie sind im Gegenteil Ausdrucksformen lebendiger Demokratie. Ein letzter Satz: Wir haben die Älteren immer wieder gefragt: Wie konnte es zu 1933 kommen? Heute fragen uns unsere Kinder und unsere Enkelkinder. Deshalb: Bewahren wir uns auch in den künftigen Auseinandersetzungen unseren aufrechten Gang. Geben wir diesem Antrag eindeutig unsere Zustimmung!

Die NACHRICHTEN feierten ihren 25. Geburtstag

Am 1. Juni 1961 erschien die erste Ausgabe der von Heinz Seeger gegründeten NACHRICHTEN. Was lag näher, als 25 Jahre später (am 6. Juni) zu einer Veranstaltung ins Frankfurter Gewerkschaftshaus einzuladen. Mit dabei der Gründer Heinz Seeger, der einige Stationen der 25jährigen Geschichte beschrieb und dabei auch so manche Schwierigkeit der Anfangszeit in der damaligen Zwei-Mann-Redaktion erwähnte. Die Laudatio hielt Bernt Engelmann, noch von dem im Dezember leider viel zu früh verstorbenen Mitherausgeber Loni Mahlein darum gebeten.

In den Gratulationsreden gab es viel Lob für die Zeitschrift, das uns zwar beschämte, aber auch in der Absicht bestärkte, die Zeitschrift zu einer noch größeren Hilfe für die Gewerkschafter zu entwickeln. Heinz Jung, Leiter des IMSF, bescheinigte der Zeitschrift, eine „Art Basiselement“ zu sein. Wer sich mit der jüngeren Gewerkschaftsgeschichte beschäftigt, „braucht als Quelle unbedingt die NACHRICHTEN“, bei der sich Generationen junger Gewerkschafter Orientierung für ihre Arbeit geholt hätten.

Michael Hendrich, Bezirkssekretär der IG Druck und Papier, Frankfurt, bedankte sich bei der Redaktion. Die Zeitschrift decke ein Spektrum konstruktiver Gewerkschaftspolitik ab, das er in manchen Gewerkschaftszeitungen vermisste. In diesem Sinne müsse weitergearbeitet werden. Michael Pilz, Gewerkschaftssekretär in Hanau, betonte die Hilfe der Zeitschrift bei der Arbeit in der Verwaltungsstelle, auch für die in der Bildungsarbeit tätigen Kolleginnen und Kollegen. Anerkennung zollte er auch den Seminaren und den Büchern unseres Verlages, wobei er besonders den Kommentar des BetrVG als „Handwerkszeug für die Betriebsräte“ hervorhob: „Dafür möchte ich mich bedanken, und ich halte es für wichtig, daß ihr auch künftig solche Bücher herausbringt.“

Gern hätten wir auch den ÖTV-Kollegen Kurt Weber in unserer Mitte gesehen als Leser der ersten Stunde und eifrigen Werber. Obwohl er im Krankenhaus liegt, ließ er Grüße und Glückwünsche zum 25jährigen Bestehen durch Günter Arndt überbringen. Günter Arndt, 18 Jahre Mitglied des DGB-Kreisvorstands Frankfurt und ehemaliges langjähriges Hauptvorstandsmitglied der Gewerkschaft Holz und Kunststoff, erklärte u. a.: „In meiner langjährigen gewerkschaftlichen Arbeit war ich immer froh, wenn ich durch die NACHRICHTEN darüber informiert wurde, was in anderen Gewerkschaften passiert.“ Positiv wertete er, daß die Zeitschrift durch Interviews darüber informiere, was „Großkopferte“ im DGB und seinen Gewerkschaften über bestimmte Probleme denken.

Aber nicht nur in den Gewerkschaften, sondern auch an den Universitäten hat die Zeitschrift einen guten Klang. So meinte der Marburger Professor Frank Deppe u. a.: „Für einen, der an der Universität arbeitet, sich mit Gewerkschaftsgeschichte und der aktuellen Gewerkschaftspolitik beschäftigt, sind die NACHRICHTEN aufgrund ihrer analytischen, aber auch ihres dokumentarischen Werts unverzichtbar.“

Es würde zu weit führen, auf die zahlreichen Glückwunschkarten einzugehen, die uns erreicht haben. Darum nur einige Zitate: „Ein Vierteljahrhundert NACHRICHTEN – das sind aktives und impulsgebendes Engagement für eine an den Interessen der Arbeiterklasse orientierte autonome Gewerkschaftspolitik. Das steht für ein konsequentes Eintreten für die Einheitsgewerkschaft“, schreibt der DKP-Vorsitzende Herbert Mies. „Ihr alle wißt, daß die NACHRICHTEN zur Wirtschafts- und Sozialpolitik als eine wichtige Informationsquelle aus dem gewerkschaftlichen Geschehen auch für Hintergrundinformation und wirtschaftliche Zusammenhänge von vielen Kolleginnen und Kollegen unserer Verwaltungsstelle sehr geschätzt wird. ... So begleiten Euch auf diesem Wege die herzlichsten Glückwünsche und Grüße an die ganze Redaktion mit der Bitte, weiterzumachen und dieses wichtige Element von Information und „Kompaß“ kräftig am Leben zu erhalten“, heißt es in einem Schreiben der IG-Metall-Verwaltungsstelle Reutlingen.

Und die Bezirksverwaltung der IG Druck und Papier, Frankfurt, erklärte in ihrem Glückwunschschreiben u. a.: „Die bundesrepublikanische Gewerkschaftsbewegung wäre ärmer ohne Verlage und Herausgeber gewerkschaftsnaher Publikationen, wie Ihr sie nunmehr seit 25 Jahren verkörpert. Stromlinienförmige Meinungsbildung und Meinungsverbreitung gibt es genug. Es ist um so wichtiger, daß kritischer Journalismus, kreative Kritik und die Formulierung von gesellschaftspolitischen Perspektiven, ja Utopien, ihren Platz in Euren Veröffentlichungen besitzen und behalten.“

Viele Leser und Mitherausgeber hätten gern mit Herausgebern, Mitarbeitern und Redakteuren den 25. Jahrestag gefeiert, aber vielen war es an dem Arbeitstag nicht möglich. Aus diesem Grunde dokumentieren wir nachfolgend die Rede von Bernt Engelmann und den ersten Teil der Rede Harry von Bargens, um Gelegenheit zu geben, die Zeitschrift und ihre 25jährige Geschichte nachzuvollziehen.

Gisela Mayer

Bernt Engelmann

Daß ich heute hier sprechen darf, ist ja auch bekannt. Es ist ein Geburtstag. Die NACHRICHTEN zur Wirtschafts- und Sozialpolitik sind gerade 25 Jahre alt geworden. Der Kollege Heinz Seeger, langjähriger Vorsitzender der Gewerkschaft Holz, hat damals vor 25 Jahren zusammen mit dem Kollegen Gerd Siebert die erste Nummer unter dem Datum des 1. Juni 1961 herausgegeben. Zu den Herausgebern gehörte seit 1963 auch Leonhard Mahlein, der langjährige Vorsitzende meiner Gewerkschaft, der IG Druck und Papier. Und Loni war es, der mich noch kurz vor seinem Tod in seiner Eigenschaft als Herausgeber der NACHRICHTEN bat, heute hier zu sprechen. Ich schicke das voraus, weil ich sicher bin, daß es im Sinne Lonis, des Geburtstagskindes, der NACHRICHTEN, und auch im Sinne von Heinz Seeger ist, wenn ich nun keine bloße Laudatio halte und die großen Verdienste würdige, die die Zeitschrift und ihr Gründer, sich dadurch erworben haben, daß sie uns ein Vierteljahrhundert lang die Hintergrundinformationen, Kommentare und Analysen geliefert haben, die für einen erfolgreichen Kampf im Interesse der wirtschaftlich Abhängigen unentbehrlich sind.

Ehe ich auf die aktuelle Situation zu sprechen komme, will ich mit einem kurzen Rückblick auf das Jahr 1961 beginnen. Es war das vorletzte Jahr der Ära Adenauer. Und das wichtigste Datum dieses Jahres, nicht allein in Deutschland oder für Deutschland, sondern auch für das gesamte Ost-West-Verhältnis, war der 13. August, an dem die DDR alle Übergänge nach Westberlin dichtmachte. Über dieses Ereignis schrieb drei Jahre später Sebastian Haffner im „stern“. Ich zitiere ihn: „Der 13. August 1961, das wird mit dem zu-

nehmenden Zeitabstand immer klarer, war ein säkulares Datum deutscher Geschichte, nicht weniger einschneidend als der 11. November 1918 und der 8. Mai 1945. Es war die dritte, diesmal Gott sei Dank unblutige Niederlage einer deutschen Politik, die die Deutschlandsituation durch Druck, Zwang und kalten Krieg, in der letzten Konsequenz notfalls auch durch wirklichen Krieg, zu verbessern hoffte. Dafür hatte man sich dreimal zunächst Chancen ausrechnen können. Damit hatte man dreimal Anfangserfolge gehabt, und damit war man dreimal zum Schluß mit dem Kopf gegen die Mauer gerannt. Adenauer war seit dem 13. August 1961 ein gescheiterter Politiker, nicht weniger als vor ihm Wilhelm der II. und Hitler." Soweit Sebastian Haffner – drei Jahre nach dem Mauerbau in Berlin.

Kein Zweifel, die sogenannte Politik der Stärke mit Wiederaufrüstung und kaltem Krieg war gescheitert. Die Amerikaner, erst recht die Franzosen und Engländer, dachten nicht im Traum daran, das zu tun, was die kalten Krieger hierzulande sich erhofft hatten, nämlich wegen der Abriegelung der Frontstadt den heißen Krieg zu beginnen. Warum sie plötzlich keine Lust mehr dazu hatten, lassen wir einmal dahingestellt.

So setzte, nachdem 1962 Franz Josef Straußens Rachefeldzug gegen den „Spiegel“ eine Staatskrise ausgelöst und die Bonner Karriere des jungen dynamischen Politikers Strauß zunächst einmal jäh geendet hatte, nachdem 1963 Adenauer aufgeben mußte und sein Nachfolger Ludwig Erhard 1966 gescheitert war, ein längst überfälliger Prozeß ein, der einerseits mit viel Krötenschlucken bei der SPD und bei den Gewerkschaften verbunden war, andererseits aber Willy Brandt Gelegenheit gab, erst als Außenminister, dann als Kanzler, das zu tun, was spätestens Anfang der 50er Jahre fällig gewesen wäre, nämlich endlich die Realitäten, die der von Hitler-Deutschland angezettelte Krieg und sein Ausgang geschaffen hatten, zu sehen und anzuerkennen.

Indessen, und damit bin ich schon fast in der Gegenwart, geht es in der Politik leider ähnlich langsam voran wie bei der Echternacher Springprozession. Nach drei Schritten voran ging es mit Helmut Kohl, der sich ja auch noch mit Stolz als Enkel Adenauers bezeichnet, wieder zwei Schritte zurück. Wobei wir uns damit trösten müssen, daß ein Schritt nicht mehr rückgängig gemacht werden konnte, nämlich die Ostverträge. Wir wollen diesen bedeutenden Fortschritt nicht unterschätzen. Aber was uns ansonsten von der jetzigen Bundesregierung geboten wird, da muß ich ausnahmsweise Franz Josef Strauß einmal recht geben, der nämlich diese Wende-regierung Helmut Kohls eine ägyptische Finsternis nennt. Für diejenigen Kolleginnen und Kollegen, die nicht so bibelfest sind wie Franz Josef Strauß und ich: Im 2. Buch Mose 10. Kapitel werden die schrecklichen Plagen beschrieben, die über ein Land kommen können, und von diesen Übeln ist die ägyptische Finsternis das vorletzte.

Tatsächlich ist Kohls Gruselkabinett, das gerade erst um ein weiteres Mitglied, Wallmann als Entsorger, ergänzt worden ist, wahrhaftig das finsterste, was uns seit Jahrzehnten zugemutet worden ist. Da hat der bayerische Pater patriae schon recht, auch wenn er an Kohl etwas ganz anderes auszusetzen hat als wir. Denn ihm ist diese Firma noch nicht reaktionär, noch nicht unsozial, noch nicht gierig genug. Uns reicht's.

Diese wendige, um nicht zu sagen windige Mannschaft sieht unseren Staat frech und kaltschnäuzig als ihre und ihrer Taschenfüller Beute an. Sie verteilt kräftig um, von unten nach ganz oben. Wer viel hat, dem wird viel gegeben. Wer wenig hat, muß sich mit noch weniger begnügen, und wer nichts hat, braucht auch nichts. Massenarbeitslosigkeit und sozialer Abstieg werden achselzuckend als schicksalhaft abgetan. Die rücksichtslose Ellenbogengesellschaft wird zum Lernziel erhoben. Den Profitinteressen hat sich alles unterzuordnen: Die bedrohte Umwelt, die Kultur, auch der Anstand, sogar die demokratischen Grundrechte, die Streikfähigkeit der Gewerkschaften, der Datenschutz und das Recht, öffentlich und friedlich zu demonstrieren. Kohl und Co. regieren, wenn man es so nennen kann, nach dem Motto: „Was gut ist für Siemens, Henkel und Flick, ist auch gut für die Bundesrepublik.“

Erst in diesen Tagen hat der Bundesverband der Deutschen Industrie seine Forderungen zur Bundestagswahl vorgelegt. An der

Spitze steht, wie könnte es anders sein, die Forderung nach weniger Steuern für Unternehmer, die Erweiterung der Möglichkeiten, große Gewinne zu machen und zum Ausgleich eine weitere kräftige Kürzung der Sozialleistungen, wobei die Industrie am liebsten alles auf die Sozialhilfe der Kommunen abgewälzt sehen würde, obwohl bereits 760 000 Haushalte auf Unterstützung aus den Gemeindekassen angewiesen sind.

Eine stolze Bilanz, die Kanzler Kohl und sein ihm beim Sozialabbau zuarbeitender Arbeitsminister Dr. Blum da vorzuweisen haben. Wobei nahezu alle sogenannten Erfolge, etwa der behauptete leichte Rückgang der Dauerarbeitslosigkeit, auf Manipulationen beruhen. Einen Dauerarbeitslosen braucht man z. B. nur zu einer kurzen Wehrübung einzuberufen, nach ein paar Tagen wird er in die Erwerbslosigkeit wieder entlassen, und schwups ist er kein Dauerarbeitsloser mehr. Aber so schlimm das alles ist, und so schlimm es ist, wenn man sich abfinden soll mit einer Arbeitslosigkeit, die permanent zwischen 8,5 und neun Prozent liegen soll, in Wahrheit aber zwischen 11 und 12 Prozent liegt, so schlimm das alles ist, es ist keineswegs das schlimmste, was uns von dieser Bundesregierung geboten wird.

Wie blanker Hohn klingt heute Kohls geistig-moralische Wendeformel „Frieden schaffen mit immer weniger Waffen“. Unser Land ist degradiert zur überfüllten Deponie für alle Atomsprenköpfe, rostende Giftgas- und Bakterienbehälter, die anderswo in der atlantischen Schicksalsgemeinschaft unerwünscht sind. Statt weniger Waffen bekamen wir noch mehr Erstschlagpershings als angekündigt. Und dementsprechend richten sich nun noch mehr Atomraketen gegen uns. Wobei ich keinen Unterschied zu machen vermag zwischen sogenannten guten und sogenannten bösen Raketen. Zwar sollen die guten der Bewahrung unserer Freiheit dienen, aber ich weiß, daß dies ohne praktische Bedeutung ist, weil keiner von uns die Verteidigung der sogenannten Freiheit überleben würde. Egal, ob er oder sie oder es lieber tot als rot sein will oder umkehrt.

Zu der uns drohenden Vernichtung gibt es doch nur eine Alternative: Sofortigen Rüstungsstopp und die Vernichtung aller Waffen, in der Reihenfolge ihrer Gefährlichkeit bis hin zum letzten Vorderlader. Aus dem Gleichgewicht des sich drastisch vermehrenden Schreckens muß schleunigst ein Gleichgewicht wachsender Vernunft und zunehmenden guten Willens werden. Aber von solcher friedlichen Koexistenz scheinen wir momentan weiter entfernt denn je, trotz immer neuer und deutlicherer Signale aus Moskau, die nur noch eiskalte Krieger als bloße Propagandatricks abtun können.

Der Kernsatz der Vorschläge Gorbatschows vom 15. Januar dieses Jahres lautet, wäre es nicht vernünftiger, die Atomwaffen abzuschaffen, statt die nächsten 10 bis 15 Jahre mit der Entwicklung neuer Weltraumwaffen zu verschwenden, die angeblich Nuklearwaffen nutzlos machen sollen. Selbst die „New York Times“ fand dies eine gute Frage. Und das konservative „Svenska Dagbladet“ meinte gar, ich zitiere: „Was ist im Ernst gegen Gorbatschows Vorschlag einzuwenden, sofort mit der Verwirklichung eines Programms zur Befreiung der Menschheit von der Angst vor einer nuklearen Katastrophe zu beginnen? Und was gegen einen sofort wirksamen Stopp weiterer Atomversuche, dem sich die USA widersetzen?“

Ein anderes Blatt, ein deutschsprachiges, schrieb dazu Ende Januar: „So sehr auch skeptische Analytiker im Westen nach Haaren in der Suppe suchen, dem Mann im Kreml ist zu applaudieren. Nie in den vergangenen Jahrzehnten hat ein verantwortlicher Staatsmann einen ähnlich umfassenden und radikalen Vorschlag zur Befriedung der Menschheit gemacht.“ Das stand nun nicht etwa in einem sogenannten obskuren linken Blättchen, sondern im Leitartikel des auflagenstärksten Magazins der Bundesrepublik im „stern“ vom 30. Januar 1986, und dies nicht von ungefähr, sondern weil eine überwältigende Mehrheit der erwachsenen Bevölkerung unseres Landes einen durch sofortige Abrüstung gesicherten Frieden will und keine Vorbereitungen auf einen Krieg der Sterne. Nebenbei bemerkt: Rolf Winter, der diesen bemerkenswerten Leitartikel im „stern“ verfaßt hat, wurde inzwischen nebst seinem Stellvertreter, Dieter Gütt, gefeuert. Das ändert aber nichts daran, daß die öffent-

liche Meinung gegen weitere Aufrüstung ist, die veröffentlichte Meinung allmählich einen Umschwung zu verzeichnen hat.

Die Wenderegierung Kohl aber schert sich nicht um den Willen von mehr als drei Viertel der Bevölkerung quer durch die Parteien. Sie tut wie stets, wofür sie bezahlt wurde: nicht von uns, den Wählern und Steuerzahlern, sondern vom großen Geld, von den Nichtsteuerzahlern, die ihr aufgetragen haben, alles durchzupeitschen, was den Profitinteressen dient: Nachrüstung und Sozialabbau, Kommerzialisierung der Medien und Milliardenbeschenke an die Superreichen, Änderung des § 116 Arbeitsförderungsgesetz zur

Ich möchte noch etwas in die Diskussion einbringen, weil ich mich hauptsächlich mit Geschichte befasse. Zu meiner großen Überraschung entdeckte ich vor ein paar Jahren etwas, was man gar nicht für möglich hält, weil es sich genauso abgespielt hat, wie der kleine Moritz sich Politik vorstellt. Noch zur Zeit der Hitler-Diktatur, kurz nach Stalingrad, im Frühjahr 1943, wurde die Bundesrepublik praktisch in Berlin entworfen: die Nachkriegswirtschaft, Besitzverhältnisse und ihre Verteidigung, der Übergang von der Diktatur zur bürgerlichen Demokratie, und zwar in einem Arbeitskreis, der sich schlicht und einfach „Kleiner Arbeitskreis“ nannte. Dessen Vorsitzender war der damalige Hauptgeschäftsführer der Reichsgruppe Industrie, der Vorgängerin des heutigen BDI, Hermann Stahl.

Der Protegé von Stahl war ein jüngerer Professor der Nationalökonomie, der den speziellen Auftrag hatte, etwas auszuarbeiten, was dann später „Soziale Marktwirtschaft“ genannt wurde, und insbesondere zu klären, wie man die Schulden, die der Krieg hinterlassen würde, auf die Masse der Arbeiter und Angestellten abwälzen und die alten Besitzverhältnisse wahren konnte. Dieser junge Professor hieß Ludwig Erhard.

Der dritte Beteiligte an diesem „Kleinen Arbeitskreis“ war der Staatssekretär im damaligen Reichswirtschaftsministerium der Nazis, Otto Ohlendorf, der nebenbei bemerkt, natürlich auch SS-Gruppenführer oder so etwas Ähnliches war und später hingerichtet wurde. Allerdings nicht wegen seiner Tätigkeit im „Kleinen Arbeitskreis“, sondern weil er außerdem auch noch zur Bewahrung in der Sowjetunion eine Einsatzgruppe leiten durfte. Und Ohlendorf seinerseits war der Schüler eines Prof. Reinhard Böhm, der dann nach dem Kriege, von Anfang der 50er Jahre und bis heute, die Akademie der Führungskräfte der Wirtschaft in Bad Harzburg leitete.

Der vierte im Arbeitskreis, im „Kleinen Arbeitskreis“, war der damals für die Aluminiumindustrie aller Besatzungsgebiete, insbesondere Jugoslawien, zuständige Ludger Westrick, später Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium und dann im Bundeskanzleramt unter Ludwig Erhard. Und dann gab es noch den Vertreter der Margarine-Union, der Unilever, der war in diesem Arbeitskreis zuständig für Außenwirtschaft, zusammen mit einem weiteren Mann namens Hermann Josef Abs von der Deutschen Bank. Sein eigener Name war Blessing, und er wurde dann in der Bundesrepublik erster Präsident der Deutschen Bundesbank.

Schwächung der Kampfkraft der organisierten Arbeitnehmer und nun auch noch nach dem SDI-Geheimabkommen mit Washington, das Abrüstungsverhandlungen sinnlos machen soll, ein weiteres über neue chemische Waffen, die hier stationiert werden sollen, und wenn es nach Reagan geht, auch noch den Ausstieg aus SALT II.

Das hat mit Politik oder gar mit Vernunft nichts mehr zu tun. Das ist Amoklauf. Aber können wir denn verhindern, daß uns dieser Amokläufer ins Verderben reißt? Kann unser Protest denn noch irgend etwas bewirken? Sind wir denn überhaupt imstande, die Mächtigen zu bezwingen und der Vernunft zum Sieg zu verhelfen? Ich meine

ja. Ich meine, das können wir. Es gibt für uns gar keinen Grund, zu verzagen. Verzagen sollen und werden die anderen: Ronald Reagan, Maggie Thatcher, Kohl und Co., die so tun, als sei unser Staat der 51. der USA, gleich nach Alaska, nur ohne Wahlrecht zum Kongreß. Es gibt keinen Grund, zu glauben, das gegenwärtige korrupte Regime der vereinigten Rechten sei um eine Spur sicherer als es die Herrschaft von Marcos in Manila oder von Baby Doc in Haiti oder anderer Statthalter der multinationalen Konzerne waren.

Es gibt auch keinen Grund zu glauben, die friedlichen Massendemonstrationen der frühen 80er Jahre seien nutzlos gewesen, hätten nichts bewirkt, weil sie nicht einmal die sogenannte Nachrüstung verhindern konnten. Sie waren nicht nutzlos. Ganz im Gegenteil. Vor fünf Jahren ist erstmals in der deutschen Geschichte gegen den Willen aller Mächtigen und Herrschenden in unserem Land eine spontane Volksbewegung entstanden. Nicht von oben her gelenkt oder ins Leben gerufen, sondern von der Basis her entstanden und größer und stärker als je zuvor. Alle etablierten Parteien haben sich davon zunächst distanziert. Auch, und ich sage das als lebenslanger aktiver Gewerkschafter und Sozialdemokrat, auch die SPD, auch der Deutsche Gewerkschaftsbund, auch die Kirchen und alle anderen Institutionen sind von dieser Friedensbewegung zunächst abgerückt, haben davor gewarnt, bis zum 10. Oktober 1981. Da haben wir sie von der Basis her zum Umdenken gezwungen.

Und sogar das Lügenblatt, das angeblich immer sagt, wie es ist, mußte seine für den 11. Oktober vorgesehene Titelseite vollständig ändern und alles schon Gedruckte einstampfen; denn die ursprünglich vorgesehene Balkenüberschrift „Bonn brennt“ und die dazu ausgesuchten Fotos von brennenden Autos und geplünderten Läden wären auch dem Dummsten als Lügen erkennbar gewesen. Der absolut friedliche Protest der Hunderttausenden in Bonn gegen den Rüstungswahnsinn vom 10. Oktober 1981 hat mindestens dreierlei bewirkt: Die Friedensbewegung ist zu einer von allen anerkannten Kraft geworden, die allen Verleumdungen, Spaltungs- und Aufweichungsversuchen zum Trotz keineswegs aus der politischen Landschaft wieder verschwunden, sondern dort fest etabliert ist.

Die SPD und der Deutsche Gewerkschaftsbund haben sich nun auch in den Führungsgremien die Forderungen der Friedensbewegung weitgehend zu eigen gemacht. Ich erinnere daran: Am 1. Mai 1981 war in Hamburg der Deutsche Gewerkschaftsbund tatsächlich noch in der Lage, mit Hilfe der Polizei Antiatomsprachbänder aus der Maidemonstration entfernen zu lassen. Man stelle sich vor, dieses wäre am letzten Mai vor einigen Wochen irgendwo versucht worden. Es ist undenkbar, und daran kann man abmessen, welchen Weg auch unser Gewerkschaftsbund in dieser Zeit zurückgelegt hat, nicht von allein, sondern durch die Entwicklung und insbesondere durch den Druck von der Basis her. Übrigens, nur am Rande sei es bemerkt: Diese Nachricht steht in Nr. 1 der NACHRICHTEN. Ich darf nur daran erinnern.

Zweitens hat die Friedensbewegung etwas bewirkt, das erst kürzlich die „Süddeutsche Zeitung“ so beschrieben hat, eine Öffnung der sicherheitspolitischen Diskussion, wie sie in den vergangenen beiden Jahrzehnten, was Zahl und die Herkunft der Teilnehmer und interessierten Zuhörer angeht, undenkbar war. Mit anderen Worten: Zigtausende haben sich sachkundig gemacht, lassen sich nicht mehr ein X für ein U vormachen.

Drittens ist die Bildung und rege Aktivität neuer berufsspezifischer Friedensinitiativen zu verzeichnen. Mediziner, Juristen, Naturwissenschaftler, Datenverarbeiter, Informatiker, Künstler. Sie und andere Berufsgruppen, sogar die Militärs, und aller Prügel zum Trotz, jetzt auch wieder die Schriftsteller, haben sich in eigenen Initiativen zusammengefunden. Initiativen, die, so noch einmal die „Süddeutsche Zeitung“, Zulauf haben wie nie zuvor. Das und einiges mehr hat die Friedensbewegung bewirkt. Auch die Regierung Kohl hat etwas beigetragen. Nicht zuletzt durch ihre Sturheit, ihren rücksichtslos betriebenen Sozialabbau und vor allem ihr Bestreben, die Gewerkschaften zu schwächen, haben Gutes bewirkt. Das Durchpeitschen der Änderung des § 116 AFG hat etwas bewirkt. Sie hat unseren schlafenden Riesen geweckt, hat nicht wenigen im DGB die Augen geöffnet und sie endlich erkennen lassen, wo der Feind steht, und daß wir alles verlieren werden, auch das, was wir so

stolz unser Eingemachtes zu nennen pflegen, wenn wir uns nicht energisch genug wehren im Kampf gegen das zutiefst unsoziale konservativ-reaktionäre Kartell und dagegen das breiteste Bündnis eingehen.

Ich möchte an dieser Stelle etwas einfügen, was mir gerade aufgefallen ist in den letzten Tagen, als ich, ich muß das manchmal tun, die „Frankfurter Allgemeine“ las, ein Blatt, hinter dem ja angeblich ein kluger Kopf stehen soll. Da fand ich eine sehr interessante Analyse. Und wenn dort nicht ein Wort immer wieder vorgekommen wäre, hätte man fast gemeint, die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ hätte sich zu einem fortschrittlichen Blatt entwickelt. Dort war nämlich davon die Rede, daß die Gewerkschaften nicht nur im Betrieb, nicht nur in der Wirtschaft, sondern in der gesamten Gesellschaft und Staat ein Mitbestimmungs- ja evtl. sogar ein Bestimmungsrecht haben müßten. Allerdings nicht in der Bundesrepublik, nur in Polen. Dies sei nur am Rande erwähnt.

Es darf nicht nochmals 25 Jahre dauern, bis auch der letzte DGB-Funktionär zu der Überzeugung gelangt ist, daß ökologisches Denken und Handeln und der raschestmögliche Ausstieg aus gefährlichen Technologien ebenso dringend nötig sind wie ein sofortiger Teststopp und die raschestmögliche Beseitigung aller Massenvernichtungswaffen. Wir müssen endlich lernen, daß alles, was uns schon allzu lange und immer mehr gefährdet und uns in Bälde zu vernichten droht, ein und dieselbe Ursache hat. Das gilt für die überfüllten Rüstungsarsenale wie für den Hunger und das Elend in der dritten, ausgebeuteten Welt, für die Dauermassenarbeitslosigkeit wie für das Waldsterben, die verpestete Luft, die biologisch toten Gewässer, die verstrahlten Wiesen und vieles andere mehr haben ein und dieselbe Ursache, ich brauche sie hier nicht zu erklären. Nur, wem man sie erklären muß, weil immer wieder alles nur an einzelnen Symptomen gemessen wird, sind die Kollegen. Dies wesentlich mitgetan zu haben, auch durch Analysen und Nachrichten immer wieder zum Nachdenken angeregt zu haben, ist das Verdienst der NACHRICHTEN. Unsere einzige wirksame Waffe gegen alles dies ist die Einheitsgewerkschaft, ist das breite Bündnis mit all denen, die mit uns für Frieden und ein menschenwürdiges Leben eintreten. Eine Gemeinschaft, die solidarisch ist und niemanden ausschließt, weil er Christ oder Kommunist, Grüner oder einfach nur anständiger Kollege ist. Für diese Überlegung seit 25 Jahren in unserer Gewerkschaft das Bewußtsein zu wecken, ist das Verdienst der NACHRICHTEN. Dafür Ihnen Dank. Dafür auch Dank dem Kollegen Heinz Seeger.

Harry von Barga (1. Teil)

Wenn man als Kommunist heute einige Gedanken zum Bündnis von politischer und gewerkschaftlicher Arbeiterbewegung darlegen will, so muß man dies vor allem vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre, den Erfordernissen einer erzreaktionären Wendepolitik geschlossener entgegenzutreten, tun. Aber natürlich kommt man gleichfalls nicht umhin, sich mit den Ergebnissen und Diskussionen des DGB-Kongresses zu beschäftigen. Und da hat vor allem die Debatte um den Antrag 43 eine Reihe von Fragen aufgeworfen.

Brauchen die Gewerkschaften eigentlich eine Debatte über Bündnispolitik? Ich meine, sie brauchen diese Diskussion mehr denn je. Die Gefährlichkeit, die von der zunehmenden Machtkonzentration der Monopole und besonders der Stärkung des militärisch engagierten Teils der Monopole in unserem Land ausgeht, wird nach drei Jahren Wenderegierung immer spürbarer. Ernst Breit hat völlig recht, wenn er in seinem Grundsatzreferat auf dem DGB-Kongreß festgestellt hat: „Die Wende ist das Werk von Überzeugungstätern“, und schlußfolgert: „Hier sind Gesellschaftsveränderer am Werk, gegen die wir uns mit aller Kraft wehren müssen.“ Ja, gerade der Kampf gegen die Politik der Zweidrittelgesellschaft verlangt, daß man alle Kräfte der Gegenwehr, alle, die in Opposition zur Wendepolitik stehen, zusammennimmt. Da darf weder ein Drittel noch ein Zehntel möglicher Kräfteentfaltung verschenkt werden. Falls das Motto: „Am stärksten ist der Stärkste alleine“ außer in schlechten Wildwestromanen jemals in der Realität zutraf – heute jedenfalls widerspricht es der Logik der Verhältnisse. Die Zeit ist einfach nicht so, daß sich irgend jemand, der der rechtskonservati-

ven Politik etwas entgegensetzen will, den Luxus des bündnispolitischen Separatismus leisten könnte! Wer das immer noch ernsthaft glaubt, dem ist wohl weder klar, auf welchem Selbstvernichtungspotential diese Welt sitzt, noch was bei einem Fortbestehen der Rechtskoalition über den 25. Januar 1987 hinaus auf uns zukommt. Der BDI hat dankenswerterweise auf seiner Jahrestagung seine Absichten für eine weitere Verschärfung der rechten Wendepolitik offen auf den Tisch gelegt.

Es ist völlig richtig, wenn man, wie Ernst Breit in seinem Grundsatzreferat, darauf verweist, daß man für eine bessere Politik und eine bessere Regierung sorgen muß. Doch sollte der Blick auf den Wahltermin, so wichtig er ist, nicht die Erfahrung außer acht lassen: Wahlergebnisse alleine schaffen noch keine neue Politik. Dafür braucht es neben neuen Mehrheiten im Parlament vor allem den außerparlamentarischen Kampf. Und dieser außerparlamentarische Kampf ist doch geradezu das Metier der Einheitsgewerkschaften. Die Gewerkschaften, die ganze Arbeiterbewegung, brauchen das Zusammenwirken aller Kräfte, die als gewerkschaftliche und politische Organisationen der Arbeiterklasse tätig sind, braucht darüber hinaus das Bündnis aller demokratischen Kräfte. Sie zusammen sind in der Lage, das politische Klima so zu verändern, daß die Wendepolitik gestoppt werden kann, daß es eine neue, bessere Regierung und eine neue Politik gibt. Daß sich die Gewerkschaften dabei nicht als unpolitische Organisationen verstehen dürfen, daß auch Staat und Gesetze, die dem Monopolkapital nutzen, im Brennpunkt gewerkschaftlicher Kritik und Aktion stehen müssen, darauf hat Hans Mayr beim DGB-Kongreß eindrucksvoll hingewiesen. Und es sind doch die Kampferfahrungen der letzten Jahre, sei es in sozialen Fragen oder auch in der Friedenspolitik, die zeigen, wie verhängnisvoll für die gesellschaftliche Entwicklung es wäre, wenn die Gewerkschaften arbeiterfeindliche Entscheidungen der Parlamente akzeptieren würden. Eine Selbstbeschränkung, sei es in der Haltung zum Staat oder in der Bündnisfrage, aber auch in der viel diskutierten Frage des politischen Streiks, würde die Gewerkschaften nicht stärken, sondern im Gegenteil ihre Kampfkraft und Durchsetzungskraft schwächen. Man muß sich vor Augen halten, wer eine solche Beschränkung will, und wem sie nützt.

Minister Blüm erteilte den Gewerkschaften in der zweiten und dritten Lesung zum Paragraphen 116 Nachhilfeunterricht. Er sagte unter anderem: „Wie weit ist die Einheitsgewerkschaft heruntergekommen, wenn sie im Kampf gegen den Paragraphen 116 sogar die Hilfe der DKP annimmt? ... Das ist Verrat an der Idee der freien Gewerkschaften. ... Wer die Zeitung der IG Metall liest, weiß, daß nicht Einheitsgewerkschaft die Feder führt, sondern blinder sozialistischer Fanatismus.“

Bundespräsident von Weizsäcker drückte mit gewählten Worten aus, daß ihm starke Gewerkschaften nur dann lieb und teuer sind, wenn sie sich der Sozialpartnerschaft verpflichtet fühlen. Kanzler Kohl will die Gewerkschaften auf die politische Neutralität verpflichtet sehen, so sagte er nach dem DGB-Kongreß. Und die Monopole wollen, wie jetzt auf der BDI-Tagung erneut verkündet, den Gewerkschaften u. a. das Tarifrecht weiter einschränken.

So also stellt sich der Gegner der Gewerkschaftsbewegung die Zukunft der Gewerkschaften in einer modernen Gesellschaft vor:

- dem Sozialpartner treu verbunden,
- politisch kastriert,
- tarifpolitisch beschränkt,
- gegen Kommunisten und sozialistische Ideen abgegrenzt.

Kein Wunder also, daß gerade die Kampfblätter der Großbourgeoisie den Antrag 43 auf dem DGB-Kongreß eifrig nutzten, um weit im Vorfeld des Kongresses schon die Frage „Wie hältst du es mit den Kommunisten?“ zum Thema zu machen. Daß erneut von Kommunisten gesprochen, aber tatsächlich das Bündnis auch mit der Friedensbewegung, mit Grünen und Alternativen, mit antifaschistischen Verbänden gemeint ist, daß darüber hinaus der Stoß gegen die autonome und politisch selbstbewußte Interessenvertretung der Arbeiter und Angestellten gerichtet wurde, konnte jeder an den Artikeln des „Handelsblattes“ nachvollziehen. Wenn Hermann Rappe und andere mit ähnlichen Argumenten operieren wie das „Handelsblatt“ oder Einrichtungen des Innenministeriums, dann wissen sie sehr genau, in wessen Nähe und Partnerschaft sie sich begeben. (2. Teil in Nr. 8/1986)

Bündnisse sind auch künftig gefragt, aber nicht Geißlers Einheitsbegriff

Der 13. ordentliche DGB-Bundeskongreß, der in den letzten Maitagen in Hamburg stattfand, wird die Gewerkschaftsbewegung und die Öffentlichkeit noch längere Zeit beschäftigen. Da ist z. B. der Beschluß (A 19), das DGB-Aktionsprogramm von 1979 zu aktualisieren. Die IG Chemie hat schon fünf Tage danach eine Kommission gebildet, um ihre Vorstellungen dazu rechtzeitig einzubringen. Die Energiepolitik, Koordinierung der Tarifpolitik, insbesondere für die weitere Arbeitszeitverkürzung, Kampf gegen Sozialabbau und die Verteidigung von Gewerkschafts- und Betriebsratsrechten oder die DGB-Mitbestimmungsiniziative – alles Fragen, die Millionen Gewerkschafter, aber auch ihre politischen Gegner bewegen werden. Und schließlich ist auch die Diskussion um Bündnispolitik und Einheitsgewerkschaft nicht zu Ende.

Die Diskussion zu diesem Bereich des gewerkschaftlichen Selbstverständnisses war die längste und gründlichste Problem Diskussion auf diesem Kongreß (siehe auch den Bericht im Juni-Heft sowie Beschlüsse und Redeauszüge im Dokumentarteil dieser Ausgabe). Für den Antragsteller des A 43 (Zusammenarbeit mit politischen Gruppierungen und Organisationen), die IG Chemie – Papier – Keramik, brachte deren Vorsitzender Hermann Rappe die Erwartung zum Ausdruck, „daß sich der Bundesvorstand in nächster Zeit mit dieser Gesamtmaterie beschäftigen sollte“. Und man kann davon ausgehen, daß Rappe im Bundesvorstand darauf drängen wird, daß dies geschieht, und zwar im Sinne der IG Chemie.

Denn deren ursprüngliches Anliegen, die totale Abgrenzung der Gewerkschaften nach links – einschließlich der Grünen und systemkritischer Kräfte in der SPD – ist auf dem Kongreß mit dem einvernehmlichen Kompromiß, dem DGB-Bundesvorstand die Interpretation zu überlassen, nicht durchgekommen. Wird man nun mit „Gremienarbeit“ und „Nachkarten“ rechnen müssen? Darum ist es wichtig, daß in den Gewerkschaften bekannt wird, mit welchen Intentionen der Kongreß den IG-Chemie-Antrag nicht in der Ursprungsform annehmen wollte und den brisantesten Teil davon mit der Empfehlung „Material an den Bundesvorstand“ versah (Wortlaut im Dokumentarteil).

Die Delegierten wollten eben nicht einer neuerlichen Abschottung des DGB und mancher Gewerkschaft, etwa gegenüber der Friedensbewegung, Umwelt- und Antikernkraftaktivitäten, das Wort reden. Sie wollten auch künftig nicht auf die Unterstützung gewerkschaftlicher Anliegen – mehr Mitbestimmung, 35-Stunden-Woche, Verteidigung demokratischer Rechte, des Streikrechts usw. – verzichten müssen, nur weil auch Kommunisten oder Grüne dabei sind. So meinte Hans Janßen von der IG Metall, bezogen auf den Kampf um die 35-Stunden-Woche 1984, als er zur geforderten Koordinierung der Tarifpolitik (A

250) sprach: „Wäre die Solidarität noch größer, die Unterstützung gesellschaftsübergreifender gewesen, der Kampf wäre kürzer, das Ergebnis besser gewesen!“

Solche Fragestellungen kommen aber immer wieder auf die DGB-Gewerkschaften zu, wenn sie mit Erfolgsaussicht die Arbeitnehmerinteressen vertreten wollen. Im Juni-Heft der Funktionärszeitschrift der IG Metall, „Der Gewerkschafter“, schrieb Vorsitzender Hans Mayr in einer Wertung des Kongresses: „Deshalb gibt es bei uns auch keine Scheu gegenüber Gruppierungen, die die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften suchen.“ – Der DGB-Bundesvorstand kann also seine Interpretationen zum „Bündnisantrag“ nur an dem orientieren, was in der Diskussion dazu mehrheitlich gesagt und gewollt wurde.

Es gelang bürgerlichen Medien und Politikern der konservativen Koalition auch nicht, dem DGB eine Verkürzung des politischen Spektrums der Einheitsgewerkschaft auf Anhänger der SPD und der CDU aufzuzwingen. CDU-Generalsekretär Heiner Geißler hatte zwar in einem langen Brief an den Kongreß diese verengte Ver-

sion vertreten und Klage darüber geführt, daß der DGB durch Bekämpfung der Bonner Wendepolitik diese Art Einheitsgewerkschaft gefährde und den „Weg zurück in die sozialistische Richtungsgewerkschaft gehen“ wolle. Nicht genau erkennbar war, ob die ÖTV-Vorsitzende, Monika Wulf-Mathies, besänftigend darauf Bezug nehmen wollte, wenn sie in ihrem Redebeitrag appellierte, „immer auch an die Minderheiten (zu) denken“. Und: „Deshalb muß uns in grundsätzlichen Fragen der Kompromiß wichtiger sein als ein Abstimmungssieg, der Isolation schafft.“

Aber in der Diskussion auf dem Kongreß, etwa zum Geschäftsbericht oder zur gerade behandelten Bündnispolitik, wurden in der Regel auch die anderen politischen Strömungen der Bandbreite der Einheitsgewerkschaft hinzugezählt. So war es denn gewissermaßen ein Nebenprodukt der „Bündnisdiskussion“, daß zum Beispiel die Mitarbeit von Kommunisten in den Gewerkschaften als eine Selbstverständlichkeit – anders als noch in früheren Jahren – betont wurde. Sogar Gegner einer Zusammenarbeit mit Linken und Grünen in Bündnissen, wie der Delegierte Willi Arens von der Gewerkschaft Textil – Bekleidung, stellten fest: „Ich glaube, es gibt überhaupt keinen Streit, daß ein Kommunist, ein DKP-Mitglied, Mitglied einer Gewerkschaft sein kann, Mitglied damit auch einer Tarifkommission oder eines Vorstandes sein kann.“ Man könne jedoch nicht mit der Partei selbst zusammenarbeiten wegen ihrer politischen Ziele, wobei dann – wie auch bei Rappe – Hinweise auf andere Länder bzw. auf die Weimarer Republik folgten, nicht auf die DKP-Politik heute.

Insofern gab der 13. DGB-Bundeskongreß eine bemerkenswerte Erläuterung der Definition Einheitsgewerkschaft, wie sie im Grundsatzprogramm steht, nämlich: „Sie hat die historischen Traditionen, politischen Richtungen und geistigen Ströme der Arbeiterbewegung, vor allem der freiheitlich-sozialistischen und der christlich-sozialen Richtungen, in eine gemeinsame Organisation zusammengeführt.“ –

Gerd Siebert

Hermann Rappe:

Ich will ein paar Beispiele skizzieren, um unsere Sorgen zu verdeutlichen. Zum 50jährigen Jahrestag des 30. Januar 1933 gab es Diskussionen um einen Aufruf, den neben Gewerkschaftern auch Mitarbeiter verschiedener kommunistischer Gruppierungen unterschrieben hatten. Wir waren schon damals der Meinung, daß dies die Erfahrungen der Weimarer Republik auf den Kopf stellt; denn es war ja auch die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO), die mit den Nationalsozialisten zusammen die Weimarer Republik und die freien Gewerkschaften bekämpft hatte. Ein weiteres Beispiel war die Unterschriftenaktion zum Krefelder Appell und manches andere Aktionsbündnis ...

Detlef Hensche:

... Die RGO-Politik in den zwanziger Jahren muß sicherlich Mahnung sein auch für unsere eigene Arbeit. Man kann auch andere Versatzstücke anfügen, das ist völlig richtig. Aber ich meine, liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist nur die halbe Geschichte. Es gibt auch eine andere, die beispielsweise hinter dem Stacheldraht der Konzentrationslager begann, die beispielsweise geprägt ist durch den gemeinsamen Widerstand von Christen, von Sozialdemokraten und Kommunisten gegen die Nazidiktatur.

(Aus dem Protokoll des 13. DGB-Kongresses)

Arbeiter und Angestellte – keiner kämpft für sich allein

Unter diesem Motto kamen rund 200 Delegierte und Teilnehmer zum 4. Angestelltentag der IG Druck und Papier in Gelsenkirchen am 7. und 8. Juni zusammen. Nach den Worten des Vorsitzenden der Berufsgruppe Angestellte, Gregor Bodenbenner, steht wie vor allen DGB-Gewerkschaften auch für die IG Druck und Papier die Aufgabe, mehr Angestellte zu organisieren. Gelöst werde diese Aufgabe am besten im gemeinsamen Kampf von Arbeitern und Angestellten. Aktueller Schwerpunkt sei der bevorstehende weitere Kampf um die 35-Stunden-Woche.

Von den im Organisationsbereich der IG Druck und Papier 177 000 beschäftigten Angestellten haben sich gegenwärtig erst 33 600 organisiert. Das sind nur 19 Prozent, während bei den 195 000 Arbeitern der Organisationsgrad 56 Prozent beträgt. Zwar ist die Zahl der organisierten Angestellten gewachsen – allein in den letzten vier Jahren kamen 6000 hinzu –, aber der erreichte Stand kann keineswegs befriedigen.

Die Ursachen des unzureichenden Organisationsgrades der Angestellten wären vielschichtig. Einerseits würden nach Umfragen 74 Prozent der Angestellten die Gewerkschaften für notwendig halten, andererseits würden 80 Prozent für sich persönlich keinen zwingenden Grund sehen, einer Gewerkschaft beizutreten.

Viele Angestellte wären sich der Konsequenzen noch nicht bewußt, die mit der Anwendung der neuen Technologien und Rationalisierungsmaßnahmen im Hinblick auf ihre Arbeitsplätze zu erwarten wären. In der Gesamtwirtschaft sind schon gegenwärtig – Stichtag 1. April 1986 – von den 770 000 arbeitslos gemeldeten Angestellten – 530 000 Frauen. Das unterstreicht, daß von den negativen Folgen der Anwendung neuer Technologien im Profitinteresse die weiblichen Angestellten am stärksten bedroht sind.

Sehr interessant waren die in einem von der Abteilung Angestellte der IG Druck und Papier vorgelegten Arbeitsmaterialien niedergelegten Erfahrungen über die Rolle der Angestellten beim Streik 1984 um die Wochenarbeitszeitverkürzung. Obwohl die Vorbereitung auf den Arbeitskampf im Bereich der Angestellten Schwächen aufweist, haben erstmals in der Geschichte dieser Gewerkschaft Angestellte offiziell an Urabstimmungen und Kampfmaßnahmen teilgenommen. Weit über 6000 Angestellte standen zum ersten Mal im Arbeitskampf oder unterstützten den Streik auf unterschiedliche Weise. Folgende Schlußfolgerungen zog die IG Druck und Papier aus dem Arbeitskampf '84 bezüglich der Angestellten.

– Der Kern der streikenden Belegschaft wird noch immer von den Arbeitern gebil-

det, Angestellte können noch nicht allein streiken.

– Der Anteil der streikenden Angestellten ist niedriger als der Anteil an der Mitgliedschaft.

– Die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft beinhaltet nicht zwangsläufig die Bereitschaft zum Streik. Aber die Streikbereitschaft ist kein statischer Zustand, sie zeigt zunehmende Tendenz gerade bei Angestellten.

Für das gemeinsame Handeln von Arbeitern und Angestellten kommt der Tarifpolitik eine große Bedeutung zu. Darauf orientierte der stellvertretende Vorsitzende der IG Druck und Papier, Detlef Hensche, in einem Grundsatzreferat. Schon jetzt müsse die IG Druck und Papier damit beginnen, den Kampf um die 35-Stunden-Woche aktiv vorzubereiten, wenn zum 31. März nächsten Jahres der Manteltarifvertrag für die Druckindustrie gekündigt wer-

„Kursänderung der Bundesbahn“ aber nur mit Resolutionen?

Von 1976 bis 1985 sank die Zahl der bei der Bundesbahn Beschäftigten um 95 070 oder um 25,4 Prozent, während sich die Zahl der Fahrgäste im gleichen Zeitraum um 6,8 Prozent erhöhte. Nach den Leitlinien der Bundesregierung und dem Konzept „DB '90“ des Bahnvorstandes soll die Zahl der Eisenbahner bis zum Ende dieses Jahrzehnts um weitere 40 000 reduziert, die Personalkosten um 30 Prozent gesenkt und die Leistung um 40 Prozent hochgepreßt werden.

Diese prekäre Situation war Anlaß für die bundesweite Personalrätekongferenz der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) am 12. Juni in Frankfurt mit über 1300 Teilnehmern. Sie stand unter dem Motto: „Kursänderung der Bahnpolitik – Gegen Privatisierung – für sichere Arbeitsplätze!“ Was auf dieser Konferenz vom Hauptpersonalratsvorsitzenden Werner Mößinger und Ernst Haar, dem GdED-Vorsitzenden, weiter an konkreten Fakten hingeblickt wurde, hat aber auch nicht

de. Angesichts der Erklärung des vor kurzem stattgefundenen Kongresses des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, es sei mit härtestem Widerstand der Koalition von Kapital und Kabinett zu rechnen, und zwar noch stärker als 1984.

Hensche bezeichnete die 35-Stunden-Woche bzw. den 7-Stunden-Tag als ein wichtiges Etappenziel, das noch in diesem Jahrzehnt durchgesetzt werden müsse. Das weitere Ziel sei dann der 6-Stunden-Tag bzw. die 30-Stunden-Woche. Entschieden sprach er sich gegen die Unternehmerziele aus, die Arbeitszeit zu flexibilisieren. Zugleich müsse der Kampf für einen Rationalisierungsschutz bzw. für Technologietarifverträge aufgenommen werden.

Mit der Tarifpolitik allein sei es jedoch nicht möglich, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Hensche zitierte den legendären IG-Metall-Funktionär aus Stuttgart, Willi Bleicher, der einmal gesagt hatte, wer ja sagt zur Marktwirtschaft, sagt auch ja zur Arbeitslosigkeit. Infolgedessen kommt es nach Hensche darauf an, wenn man die Arbeitslosigkeit beseitigen will, müsse man der Marktwirtschaft den Kampf ansagen. Darum wären Mitbestimmung, Investitionslenkung und Vergesellschaftung von Schlüsselindustrien, Banken und Versicherungen ein Teil des durchzusetzen- den Beschäftigungsprogramms.

Mit einer friedlich-schiedlichen Politik sei es nicht möglich, den Kapitalismus anzugreifen, geschweige ihn zu überwinden. Abschließend warnte Hensche davor, einzelne Strömungen aus der Gewerkschaft auszugrenzen. Sozialdemokraten, Christen, Grüne und Kommunisten hätten ihren Platz in der Einheitsgewerkschaft.

Werner Petschick

im entferntesten etwas mit den „rosaroten Zeiten“ zu tun, die der Bundesbahnvorstand seit Jahren heraufbeschwört, und auch nichts mit der propagierten „neuen Bahn“. Wer so etwas propagiere, sollte erst einmal das „kleine Einmaleins beherrschen“, empfahl Werner Mößinger. „Und weil zwei mal zwei immer noch vier ist, kann sich jeder ausrechnen, wo die Qualität der neuen Bahn bleibt, wenn die Unternehmer einen bisher angeblich unwirtschaftlichen Bereich künftig mit Gewinn

betreiben.“ Statt rosarot ist die Situation für die Eisenbahner eher schwarz: Das Durchschnittsalter liegt heute bereits bei 43 Jahren mit steigender Tendenz. Schicht- und Wechseleinsatz für jeden zweiten Eisenbahner haben zu gesundheitlichem Verschleiß geführt, der sich in steigenden Krankenzahlen ausdrückt.

Die Folgen sind Personalengpässe in „betriebswichtigen und sicherheitsempfindlichen Bereichen wie im Lokfahr-, Wagenuntersuchungs- und Rangierdienst“, wie Ernst Haar sagte. 4 Millionen aufgelaufene Überstunden, Urlaubstage, die nicht genommen werden können, seien der Beweis für die bahnpolitischen Planungen mit dem Schwerpunkt der Arbeitsplatzvernichtung.

Hinzu kommen Streckenstilllegungen im Personennahverkehr. So hat sich in diesem Bereich die Anzahl der Züge seit 1976 um 22,7 Prozent verringert. Nicht ohne Grund befürchtet die Eisenbahnergewerkschaft die Privatisierung wichtiger Bereiche, die in den Leitlinien der Bundesregierung von November 1983 festgelegt ist. Dagegen hat sich auch der kürzlich in Hamburg stattgefundene 13. DGB-Kongreß ausgesprochen und statt dessen eine Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik gefordert, „die der Wiederherstellung der Vollbeschäftigung und der Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse dient“.

Auf der Bundespersonalrätekongferenz der GdED gebrauchte Ernst Haar starke Worte, beispielsweise: „Wer Wind sät, kann Sturm ernten, das muß jeder wissen, der die Axt an unser Unternehmen legt.“ Von einer „solidarischen Kraftanstrengung“ war die Rede, um „den verhängnisvollen personalwirtschaftlichen Schrumpfkurs bei der Bahn zu beenden“, und von „keiner Angst vor der eigenen Courage“.

Wer nun aber geglaubt hatte, es würden als logische Konsequenz konkrete Aktionen festgelegt, sah sich enttäuscht. Als einer der Teilnehmer in seinem Diskussionsbeitrag sinngemäß erklärte, daß zu einer Kursänderung der Bahnpolitik auch mal die Räder stillstehen müßten, wurde dies von Ernst Haar ebenso abgelehnt wie der „Dienst nach Vorschrift“, ein Stichwort, das im Plenum fiel. Statt dessen setzt die GdED auf Resolutionen, so auch in Frankfurt u. a. mit folgenden Forderungen an den Bahnvorstand:

- „den personellen Kahlschlag zu beenden,
- den dringenden Personalbedarf schnellstens durch die Übernahme auslernernder Auszubildender und Neueinstellungen zu decken,
- die von Rationalisierungsmaßnahmen betroffenen Arbeiter und Angestellten ohne Einkommensverluste entsprechend ihrer bisherigen Tätigkeit zu beschäftigen,
- alle ehemaligen Auszubildenden, die noch ausbildungsfremd tätig sind, entsprechend ihrer Ausbildung einzusetzen,
- praxismäßige Personalbemessungswerte vorzugeben.“

G. M.

Hat Kollege Horst Mettke eventuell nur ein allzu kurzes Gedächtnis?

In Nr. 5/1986 der NACHRICHTEN befaßten wir uns in dem Artikel „Fragen zur Ausländerpolitik der IG Chemie – Papier – Keramik“ mit umstrittenen Äußerungen des Mitglieds des geschäftsführenden Hauptvorstandes dieser Gewerkschaft, Horst Mettke, auf der Betriebsversammlung des Chemieunternehmens Merck am 19. März in Darmstadt, auf der er sich für eine „geordnete Rückführung ausländischer Arbeitnehmer“ ausgesprochen haben soll. Mettkes Ausführungen hatten hohe Wellen geschlagen.

In einem Brief des Ausländerausschusses des Betriebsrates vom 1. April an den Hauptvorstand der IG Chemie heißt es, daß Mettke „für eine geordnete Rückführung der ausländischen Arbeitnehmer in ihre Heimatländer“ gewesen sei. In der Nachmittagsversammlung habe er sich dann ein wenig korrigiert und gesagt, er habe „nur die arbeitslosen Ausländer“ gemeint. Am 30. April stellte der Ausländerausschuß in einem Brief, der vom Betriebsrat gebilligt wurde, noch einmal ausdrücklich fest, daß die im Schreiben vom 1. April festgehaltenen Äußerungen Mettkes den Tatsachen entsprechen.

Horst Mettke selbst hatte zuvor in einem Brief vom 18. April geschrieben: „Meine weiteren Anmerkungen in diesem Zusammenhang und immer vor dem Hintergrund von mehr als zwei Millionen Arbeitslosen, und, daß aus meiner Sicht im Moment nicht erkennbar sei, daß es uns ohne staatliches Förderungsprogramm gelingen würde, die Zahl der Arbeitslosen wesentlich herunterzudrücken, haben sich dann damit befaßt, darauf hinzuweisen, daß ich Aktionen für ausländische Arbeitnehmer, die bei uns keine Arbeit mehr fänden, unterstützen würde, diesen die Rückkehr in ihre Heimatländer unter vernünftigen und zumutbaren Konditionen zu ermöglichen.“

Der Betriebsratsvorsitzende Wolfgang Zimmermann gab am 23. April in einem Brief an die „Aktionsgemeinschaft Solidarität mit ausländischen Mitbürgern“ (ASAM) folgende private Version: „Kollege Mettke hat sich auch nicht so kommentarlos für eine geordnete Rückführung der ausländischen Arbeitnehmer ausgesprochen, wie es im „Darmstädter Echo“ steht. Er sagte vielmehr, daß man neben vielen anderen möglichen Maßnahmen bei 2,5 Millionen Arbeitslosen auch darüber nachdenken muß, ob es nicht Mittel und Wege gibt, unterqualifizierten, arbeitslosen ausländischen Kolleginnen und Kollegen auf andere Art die Rückkehr in ihre Heimat zu ermöglichen.“

Aber genau das, was sowohl Mettke als auch Zimmermann zugaben, wurde vom gewerkschaftlichen Vertrauenskörper, dem Ausländerausschuß des Betriebes und vielen Kolleginnen und Kollegen kritisiert, die der Auffassung waren, daß Mett-

kes Meinung weder durch einen Beschluß der eigenen Gewerkschaft noch des DGB nach gedeckt sei. Der DGB sieht nicht in der Rückkehr arbeitsloser ausländischer Arbeitnehmer die Lösung des Problems, sondern in einem staatlichen Beschäftigungsprogramm, das hilft, allen Arbeit zu schaffen.

Am Schlußtag des 13. ordentlichen DGB-Kongresses in Hamburg, am 30. Mai, sprach in der Beratung der Anträge zum Problemkreis „Ausländische Arbeitnehmer“ der IG-Metall-Delegierte Günther Schachner. Er bezog sich auf einen Artikel im „Darmstädter Echo“ vom 4. April und zitierte u. a. den Satz: „Gleichzeitig hat er (Mettke) sich für eine geordnete Rückführung von Gastarbeitern in ihre Heimatländer ausgesprochen.“ Mettke meldete sich zu Wort, sprach zu Quotierungsfragen bei Ausländerbeschäftigung, verlor aber zu dem Rückführungsvorwurf kein Wort. Er beendete seinen kurzen Redebeitrag mit dem Satz: „Es gibt ein Protokoll der Betriebsversammlung, aus dem ganz eindeutig zu sehen ist, daß das der Tatbestand der Diskussion gewesen ist.“

Auf Anfrage von NACHRICHTEN teilte der Betriebsrat mit, daß es ein solches Protokoll eindeutig nicht gebe. In Betriebsversammlungen würden zwar die Berichte des Betriebsrates, der Jugendvertretung, der Fachausschüsse und der Geschäftsleitung auf Tonband aufgezeichnet, jedoch nicht die Diskussion.

Warum hat Kollege Horst Mettke den Delegierten des DGB-Kongresses verschwiegen, daß er sich für eine „Rückkehr“ ausländischer Arbeitnehmer in ihre Heimatländer ausgesprochen hat?

Wie aber kann der Geschäftsführer der IG-Chemie-Verwaltungsstelle Darmstadt, Hans Schönhals, angesichts der eindeutigen Aussage Mettkes in einem Brief an die Vertrauenskörperleitung am 6. Juni noch von „umstrittenen Äußerungen“ sprechen und dann auch noch die Stirn haben, von politischen Gruppierungen zu sprechen, „die glauben, ihre Position in den Betrieben zu verbessern, indem sie gezielt versuchen, Keile zwischen die ausländischen Kolleginnen und Kollegen und den Gewerkschaften zu treiben“?

Heinz Schäfer

Erfolgreiche Bilanz zum Bildungsurlaub

Über ein Jahr Bildungsurlaub in Nordrhein-Westfalen hat der DGB-Landesbezirk auf einer Fachtagung am 11. Juni in Soest eine erste Bilanz gezogen. Nach Mitteilung des stellvertretenden DGB-Landesbezirksvorsitzenden, Walter Haas, haben im vergangenen Jahr rund 30000 Arbeitnehmer den gesetzlich festgelegten Bildungsurlaub in Anspruch genommen. Davon besuchten 12000 Seminare des DGB und seiner Einzelgewerkschaften. Gleichzeitig kritisierte der DGB-Funktionär die massive Behinderung und Einschüchterung durch die Unternehmer. Gemessen daran seien die 30000 ein voller Erfolg.

IG Bau für gründliche Entrümpelung der Baugesetze

Von der „Arbeitsgemeinschaft Bau“, zu der sich die Bauminister des Bundes und der Länder am 19. und 20. Juni in Saarbrücken trafen, hatte die IG Bau – Steine – Erden (IG BSE) richtige Weichenstellungen im Hinblick auf eine Verstetigung und Verbesserung des Baugeschehens verlangt. „Wir gehen davon aus, daß die Bauwirtschaft ihre schwierigen Probleme nur bewältigen kann, wenn der Staat für überschaubar- und berechenbare Rahmenbedingungen sorgt“, erklärte der Bundesvorsitzende der IG BSE, Konrad Carl. Neben der Städtebauförderung und einer längst überfälligen Neuordnung der Gemeindefinanzen fordert die Gewerkschaft einen Anstoß für die nachhaltige Entbürokratisierung des Bauens, wozu eine gründliche Entrümpelung der Baugesetze und -vorschriften auf allen Ebenen sowie eine Effektivierung der Bauverwaltungen gehöre.

SWJV schließt sich IG Medien an

Sehr zum Mißfallen der „FAZ“ hat der Südwestdeutsche Journalisten-Verband (SWJV) auf seiner Anfang Juni in Reutlingen stattgefundenen Landesdelegiertenkonferenz mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit beschlossen, ab 1. Januar 1987 der IG Medien – Druck und Papier, Publizistik und Kunst beizutreten. Gleichzeitig wurde die Mitgliedschaft im berufsständischen Deutschen Journalisten-Verband (DJV) zum 31. Dezember dieses Jahres aufgekündigt. Für diesen Schritt hatten nach fünfständiger Diskussion 69 der 97 stimmberechtigten Delegierten votiert. Der SWJV, dem rund 1900 Mitglieder angehören, wurde von der DJV-Spitze mit sofortiger Wirkung ausgeschlossen. Erwin

Ferlemann, der Vorsitzende der IG Druck und Papier, kündigte bereits Verhandlungen über „die beste Form“ an, wie der „SWJV in die IG Medien zu integrieren“ sei.

IG Chemie stellt frühzeitig Weichen

Die IG Chemie – Papier – Keramik hat am 3. und 4. Juni, wenige Tage nach dem am 30. Mai beendeten DGB-Bundeskongreß, in Hannover eine Beiratsstagung durchgeführt. Der Beirat ist das höchste Gremium zwischen den Gewerkschaftstagen. Beraten wurden die Ergebnisse des DGB-Kongresses, die Tarifsituation und Fragen der Bio- und Gentechnologien. Der Gewerkschaftsvorsitzende Rappe zeigte sich mit den Kongreßergebnissen „insgesamt zufrieden“. Man habe in allen wesentlichen Fragen zu tragfähigen gemeinsamen Positionen gefunden, ohne einen Verlust an Klarheit hinnehmen zu müssen. Das gelte insbesondere für das Staatsverständnis der Gewerkschaften, die Bündnisfrage und die Energiepolitik. Rappe kündigte an, die IG Chemie werde in Kürze eine Expertenkommission zur Kernenergie einrichten, um Grundlagen für eine Neubewertung der gesamten Energiepolitik zu erarbeiten. Zur Vorbereitung der Beratungen über die vom DGB-Kongreß beschlossene Aktualisierung des Aktionsprogramms „aus der Sicht der IG Chemie“ hat der Hauptvorstand eine Kommission bereits berufen.

IGBE-Gewerkschaftstag: Programm beschlossen

Auf dem 17. Gewerkschaftstag der IG Bergbau und Energie, der am 12. September 1986 in der Duisburger Mercator-Halle stattfindet, spricht das Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes, Walter Schmidt, zum Thema „Modell Montan-Mitbestimmung – Erfahrung und Forderung“. Der Vorsitzende der Gewerkschaft, Heinz Werner Meyer, referiert zu „Heimische Kohle – Sicherheitspfeiler der Energiepolitik“.

HBV gegen Beschäftigte erster und zweiter Klasse

In einer Mitte Juni veröffentlichten Erklärung hat sich der Vorsitzende der Gewerkschaft HBV, Günter Volkmar, für die sofortige Aufhebung des Beschäftigungsförderungsgesetzes ausgesprochen, da es weder zur Schaffung neuer Arbeitsplätze noch zum Abbau der Überstunden beigetragen habe. Vielmehr seien Normalarbeitsverhältnisse abgebaut, verstärkt befristete Arbeitsverträge abgeschlossen und der Kündigungsschutz eingeschränkt worden. Es gebe Beschäftigte erster und zweiter Klasse.

PERSONALIEN

Ulrich Briefs, zum Jahresende gekündigter wissenschaftlicher Mitarbeiter des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des DGB (WSI; wir berichteten mehrfach), hat es abgelehnt, sich bei einer Abfindungssumme von 100000 DM einvernehmlich vom WSI zu trennen. Diesen Kompromiß bei Zurücknahme der Kündigung hatte der Vermittlungsausschuß unter Vorsitz des stellvertretenden Vorsitzenden der IG Chemie-Papier-Keramik, Werner Vitt, vorgeschlagen. Der Betriebsrat hatte der Kündigung nicht zugestimmt. Die WSI-Geschäftsleitung machte ihre Zustimmung zum Kompromiß davon abhängig, daß der DGB die Abfindungssumme übernimmt. Für den Herbst wird nun der Kündigungsschutzprozeß erwartet.

Gerd Hintz, Jugendvertreter bei Siemens Erlangen seit 1980 und Mitglied der Gesamtjugendvertretung, ist von der Konzernleitung fristlos gekündigt worden. Als Gründe wurden ein Beitrag von Hintz auf dem SDAJ-Bundeskongreß im Dezember 1984 über Siemens sowie das Engagement des Jugendvertreters bei der Gründung und Tätigkeit der Initiative „Jugendvertreter gegen SDI“ genannt. Der Betriebsrat (mehrheitlich AUD und DAG) stimmte der Kündigung zu. Die IG Metall gewährt ihrem Mitglied Rechtsschutz.

Norbert Römer wurde vom Hauptvorstand der IG Bergbau und Energie (IGBE) zum stellvertretenden Chefredakteur der Zeitung für die Mitglieder der IGBE, „einheit“, bestellt. Ernst-Otto Stüber, seit 1970 Redakteur der „einheit“, und bisher stellvertretender Chefredakteur, scheidet aus der Redaktion aus. Wegen seiner Tätigkeit als Landtagsabgeordneter wird er eine andere Aufgabe in der Presseabteilung des Hauptvorstands wahrnehmen. Römer arbeitete bereits von 1974 bis 1983 in der „einheit“-Redaktion und war dann Sekretär in der Hauptabteilung Angestellte. Sollte der Chefredakteur Horst Niggemeier 1987 in den Bundestag kommen, wird möglicherweise Römer sein Nachfolger. Eine der ersten Handlungen Römers bestand darin, daß er, indem er Diskussion und Beschluß des DGB-Kongresses falsch interpretierte, einen Artikel schrieb: „DGB: Absage an DKP“.

Lothar Schäfer, für Finanzen zuständiges geschäftsführendes Hauptvorstandsmitglied der IG Druck und Papier, wurde am 13. Juni 50 Jahre alt. Der gelernte Schriftsetzer wurde 1951 Gewerkschaftsmitglied, war seit 1977 Kassierer des Landesbezirks Rheinland-Pfalz-Saar und wurde Anfang 1984 in den geschäftsführenden Hauptvorstand gewählt.

Willy Schmidt, langjähriger Mitarbeiter in der Betriebsräteabteilung im Vorstand der IG Metall, Mitherausgeber des in unserem Verlag erschienenen Buches „Willi Bleicher – Ein Leben für die Gewerkschaften“, wird am 26. Juli 75 Jahre.

Die Konzerne schleichen sich aus der Montan-Mitbestimmung

Während die Bundesregierung, passend zu ihrer konservativen Wendepolitik, die Gewerkschafts- und Betriebsratsrechte (auch: Personalratsrechte) mit Änderungen des Betriebsverfassungs- und des Bundespersonalvertretungsgesetzes zurückfahren will, gedenkt sie, das gleiche Resultat auf einer anderen Ebene des Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechts dadurch zu erreichen, daß sie die Hände in den Schoß legt: bei der Montan-Mitbestimmung. Der DGB hat diese Gefahr längst gesehen und darum auf seinem 13. Kongreß Ende Mai beschlossen, die Montan-Mitbestimmung dadurch zu sichern, daß sie auf alle Großunternehmen und Großkonzerne ausgedehnt wird.

Das geschieht natürlich nicht im Selbstlauf. Darum gedenkt der DGB seine in den letzten Jahren entwickelte Mitbestimmungsinitiative, die Konzepte und Gesetzesentwürfe für wirksame Arbeitnehmermitbestimmung am Arbeitsplatz, im Betrieb, im Unternehmen und Konzern bis hin zur Gesamtwirtschaft vorsieht, „zu einem Entscheidungskriterium für die Stimme des Wählers bei politischen Wahlen zu machen“ (Antrag 24). Das dürfte vor allem auf die kommenden Bundestagswahlen zugeschnitten sein.

Darüber hinaus sah der Bundeskongreß „eine umfassende Mobilisierung der Gewerkschaftsmitglieder und der Arbeitnehmer insgesamt für den Kampf um eine Ausweitung der Mitbestimmung (als) unumgänglich“ an. Weiter heißt es in dem beschlossenen Antrag: „Dabei ist stärker als in der Vergangenheit der Erkenntnis Rechnung zu tragen, daß sowohl die Verteidigung bestehender Rechte wie auch deren Erweiterung nur dann möglich ist, wenn die Arbeitnehmer aktiv an dieser Auseinandersetzung teilnehmen.“ Unnötig zu sagen, daß sich dafür die Notwendigkeit von Bündnissen mit allen gutwilligen und demokratischen Kräften geradezu aufdrängt.

Was nun die Montan-Mitbestimmung betrifft, so droht dieses Paradestück bundesdeutscher Mitbestimmungswirklichkeit, wenn nicht bald etwas geschieht, in überschaubarer Zeit nur noch in den Geschichtsbüchern zu existieren. Nach Einführung der Montan-Mitbestimmung im Jahre 1951 in allen Unternehmen der Eisen- und Stahlindustrie sowie des Bergbaus, wenn sie mindestens 1000 Beschäftigte haben und 50 Prozent des Umsatzes auf den Montanbereich (Eisen, Stahl, Kohle) entfallen, gab es mehrere gesetzliche Eingriffe, um diese Mitbestimmungsform am Leben zu erhalten, insbesondere durch Herabsetzung der Montanquote auf 30 Prozent. Nach dem Mitbestimmungsergänzungsgesetz von 1956 folgten die Lex Rheinstahl 1967, das Mitbestimmungsergänzungsgesetz 1971 und schließlich 1981 – beschlossen von der sozial-liberalen Koalition – abermals ein Mitbestimmungsergänzungsgesetz.

Richtigerweise wird dieses letzte Gesetz auch „Mitbestimmungsauslaufgesetz“ genannt, weil es jene Regelung enthält, wonach die Montan-Mitbestimmung von dem Zeitpunkt an, da im betreffenden Konzern ihre Kriterien entfallen, noch sechs Jahre fortgelten muß. 1981 hatte Mannesmann den Anlaß gegeben. Jetzt geht diese Auslauffrist zu Ende: bei Mannesmann und Peine-Salzgitter Ende 1987, bei Thyssen 1989. Bei Krupp ist das durch Ausgliederung der Stahl-AG schon längst passiert. Bei Hoesch und ARBED-Saarstahl, ebenso bei der Ruhrkohle AG, gibt es in dieser Hinsicht zur Zeit keine Probleme, da sie reine Produktionsunternehmen sind, also

Stahl oder Kohle nicht nur Quoten am Umsatz darstellen. Klöckner plant als letzter der großen Montankonzerne die Ausgliederung der Stahlproduktion, was zum Erlöschen der Montan-Mitbestimmung auf Konzernebene führen würde.

Für die Sicherung der Montan-Mitbestimmung, die teils dem Strukturwandel, teils juristischen Manövern zum Opfer fällt, machte der DGB-Vorsitzende Ernst Breit auf dem DGB-Kongreß eine wichtige Aussage: „Wir müssen der Tatsache ins Auge sehen, daß uns in Sachen Mitbestimmung nach der historischen Errungenschaft der Montan-Mitbestimmung kein entscheidender Durchbruch mehr gelungen ist. Vieles, was danach kam, war wichtig, aber alles war weniger. Eines kann ich heute schon ankündigen: Der Versuch, der Montan-Mitbestimmung ein stilles Begräbnis zu bereiten, wird scheitern. Wir werden alles daransetzen, die Sicherung und den Ausbau der Montan-Mitbestimmung zu einem Volksthema zu machen.“

So wird denn im Sinne des zitierten Antrags 24 bald etwas geschehen müssen, um die angekündigte Mobilisierung der Gewerkschafter und Arbeitnehmer in Gang zu setzen. Das Ziel kann nicht eine abermalige branchenspezifische Lösung sein, etwa durch weitere Herabsetzung der Montanquote, wie sogar Strauß es in Aussicht stellte. Die beste Sicherung des Erreichten ist die Ausdehnung der Montan-Mitbestimmung auf alle Großunternehmen und Konzerne. Gerd Siebert

Sofortmaßnahmen für Werften

Der IG-Metall-Vorsitzende Hans Mayr hat die Bundesregierung und die norddeutschen Küstenländer zu Sofortmaßnahmen für den Erhalt der Werftindustrie aufgefordert. In den vergangenen zehn Jahren sei die Beschäftigtenzahl hier von 75000 auf knapp 40000 gesunken, sagte Mayr auf der Bezirkskonferenz seiner Organisation am 20. Juni in Emden. Zu den Sofortmaßnahmen gehört nach Ansicht der IG Metall mehr Diversifizierung in der norddeutschen Küstenindustrie. Die Werften brauchten neue Produkte, und neue Produktionen müßten an der Küste aufgebaut werden. Keinen Sinn habe es, wenn Arbeitnehmer aus dem Norden in die Hochtechnologiezentren des Südens gelockt würden. Nicht der Mensch solle der Produktion hinterherrennen, die Produktion müsse zum Menschen kommen. Die Lösung der Strukturprobleme an der Küste verlange den Aufbau von Zukunftsindustrien im Norden.

Um die Lage im Schiffbau zu stabilisieren, fordere die IG Metall als weitere Maßnahme einen wirtschaftspolitischen Kurswechsel, sagte Mayr. Japan und die Bundesrepublik verfügten über gewaltige Exportüberschüsse. Beide Länder müßten das Binnenwachstum ankurbeln. Eine expansive Wirtschaftspolitik würde zur besseren Kapazitätsauslastung der Weltflotte

führen. Die IG Metall verlange daher ein umfassendes Beschäftigungsprogramm im nationalen Rahmen und eine aktive Beschäftigungspolitik im internationalen Rahmen. Außerdem schlage die IG Metall ein weltweites Abwrackprogramm vor. Ein großer Teil der Weltflotte sei völlig veraltet und genüge den Umwelt- und Sicherheitsanforderungen nicht mehr, stellte Mayr fest. Wie im Luftverkehr müßten auch auf den Weltmeeren strengere Sicherheitsauflagen festgelegt werden. Schiffe, die diesen Anforderungen nicht mehr genügten, müßten abgewrackt werden.

So bald wie möglich sollten die vier Küstenländer mit der IG Metall über die Beschäftigungslage reden und Lösungsmöglichkeiten erörtern, forderte der IG-Metall-Vorsitzende. Die Vorschläge der Gewerkschaft werden seiner Meinung nach „trotz präziser Aufgabenbenennung und solider Kalkulation der Finanzen nicht ohne politischen Druck aufgegriffen werden“, der auf lokale und regionale Parlamente sowie Behörden ausgeübt werden müsse. Dieser Druck müsse aus den Betrieben kommen, ergänzt durch eine gewerkschaftliche Mobilisierungspolitik, die den Widerstand gegen Arbeitsplatzvernichtung und Betriebsstillegung mit beschäftigungspolitischen Initiativen am Ort und in der Region verbinde.

Gewerkschaftliche Einheitsliste wird mit aller Kraft unterstützt

Zur „Zentralen Betriebsräte-, Personalräte- und Jugendvertreterkonferenz der DKP“ waren am 21. Juni in die Duisburger Mercatorhalle rund 600 Teilnehmer gekommen, um vor allem über die Haltung der DKP zu den bevorstehenden Betriebsrats- und Personalratswahlen 1987 zu beraten. Die Konferenz wurde mit einem Referat des Präsidiumsmitglieds Werner Cieslak eröffnet, in vier Arbeitsgruppen (Stärkung der Einheitsgewerkschaft und ihrer Kampfkraft bei den bevorstehenden Betriebs- und Personalratswahlen; Neue Technik und die Antwort der Arbeiterbewegung; Aktive Lohn- und Beschäftigungspolitik – mehr und bessere Arbeitsplätze sowie Friedensarbeit im Betrieb – Kampf um demokratische Rechte) fortgesetzt und mit einem Schlußwort des Parteivorsitzenden Herbert Mies beendet.

An den Beginn seines Referats stellte Cieslak die Aufgabe, ein politisches Klima zu schaffen, in dem die Rechtsregierung nicht fortgeführt werden könne. Dazu sei aber eine wesentliche Stärkung der außerparlamentarischen Bewegung nötig. Er registrierte spürbare Ansätze eines Aufschwungs der Kämpfe der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung und erinnerte hierbei an die Herbstaktionen des DGB, den Kampf um die 35-Stunden-Woche und die Auseinandersetzung um den § 116 AFG.

Eine besonders ernste Herausforderung für die Betriebs- und Personalräte stellten die vielfältigen Angriffe der Koalition von Kapital und Kabinett auf die Arbeiter- und Gewerkschaftsrechte dar. Als besonders gravierende Beispiele hob er das sogenannte Beschäftigungsförderungsgesetz und die Änderung des § 116 AFG hervor. Es sei allein dem millionenfachen Protest gegen diese Gesetzesänderung zu danken, daß die Pläne zur Verschlechterung des Betriebsverfassungs- und des Bundespersonalvertretungsgesetzes zunächst einmal in der Schublade verschwanden.

Nach Cieslaks Auffassung besteht die entscheidende Stärke der Einheitsgewerkschaften darin, daß in ihnen alle politischen und weltanschaulichen Strömungen der Arbeiterbewegung ihren Platz haben und das Prinzip „ein Betrieb – eine Gewerkschaft“ gelte. Er befürwortete eine Diskussion, wie die betriebliche und gewerkschaftliche Interessenvertretung gestärkt werden kann. Diese müsse jedoch in den Gewerkschaften mit dem Ziel geführt werden, ihre Einheit zu stärken und ihre Kampfkraft in den Betrieben zu erhöhen. Wenn sich aus Unmut über sozialpartnerschaftliches Handeln Betriebsratslisten neben den Gewerkschaften herausgebildet hätten, müßten die Kommunisten für die Überwindung dieser Spaltung im Interesse der Aktionseinheit der Arbeiterklasse und der Gewerkschaftseinheit eintreten.

In acht Punkten machte der Redner grundsätzliche Positionen der DKP zu den

Betriebs- und Personalratswahlen deutlich. Er plädierte zuerst für die gewerkschaftliche Einheitsliste. Die Diskussion und die Zusammensetzung dieser Listen sollte auf breiter demokratischer Grundlage vorstatten gehen. Daraus folge, daß vor allem solche Kandidaten nominiert werden, die sich in den Auseinandersetzungen und Kämpfen der letzten Jahre bewährt hätten. Auch dort, wo verkrustete Strukturen in Betriebs- und Personalräten vorhanden seien, wäre es falsch, diese durch Listenvielfalt aufzubrechen. „Eigene



Wege“ könnten zwar kurzfristig einiges bewegen, führten aber langfristig betrachtet in die Sackgasse. Problematisch sei aber auch, wenn Gewerkschaften die Tendenz fördern, mehrere gewerkschaftliche Listen aufzustellen. Und Cieslak betrachtete es als geradezu gefährlich, wenn Listen forciert würden, auf denen ausschließlich ausländische Kolleginnen und Kollegen vertreten sind.

Unvereinbar mit den Prinzipien der Einheitsgewerkschaft hält die DKP bei Betriebsratswahlen einen wie auch immer gearteten Proporzanspruch, wie dies besonders stark bei der CDU, aber auch da und dort in Kreisen der SPD beobachtet werden könne.

Die Betriebsrats- und Personalratswahlen 1987, sollten die Einheit der Belegschaften weiterentwickeln. Die DKP plädiert daher für Gemeinschaftswahlen. Um die gewerk-

schaftliche Handlungsfähigkeit im Jugendbereich zu sichern und eine einheitliche Interessenvertretung aller Auszubildenden und Jugendlichen zu gewährleisten, unterstützt die DKP die Bildung von Jugend- und Ausbildungsververtretungen, wobei als Zwischenschritte bis zu einer gesetzlichen Regelung auch tarifvertragliche Regelungen oder Betriebsvereinbarungen notwendig seien.

In seinem Referat meinte Cieslak, daß diejenigen Vertrauenskörper und Belegschaften gut beraten seien, die bei den Wahlen auf der Grundlage von Arbeitsvorhaben, Arbeitsplanungen oder auch Förderungsprogrammen arbeiteten, die eine gute Grundlage für die Arbeit in der neuen Legislaturperiode sein könnten. Ausführlich stellte er Überlegungen der Kommunisten vor, wie in Betrieben mit Listenvielfalt die Spaltung schrittweise überwunden werden kann. Betriebliche Einheitslisten seien zwar kein Ersatz für gewerkschaftliche Einheitslisten, könnten aber als Übergangsetappe dienen. Danach sollten alle, die kandidieren wollten, von der Wahlkommission erfaßt und später alphabetisch auf dem Wahlzettel stehen. Notwendig sei, den größten Teil der Belegschaft als Mitträger der Liste durch Unterschrift zu gewinnen. Ziel müsse es sein, Bedingungen zu schaffen, die längerfristig mehrere Listen im Betrieb überwinden und an die gewerkschaftliche Einheitsliste heranhelfen.

Der Vorsitzende der DKP, Herbert Mies, hatte in seinem Schlußwort darauf verwiesen, daß diese Konferenz bewiesen habe, daß die Partei „nicht von den tatsächlichen Fragen in den Betrieben und Gewerkschaften isoliert“ sei. Sie habe das Zeichen auf Kampf gestellt, u. a. auch „für das gemeinsame Handeln von Kommunisten, Sozialdemokraten, Christen und Parteilosen“.

In der Entschließung „Einheitsgewerkschaft, Betriebsrats- und Personalratswahlen“ hält die DKP zusammenfassend folgendes für erforderlich:

– die Aufstellung einheitlicher, gemeinsamer Kandidatenlisten der Gewerkschaft in den Betrieben;

– demokratische, betriebliche Kandidatenwahl durch die zuständigen gewerkschaftlichen Gremien;

– Aufstellung der aktivsten, bewußtesten Gewerkschafter, mehr Frauen, junge und ausländische Kolleginnen und Kollegen in die Betriebs- und Personalräte;

– gemeinsame Wahl der Arbeiter und Angestellten;

– betriebliche Förderungsprogramme, die Arbeitsprogramme für die neu gewählten Betriebs- und Personalräte sein können.“

Die Entschließung endet: „Den Spalttern keine Chance! Ein Betrieb – eine Gewerkschaft – eine gewerkschaftliche Einheitsliste! Für starke Interessenvertretungen in den Betrieben!“ Heinz Schäfer

Der Sozialismus liegt nicht auf der Insel „Nirgendwo“

Mit dem Thema „Sozialismus heute. Realität – theoretische Analyse – Perspektive“ beschäftigte sich am 21./22. Juni in Frankfurt eine gemeinsame Konferenz der Akademien der Gesellschaftswissenschaften bei den Zentralkomitees der KPdSU und der SED sowie des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF). Rund 120 Teilnehmer wollten sich aus erster Hand informieren lassen, denn schließlich liegt der Sozialismus nicht auf der „Insel Nirgendwo“. „Er beginnt jenseits der Elbe und Werra“, „spricht längst auch mit deutscher Zunge“ und ist vom „Standpunkt der Marxisten der BRD ein Blick auf die eigene Zukunft“, so Heinz Jung, Leiter des IMSF, in seinem Einleitungsreferat.

Von der Moskwa war Prof. Schachnasarow an den Main gekommen. Er sprach über „die Strategie der Beschleunigung und die Perspektiven des Sozialismus“, wobei er auch Fehler und Schwächen, wie sie auch auf dem 27. Parteitag der KPdSU festgestellt worden waren, nicht verschwie. Hinzu sei das durch die USA forcierte Wettrüsten und ihre Pläne gekommen, den Weltraum zu militarisieren, um „Rache für die erlittene Niederlage zu nehmen, den Sozialismus und die nationale Befreiungsbewegung zurückzuwerfen“.

Diese schwierige außen- wie innenpolitische Situation haben „von der KPdSU extraordinary Lösungen“ erfordert. „Und unsere Partei hat sich als ihrer Verantwortung gewachsen erwiesen und der 27. Parteitag Meilensteine gesetzt, weil seine Beschlüsse einschneidende Veränderungen im Herangehen an den gesamten Komplex von aktuellen Problemen des sozialistischen bzw. kommunistischen Aufbaus, der Innen- und Außenpolitik des Sowjetstaates vorsehen“, so Schachnasarow. Ziel sei die „wesentliche Erhöhung des materiellen und geistigen Wohlstands der Werktätigen, vollständige Durchsetzung des Prinzips der sozialen Gerechtigkeit in allen wichtigen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, Annäherung der Klassen, sozialen Gruppen und Schichten und Festigung der Freundschaft zwischen den Nationen und Völkern unseres Landes“.

Der Redner verwies auch auf die bevorstehenden drei Planjahrhünfte, wo die gesellschaftliche Produktion auf das 2,3- bis 2,5fache, das Nationaleinkommen nahezu auf das Doppelte und der Ausstoß der Industrieproduktion mindestens auf das Doppelte gesteigert werden sollen. Doch dürfe man bei allen Schwierigkeiten in den 70er Jahren auch die beachtlichen Leistungen dieser Periode nicht übersehen. Prof. Schachnasarow nannte u. a. die Baikal-Amur-Eisenbahnmagistrale, den Bau der längsten Erdgasleitung der Welt, die Erschließung des Weltraums zu friedlichen Zwecken sowie die Verbesserung des Lebensniveaus der Sowjetmenschen.

Prof. Otto Reinhold aus der DDR wies eingangs seines Referats auf die wichtigste

Aufgabe unserer Zeit hin, „den Frieden zu sichern und ein nukleares Inferno zu verhindern“. Dieses Ziel stünde uneingeschränkt an der Spitze der außenpolitischen Tätigkeit der DDR. Er zog eine Bilanz der ökonomischen und sozialen Entwicklung der 80er Jahre, die sich im Weltmaßstab sehen lassen kann. So wuchs das Nationaleinkommen im Jahresdurchschnitt um 4,5 Prozent, besonders deutlich in den letzten beiden Jahren (1984 um 5,5 und 1985 um 4,8 Prozent). Er nannte die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik, die intensiv erweiterte Reproduktion, das den gegenwärtigen Erfordernissen der wissenschaftlich-technischen Revolution entsprechende System der Planung und Leitung, die Verbindung von Wissenschaft und Produktion sowie der notwendigen Bildungsvorlauf.

Und auch in den kommenden Jahren wird nach den Angaben von Otto Reinhold das Nationaleinkommen im Jahresdurchschnitt um 4,5 Prozent wachsen. Bis 1990 sollen alle Familien mit menschenwürdigen Wohnungen versorgt sein bei gleichbleibenden Mieten zwischen 3 und 4 Prozent des monatlichen Einkommens. Hinzu kämen – auch das gehört zum Wohnungsprogramm der DDR – „eine Vielzahl von sozialen, medizinischen Einrichtungen, Schulen und Sporteinrichtungen“. Allein für das Wohnungsprogramm würden 10 Prozent des Nationaleinkommens ausgegeben. Prof. Reinhold versicherte, daß Mieten, Tarife und Preise für den Grundbedarf auch in den kommenden Jahren gesichert seien. Wörtlich erklärte er: „Der Preis für ein Kilo Brot, ein Kilo Fleisch, eine Kilowattstunde Strom wird auch in fünf Jahren nicht höher sein als heute oder vor 20 Jahren.“

Neben Prof. Reinhold waren weitere Wissenschaftler aus der DDR gekommen. Mit konkreten Fakten gingen die Professoren Dr. Beyer, Dr. Weidig und Dr. Hümmler auf weitere Gebiete der gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklung jenes deutschen Staates ein, in dem Arbeitslosigkeit und Lehrstellenmisere der Vergangenheit angehören. G. M.

„Versprechungen einhalten!“

Eine Woche vor der Niedersachsen-Wahl bot die SPD am 7. Juni in Osnabrück rund 1000 Betriebs- und Personalräte aus allen Teilen der Bundesrepublik auf, um sich bei den Arbeitern und Angestellten als Arbeitnehmerpartei in Erinnerung zu bringen. Die politische und gewerkschaftliche Prominenz wie Rudolf Dreßler, Gerhard Schröder, Johannes Rau, Monika Wulf-Mathies, Georg Dyckerhoff, Dieter Steinborn oder Ilse Bräus wurden mit freudigem Beifall begrüßt – nur bei Hermann Rappe mischten sich laute Buhrufe unter das Händeklatschen.

Viele Wahrheiten wurden auf dieser Betriebs- und Personalrätekonferenz ausgesprochen – mehr noch in Richtung Bonn als Hannover. Freundschaft mit dem amerikanischen Volk, so Gerhard Schröder, könne nicht Gefolgschaft zur amerikanischen Regierung bedeuten. Diese müsse vielmehr dazu gebracht werden, Salt II einzuhalten. Es gehe um Brot für die Welt und nicht um Waffen für den Weltraum.

Monika Wulf-Mathies, die neben Rau das Hauptreferat hielt, lobte die SPD als eine „Partei, die sich bewußt auf die Seite der Arbeitnehmer stellt“. Kritisch und nicht ohne Grund folge entsprechender Erfahrungen meinte sie, auch Sozialdemokraten in der Regierung müßten damit rechnen, von den Gewerkschaften „beim Wort oder beim Wahlprogramm genommen“ zu werden. Den „Chefdenkern der SPD“ wollte sie ins Stammbuch schreiben: „Wer davon träumt, das Heil im zweiten Arbeitsmarkt zu finden, spielt mit dem Feuer. Er zündelt an unseren tarifvertraglich gesicherten Einkommens- und Arbeitsbedingungen.“

Johannes Raus Wahlrede braucht nicht extra erwähnt zu werden; sie glich vorausgegangenem wie ein Ei dem anderen. Die sehr kurze Diskussion brachte dennoch wichtige Akzente. Wenn etwa vom Vorsitzenden des VW-Gesamtbetriebsrats, Walter Hiller, gemahnt wurde, das Versprechen, die Änderung des § 116 AFG zurückzunehmen, auch wirklich zu erfüllen, so läßt das nicht auf grenzenloses Vertrauen in Raus Wahlversprechen schließen.

Dieter Steinborn, stellvertretender HBV-Vorsitzender, forderte unter Hinweis auf die zum 30. Juni erfolgte Schließung von Hertie Osnabrück, die SPD müsse in der erhofften Regierungsverantwortung die „Schlupflöcher im Unternehmensrecht“ zustoßen, die es möglich machen, daß Tausende arbeitslos werden, während sich die Verantwortlichen dafür mit hohem Salär auf ihre luxuriösen Landsitze zurückziehen. Herbert Wittek, Betriebsrat bei Peine-Salzgitter, gab der SPD mit auf den Weg: „Vergesellschaftung der Eisen- und Stahlindustrie – das ist unser Ziel, und nicht Privatisierung!“ G. S.

AUS DEM ARBEITS- UND SOZIALRECHT

Sachverständige bei der Einführung neuer Technik

Betriebsräte stehen bei der Einführung neuer Technik meist vor einer Fülle von Problemen, die sie ohne die Hilfe von Sachverständigen kaum lösen können. § 80 Abs. 3 BetrVG regelt: „Der Betriebsrat kann bei der Durchführung seiner Aufgaben nach näherer Vereinbarung mit dem Arbeitgeber Sachverständige hinzuziehen, soweit dies zur ordnungsgemäßen Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich ist. Für die Geheimhaltungspflicht der Sachverständigen gilt § 79 entsprechend.“

Die Möglichkeit, einen (oder mehrere) Sachverständige einzuschalten, gilt nach dieser Vorschrift für sämtliche Angelegenheiten der Betriebsverfassung. Beim Wirtschaftsausschuß wird diese Möglichkeit noch einmal ausdrücklich erwähnt (§ 108 Abs. 2 BetrVG). Gerade bei der Einführung neuer Technologien wird der Betriebsrat oft erst nach fachkundiger Beratung entscheiden können, ob ein Mitbestimmungstatbestand z. B. nach §§ 87 Abs. 1 Ziff. 6 oder 7, 91 oder 111 gegeben ist und welche Forderungen im Interesse der Belegschaft aufgestellt werden sollten. Oft kann er ohne einen Sachverständigen nicht einmal feststellen, ob ihm die vom Unternehmer zur Verfügung gestellten Informationen überhaupt ausreichend sind. Sachverständige kann der Betriebsrat – dies macht es in der Praxis so schwierig – nur „nach näherer Vereinbarung mit dem Arbeitgeber“ bestellen. Daß die Unternehmer kein Interesse an Sachverständigen für den Betriebsrat haben, für dessen Kosten sie nach § 40 Abs. 1 aufkommen müssen und der den Betriebsrat u. U. über die Gefahren und Probleme technischer Neuerungen umfassend aufklären könnte, versteht sich von selbst.

Vorab ist festzustellen, daß es unterhalb der Sachverständigenebene eine Reihe von Aufklärungs-, Informations- und Hilfsmöglichkeiten für den Betriebsrat gibt, die nicht an eine Übereinstimmung mit dem Unternehmer gebunden sind. So steht es dem Betriebsrat frei, sich bei der Erfüllung seiner Aufgaben fremder Hilfe zu bedienen, wenn dies nicht mit Kosten für den Unternehmer verbunden ist. Er kann Gewerkschaftsvertreter, Mitglieder des Gesamt- und Konzernbetriebsrats, Angehörige der Krankenkassen, der gewerblichen Berufsgenossenschaften, Werksärzte, Mitarbeiter des Gewerbeaufsichtsamtes und Unfallverhütungsspezialisten hinzuziehen. Die Teilnahme dieser sogenannten „Auskunftspersonen“ an Betriebsratssitzungen und Betriebsversammlungen verletzt den Grundsatz der Nicht-Öffentlichkeit nicht.

Auch über die Teilnahme an Schulungsveranstaltungen zu neuen Technologien entscheidet der Betriebsrat in eigener Verantwortung. So hat das Arbeitsgericht Stuttgart (Beschuß vom 16. März 1983 – 2 BV 1/83) entschieden, daß der Unternehmer verpflichtet ist, Schulungskosten bei einer Schulung über Fragen von Personalinformationssystemen des Datenschutzes und des Bildschirmtextes zu erstatten. Dies gelte selbst dann, wenn das Unternehmen nicht beabsichtige, selbst ein Personalinformationssystem anzuschaffen.

Ein entsprechendes Schreiben an die Unternehmensleitung könnte etwa folgendermaßen aussehen: „Sehr geehrter Herr ... Auf seiner Sitzung vom ... hat der Betriebsrat festgestellt, daß ihm die erforderliche Sachkunde zur Beurteilung des EDV-Systems XYZ, das Sie einzuführen beabsichtigen, fehlt. Er hat beschlossen, Herrn ... als Sachverständigen hinzuzuziehen. Voraussichtlich werden ... Arbeitsstunden à ... und sonstige Kosten von ... anfallen. Wir bitten um Ihre Zustimmung bis zum ...“

Der Betriebsrat hat immer dann einen Rechtsanspruch, Sachverständige hinzuzuziehen, wenn dies zur „ordnungsgemäßen Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich ist“. Er sollte grundsätzlich davon ausgehen, daß er für seine Beratungs-, Mitwirkungs- und Mitbestimmungsaufgaben ein Wissen benötigt, das dem der Unternehmensleitung ebenbürtig ist. Erst wenn der Informations- und Kenntnisstand gleich ist, lassen sich die Interessen der Belegschaft wirksam vertreten.

Der Betriebsrat braucht nicht mit den Informationsquellen vorliebzunehmen, die ihm der Unternehmer anbietet, also z. B. einen Vertreter der Herstellerfirma als Sachverständigen oder einen Betriebsangehörigen. Da er sich im Gegensatz zu den Gewinninteressen des Unternehmers an den Auswirkungen für die Beschäftigten orientieren muß, muß er Sachverständige finden und benennen, die bereit sind, neue Technologien unter diesem Aspekt (Auswirkungen auf die Personalentwicklung, Personalabbau, Dequalifizierung, Notwendigkeit von Weiterbildungsmaßnahmen, Auswirkungen auf Lohn, Gehalt und Arbeitszeit, Veränderungen der Arbeitsbedingungen, Monotonisierung der Arbeit, gesundheitliche Gefährdungen, Persönlichkeits- und Datenschutz etc.) zu prüfen.

Die Hinzuziehung von Sachverständigen bei EDV-Systemen haben u. a. die Arbeitsgerichte Braunschweig (Beschuß vom 14. 11. 1984 – 2 BV 52/84), Oberhausen (Beschuß vom 5. 9. 1985 – 4 BV 52/84) und das LAG Berlin (Beschuß vom 30. 7. 1985 – 3 Ta BV 6/85) bejaht. Das Arbeitsgericht Braunschweig entschied: „Dem Betriebsrat muß ein unabhängiger externer Sachverständiger zur Verfügung gestellt werden, da bei einem Betriebsangehörigen die Gefahr der Interessenkollision besteht.“ In dem Beschuß des Arbeitsgerichts Oberhausen heißt es: „Hat ein Betriebsrat, nachdem er durch einen betriebsinternen Sachverständigen informiert worden ist, Zweifel an der Stichhaltigkeit oder der Objektivität von dessen Darstellung, so kann er einen Sachverständigen seines Vertrauens hinzuziehen. Mit zunehmender Schwierigkeit der Materie (hier: EDV-gestützte Betriebsdatenverarbeitung) verringern sich die Anforderungen an die Begründung der Zweifel.“

In dem – ansonsten problematischen – Bildschirmantrag des BAG vom 6. 12. 1983 – 1 ABR 43/81 hat das BAG entschieden, daß der Betriebsrat bei der Einführung von Bildschirmarbeitsplätzen, „soweit ihm die erforderliche Sachkunde fehlt“, einen Sachverständigen hinzuziehen kann, und zwar bereits bei der Prüfung der Frage, ob ihm überhaupt ein Mitbestimmungsrecht nach § 87 Abs. 1 Ziff. 6 zusteht. Außerdem wird ausdrücklich in dieser Entscheidung bekräftigt, daß der Betriebsrat einen rechtzeitigen und umfassenden Informationsanspruch auch und vor allem über das jeweilige EDV-Programm hat. Weigert sich der Unternehmer, einem Sachverständigen zuzustimmen oder gibt es Streit über die Modalitäten (zum Beispiel über die Person des Sachverständigen, den Umfang der Kosten, seine Aufgabenstellung), so muß der Betriebsrat das Arbeitsgericht anrufen und diese Fragen im Beschlußverfahren klären lassen. Besteht die Gefahr, daß der Unternehmer vollendete Tatsachen schafft, so kann die Bestellung eines Sachverständigen auch über eine einstweilige Verfügung durchgesetzt werden (ArbG Hamburg, Beschuß vom 20. 2. 1981 – 17 BVGa 4/80; LAG Düsseldorf, Beschuß vom 9. 11. 1983 – 5 TABV 82/83).

Ein Sachverständiger unterliegt nach § 80 Abs. 3 der Geheimhaltungspflicht. Im Umkehrschluß bedeutet dies, daß externe Sachverständige – ebenso wie Gewerkschaftsvertreter – nicht mit dem Hinweis abgelehnt werden können, die Geheimhaltung sei gefährdet. Sie können auch an Betriebsratssitzungen und Betriebsversammlungen teilnehmen.

Da der Unternehmer bei der Bestellung von Sachverständigen nicht gerade kooperationswillig ist, empfiehlt es sich, daß der Betriebsrat eine eigene „Informationspolitik“ betreibt. Die örtliche Gewerkschaft, der DGB, gegebenenfalls auch die Hauptvorstände oder das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut des DGB (WSI) können ihm Sachverständige benennen.

Barbara Deger

DGB-Kongreß setzte Akzente für fortschrittliche Sozialpolitik

Bei der Behandlung und Beschlußfassung über die ihm vorliegenden sozialpolitischen Anträge hat der Ende Mai in Hamburg stattgefunden 13. DGB-Bundeskongreß deutliche Akzente gegen jeden Sozialabbau – für eine fortschrittliche, an den Interessen der Arbeiter und Angestellten orientierte Sozialpolitik gesetzt. Das gilt, auch wenn in dem Gesamtpaket der sozialpolitischen Anträge einige Widersprüche und Inkonsistenzen nicht zu übersehen sind.

Die Delegierten des Kongresses haben die grundsätzlichen Positionen des DGB gegen den Abbau von Sozialleistungen bekräftigt. In dem Antrag „Verwirklichung des Sozialstaates“ wird scharf die Wendepolitik der Bonner Rechtskoalition kritisiert, durch die „der Sozialstaat zur praktischen Bedeutungslosigkeit degradiert werden“ soll. Die Bundesregierung verfolge ein Programm, „wie es sozialstaatsfeindlicher nicht sein könnte“.

Der Kongreß hat nicht nur einen breitgefächerten Katalog von Forderungen für viele Bereiche der sozialen Sicherungen beschlossen, die sich an die Bundesregierung richten, sondern auch Aufforderungen an den DGB-Vorstand, die sozialpolitischen Aktivitäten zu verstärken. Dazu zählt die Festlegung, beim Bundesvorstand eine „Strukturkommission Lebenssituation älterer Menschen (Altenhilfe)“ zu bilden.

Umfangreiche und konkrete Vorstellungen und Forderungen sind in mehreren Anträgen für die Verbesserung des Arbeitsschutzes entwickelt. Verlangt wird ein fortschrittliches Arbeitsschutzgesetz, in das alle Arbeitnehmer sowie Schüler und Studenten von Hoch- und Fachschulen einzubeziehen sind. Es soll wirksame rechtliche Grundlagen für die Bekämpfung krankmachender Faktoren und Unfallgefahren in der Arbeitswelt schaffen. Besonders gefährliche Arbeitsstoffe sollen schrittweise verboten, die Hersteller von Bildschirmgeräten durch strenge Auflagen verpflichtet werden, bei der Konstruktion und Herstellung von Geräten arbeitsmedizinische Normen einzuhalten und die Tätigkeit der Betriebsärzte soll vorrangig auf die gesundheitsgerechte Arbeitsgestaltung orientiert werden. In die arbeitsmedizinische Betreuung sollen auch die Beschäftigten der Klein- und Mittelbetriebe einbezogen werden, die Betriebs- und Personalräte bei der Bestellung und Aberufung von Betriebsärzten und Sicherheitsfachkräften ein generelles Mitbestimmungsrecht erhalten.

Ein Antrag, mit dem der DGB-Vorstand aufgefordert werden sollte, „sich weiterhin mit Nachdruck für eine Strukturreform des Gesundheitswesens einzusetzen“, wurde mit dem Hinweis für erledigt erklärt, daß schon auf Beschuß des 12. DGB-Kongresses eine Strukturkommission berufen

wurde, deren Ergebnisse demnächst vorliegen werden. Recht eigenartige Positionen gibt es in einem als Material angenommenen Antrag der IG Chemie. Zwar wird festgestellt, daß das Gesundheitswesen einer der Bereiche ist, in dem Ärzte, Zahnärzte, Apotheker und andere Leistungsanbieter höchste Einkommen erzielen, die hohen Arzneimittelpreise aber werden unter Hinweis auf die innovative Forschung der pharmazeutischen Indu-



strie gerechtfertigt und für den (weiteren) Abbau von Krankenhausbetten plädiert.

Mit einem von den Delegierten beschlossenen Antrag wird dagegen von der pharmazeutischen Industrie ein wirksamer Beitrag zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen „erwartet“. Gefordert wird, das Solidaritätsprinzip zu sichern, der Kosten- und Risikoabwälzung mit Nachdruck entgegenzuwirken, „bereits eingeführte Formen der zusätzlichen Selbstbeteiligung“ wieder abzuschaffen. Gesetzlich soll festgelegt werden, daß Vertragsverhandlungen zur Regelung der Arzthonore und Pharmapreise von einer gemeinsamen Kommission der RVO- und Ersatzkassen geführt werden. Die Freistellung für die Pflege erkrankter Kinder soll auf alle in häuslicher Gemeinschaft lebende Angehörige ausgedehnt, auf zwei Wochen verlängert und insbesondere die Altersgrenze für Kinder – acht Jahre – aufgehoben werden.

Zur besseren sozialen Absicherung bei Pflegebedürftigkeit ist der 13. DGB-Kongreß für ein ineinandergreifendes Gesamtsystem der Pflegeversorgung eingetreten. Dabei soll die ambulante Pflege weiter Vorrang haben. Pflegekosten, soweit sie nicht in den Bereich der Krankenversicherung fallen, sollen vom Staat finanziert werden, so insbesondere die Investitionen im ambulanten und stationären Bereich,

pflegebedürftige Mehraufwendungen und das Pflegegeld.

Auch bei stationärer Pflege müsse dem Pflegebedürftigen und seinen Angehörigen ein solcher Anteil vom Einkommen verbleiben, der eine „menschenwürdige Lebensführung und die Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben ermöglicht“.

Unter Hinweis auf die zunehmende Zahl der Suchtkranken (Alkoholranke mindestens 1,5 Millionen) und den großen volkswirtschaftlichen Schaden durch die Suchtkrankheiten (schätzungsweise 17 Milliarden DM allein durch die Alkoholkrankheit) hat sich der Kongreß für ein integriertes abgestimmtes gemeindenahes Versorgungssystem zur Bekämpfung der Suchtkrankheiten ausgesprochen.

Für den Bereich der Rentenversicherung forderten die Delegierten eine Reform des Frühinvalidenrechts, um damit die Lücken zwischen Arbeitsunfähigkeit und Frühinvalidität zu schließen. Um die Stabilität des Rentensystems zu festigen, sollen „die Unternehmer zusätzlich mit ihrer Wertschöpfung zur Finanzierung“ herangezogen werden. Vom Bundesvorstand wird verlangt, ein Konzept zur Sicherung der Rentenansprüche zu erarbeiten, durch das neue Finanzquellen erschlossen werden.

In einem Diskussionsbeitrag zu diesem Antrag mahnte der Kollege Harry Fuchs, ÖTV: „Wenn wir nicht bald mit alternativen Finanzierungskonzepten klarmachen können, daß weniger Beitragszahler in einem Land mit stetig steigender Produktivitätsrate nicht zwingend auch weniger Rente bedeuten muß, hat auch die jetzt laufende Desinformation der Bevölkerung Erfolg, und eine weitere Wende steht bei der Rentenfinanzierung bevor.“

Die Beitragspflicht zur Renten- und Arbeitslosenversicherung vom Krankengeld und die erweiterte Beitragspflicht von Sonderzahlungen, wie dem Urlaubsgeld, soll nach den Kongreßbeschlüssen rückgängig gemacht oder diese Beiträge in die Leistungsbemessung eingezogen werden.

Mit mehreren Anträgen ist der Kongreß für den Ausbau des eigenständigen Rentenanspruchs der Frauen eingetreten. Kindererziehungszeiten sollen auch für die vor 1921 geborenen Frauen angerechnet und schrittweise zunächst auf drei, später sechs Jahre pro Kind ausgeweitet werden. Bei Unterbrechung der Erwerbstätigkeit für die Pflege hilfsbedürftiger Angehöriger sollen Rentenversicherungsbeiträge entrichtet, alle geringfügigen Beschäftigten, bei alleiniger Beitragszahlung durch die Unternehmer, in die Sozialversicherungspflicht einbezogen, die hauptsächlich Frauen benachteiligenden Einschränkungen bei den Renten wegen Erwerbs- oder Berufsunfähigkeit beseitigt werden, für die Zeiten der Heiratsersatzung der „Arbeitgeberbeitrag“ wieder aufleben. Die Folgen der Lohndiskriminierung sollen durch Aufstockung der Beiträge

Das Treffen von Börgerende: auf der Erde noch ohne Beispiel

Wie überall in Nordeuropa schien auch in Börgerende vom 25. bis 29. Juni die Sonne. Börgerende, das ist ein Erholungsort direkt an der Ostseeküste bei Warnemünde/DDR. So nahmen denn auch viele der rund 300 Delegierten und Teilnehmer der 27. Arbeiterkonferenz der Ostseeländer, Norwegens und Islands die freie Zeit zwischen den Veranstaltungen zu einem erfrischenden Ostseebad wahr. Zur Hauptsache jedoch berieten sie intensiv über die Möglichkeiten für die Gewerkschaften, sich noch mehr für Abrüstung, Friedenssicherung und Zusammenarbeit zu engagieren.

Diese Arbeiterkonferenzen haben ihre eigene Geschichte und Tradition, die von einer ersten Zusammenkunft einzelner Gewerkschafter im Jahre 1958 – mitten im kalten Krieg – herrührt. Sich gegen Rüstung und Kriegsgefahr zu wenden und Entspannung und Zusammenarbeit zwischen den Gewerkschaften der Ostsee-Anliegerländer, Norwegens und Islands zu fördern war das Anliegen der Initiatoren. Seitdem rückten die Gewerkschaften dieser Länder enger zusammen, und manches, was sie in den vielen Jahren diskutierten und forderten, ist heute Realität geworden, wie etwa die Anerkennung der DDR, der Oder-Neiße-Grenze oder die Aufnahme offizieller Gewerkschaftsbeziehungen untereinander, auch zu den Gewerkschaften der sozialistischen Länder.

ausgeglichen und die Rente nach Mindesteinkommen ausgebaut werden.

Der DGB-Bundesvorstand wurde beauftragt, den Entwurf für ein aktualisiertes Sozialpolitisches Programm vorzulegen. Eine Aktualisierung des im März 1980 beschlossenen Sozialpolitischen Programms ist sicher erforderlich, doch darf das nicht zu einer Anpassung der gewerkschaftlichen Vorstellungen und Forderungen an die „schlechteren Zeiten“ führen. Die Begründung des Antrages läßt solche Befürchtungen nicht unbegründet erscheinen, zumal der Kongreß einige sozialpolitische Grundsatzpositionen nicht bekräftigte. Dazu gehört die Beibehaltung der Bruttolohnrente, die der 12. DGB-Kongreß noch beschlossen hat, und die Feststellung aus dem geltenden Sozialpolitischen Programm, daß das Alterseinkommen „nicht unterhalb 90 Prozent des Nettoeinkommens eines vergleichbaren Erwerbstätigen“ liegen sollte.

In den vom Kongreß verabschiedeten Anträgen wird immer wieder auf die Finanzierung der sozialen Sicherungen eingegangen. Während in einem als Material angenommenen Antrag zur „Strukturreform“ der Alterssicherung die These des CDU-Ministers Norbert Blum – „eine angemessene Verteilung der Lasten, die durch die Altersstruktur der Bevölkerung verursacht

Der DGB allerdings hat seine Skepsis noch nicht aufgegeben und hält sich abseits von dieser in der Welt einzigartigen Diskussions- und Gesprächsrunde von Gewerkschaftern. Auch an der 27. Arbeiterkonferenz nahm wieder eine Gruppe von 35 Gewerkschaftern, Betriebsräten und Jugendvertretern aus der Bundesrepublik teil, die jedoch nur sich selbst vertreten konnten. Sie sorgten aber dafür, daß in die Beratungen in den Arbeitskreisen und im Plenum wie auch bei Betriebsbesuchen und Treffen zwischen den Ländergruppen die Positionen des DGB, wie sie auf dem Kongreß Ende Mai gerade erst beschlossen worden sind, eingebracht wurden.

Plenum und Diskussionsforen der Arbeiterkonferenz fanden an zwei Tagen, dem

sind“ – übernommen wurde, hat der Kongreß in einem anderen von ihm angenommenen Antrag festgestellt: „Zu dieser Politik der Zerstörung des Sozialstaats gibt es Alternativen. Die durch die Wirtschaftskrise hervorgerufenen Finanzierungsprobleme im Bereich der Systeme der sozialen Sicherung erfordern nicht zwangsläufig eine Politik des Sozialabbaus.“ Gefordert werden eine stärkere Belastung hoher Einkommen und Vermögen sowie Maßnahmen zur wirksamen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Die Delegierten haben sich nicht darauf beschränkt, Gegenpositionen zur rechten Demontagepolitik – für den Ausbau der sozialen Sicherungen zu formulieren. Anknüpfend an die erfolgreiche DGB-Aktionswoche im Herbst 1985 wurde erklärt, daß es unbedingt notwendig ist, weiter „massiven Widerstand“ zu leisten. Es werden regionale, örtliche und zentrale Aktionsmöglichkeiten, einschließlich Schulungs- und Bildungsveranstaltungen, dargestellt und abschließend dazu festgestellt: „Nur durch gemeinsames solidarisches Handeln aller 17 Einzelgewerkschaften im DGB kann die eindeutig zu Lasten der Arbeitnehmer und gegen die Gewerkschaften gerichtete Politik dieser Regierung gestoppt werden.“

Arthur Böpple

27. und 28. Juni, statt. Diskutiert wurde neben der Problematik der atomaren Abrüstung auch die Forderung nach einer von Chemiewaffen freien Zone in Europa, über Fragen des Umweltschutzes und der Gewerkschaftsrechte in der Gesellschaft.

Die übrige Zeit war den begleitenden Veranstaltungen gewidmet, wie z.B. dem ganztägigen Besuch der nationalen Delegationen und Teilnehmergruppen von Betrieben zum Kennenlernen der konkreten Gewerkschaftsarbeit in der DDR.

Starken Zuspruch fanden im Begleitprogramm die abendlichen Treffen mit Gewerkschaftern aus den anderen Teilnehmerländern. Die Teilnehmer aus der Bundesrepublik nahmen die Gelegenheit wahr, um sich ausgiebig über die Arbeit des neuen Gewerkschaftsbundes in Polen zu informieren, der bereits über sechs Millionen Mitglieder hat. Sie erfuhren manches bislang Unbekannte über die unabhängige Stellung der „Gesamtpolnischen Verständigung“ (OPZZ), wie sich der Gewerkschaftsbund nennt, und verstehen nun erst recht nicht mehr, warum der DGB immer noch Beziehungen zu diesem Gewerkschaftsbund ablehnt. Die sowjetischen Gewerkschafter wurden in zweiseitigen Gesprächen über Details der Wirtschaftsreform, der Entwicklung der Gewerkschaftsrechte und der Betriebsdemokratie (z.B. die Beschäftigten wählen die Meister) ausgefragt.

Die Tage in Börgerende unterstrichen sehr eindrucksvoll das gemeinsame Interesse der Gewerkschafter an der Abrüstung, Entspannung und Verständigung; sie waren darin einig: der Vertrauensmann bei VW, auf der norwegischen Ölförderplattform, im schwedischen Volvo-Werk und in der dänischen Brauerei ebenso wie der Sekretär des Zentralrats der UdSSR-Gewerkschaften, Makejev, der stellvertretende OPZZ-Vorsitzende Brjanowski, das Leitungsmitglied des finnischen Gewerkschaftsbundes SAK, Aitamurto, das Vorstandsmitglied des Isländischen Gewerkschaftsbundes, Thorleifsson, oder der FDGB-Vorsitzende Tisch.

Unter den einmütig beschlossenen Willensäußerungen befindet sich ein Solidaritätstelegramm an die Gewerkschaften in Südafrika und ein Appell an die Arbeiter und Gewerkschafter der Ostseeländer, Norwegens und Islands. Darin wird der Gorbatschow-Vorschlag, die Welt bis zum Jahr 2000 atomwaffenfrei zu machen, unterstützt, ebenso alle anderen auf Abrüstung gerichteten Vorschläge und Konzeptionen. Das gilt besonders auch für den zwischen SPD, SED und KP der CSSR ausgehandelten Vertragsentwurf für eine chemiewaffenfreie Zone.

Die 28. Arbeiterkonferenz wird aller Voraussicht nach in Leningrad stattfinden.

Auch die finnischen Gewerkschaften haben für die Ausrichtung einer solchen Konferenz ihr Interesse angemeldet.

Gerd Siebert

Kampf zwischen David und Goliath

Peter Schnall: „Eine wahre Sache“; 16 mm; Farbe; 36 Minuten; CON-Filmverleih, Westerdeich 38, 2800 Bremen.

Eine in vielerlei Hinsicht ungewöhnliche Auseinandersetzung, deren Verlauf an das biblische Gleichnis vom Kampf zwischen David und Goliath erinnert, ist Gegenstand des Films „Eine wahre Sache“ von Peter Schnall.

Wohl wissend, daß sie ihr eigenes Leben und das ihrer Familienangehörigen riskieren, besetzten am 17. Februar 1984 460 Arbeiter einen Abfüllbetrieb des US-Multis Coca-Cola in Guatemala-City, um ihn vor der Demontage zu bewahren und ihre Arbeitsplätze zu erhalten (NACHRICHTEN berichteten über diesen Kampf). Denn in Guatemala leiden die Menschen in ihrer Mehrzahl nicht nur unter dem Terror der staatlichen Sicherheitsorgane und paramilitärischen Todesschwadronen, zu deren blutigem Geschäft Entführungen, Folter und Mord gehören, sie haben darüber hinaus auch noch das Joch einer verheerenden Mißwirtschaft der Militärs mit knapp 50prozentiger Arbeitslosigkeit zu tragen.

Auch und gerade deshalb setzten sich die Arbeiter des Coca-Cola-Betriebes zur Wehr. Für sie handelte es sich bei der beabsichtigten Betriebsstillegung um eine illegale Aussperrung, den angeblichen Konkurs des Unternehmens hielten sie für Betrug. Absicht der Firmenleitung und der Konzernspitze in Atlanta (USA) war es ganz offensichtlich, sich mittels dieser Maßnahme der für sie lästigen – weil konfliktbereiten – Betriebsgewerkschaft zu entledigen.

In eindrucksvollen, oft wechselnden Bildern und Einstellungen schildert der Film

diesen Konflikt, setzt sich mit seinen Ursachen und Hintergründen auseinander. Immer wieder eingeblendet werden Interviews mit an der Aktion beteiligten Arbeitern, Familienangehörigen von ermordeten Gewerkschaftern, Vertretern von Menschenrechtsorganisationen und fortschrittlichen Rechtsanwälten. Daneben gilt das Augenmerk des Regisseurs der sich parallel zur Betriebsbesetzung entwickelnden internationalen Solidarität.

Auf Initiative der Internationalen Union der Lebens- und Genüßmittelarbeiter-Gewerkschaften (IUL) rüsteten sich nämlich deren stärkste Mitgliederverbände in den USA, Kanada und in Europa zum weltweiten Boykott von Coca-Cola-Produkten. Derart unter Druck geraten, sah sich die Konzernzentrale in Atlanta schließlich zum schrittweisen Einlenken veranlaßt. Nach 12 Monaten härtester Auseinandersetzungen hatten die guatemalteckischen Coca-Cola-Arbeiter den Erhalt ihrer Arbeitsplätze erzwungen und den Versuch, ihre Gewerkschaft zu zerschlagen, vereitelt.

Die besondere Bedeutung des Films liegt wohl gerade darin, daß er uns zum einen über einen erfolgreichen gewerkschaftlichen Kampf aus einem Land berichtet, das durch grausame Unterdrückung und allgegenwärtigen Terror bekannt ist, ebenso überzeugend aber auch die wirksam gewordene internationale Solidarität darstellt. Insofern ist Peter Schnalls Film auch ein politisches Lehrstück darüber, was konsequenter gewerkschaftlicher Kampf zu leisten vermag.

Georg Diederichs

NACHRICHTEN ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

Gewerkschaftsspiegel
Informationen und Kommentare
Gegründet 1961
von Heinz Seeger
ISSN 0047-8598

Herausgeber: Arthur Böpple, Bremen;
Heinz Lukrawka, Dinslaken; Leonhard Mahlein t; Willi Malkomes, Frankfurt;
Heinz Seeger, Friedrichshafen.

Redaktionskollegium: Renate Bastian, Barbara Degen, Bernhard Keßler, Gisela Mayer, Dr. Werner Petschick (verantwortlich für den Inhalt), Dr. Heinz Schäfer, Gerd Siebert.

Die NACHRICHTEN erscheinen monatlich in der Nachrichten-Verlags-GmbH mit vierteljährlicher Beilage „INFORMATIONEN zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse“ (März, Juni, September, Dezember).

Einzelpreis 4,- DM; Jahresabonnement 40,- DM einschließlich Zustellgebühren. Das Jahresabonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres

Jahr, falls es nicht bis zum 30. November des laufenden Jahres schriftlich gekündigt wird. Konto-Nr. 1615612900, Bank für Gemeinwirtschaft, Frankfurt/M., Postgirokonto: Frankfurt/Main 305040-606.

Namentlich gezeichnete Artikel entsprechen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion.

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Nachdruck nur mit Quellenangabe, bei Interviews und Artikeln von nicht der Redaktion angehörenden Autoren ist die Zustimmung des Gesprächspartners bzw. Autors notwendig.

Redaktionsschluß: 27. Juni

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, 4040 Neuss.



Nachrichten
Verlagsgesellschaft mbH
Kurfürstenstraße 18
Postfach 900749
6000 Frankfurt/M. 90
Telefon (069) 77 80 79

VERLAGSINTERNES

25 Jahre NACHRICHTEN – kein Grund, sich auszuruhen, zurückzulehnen; die Arbeit geht voll weiter, auch jetzt in der vermeintlichen Sommerpause, wenn Redakteure und Mitarbeiter Zug um Zug in den Urlaub fahren. Stoff für unsere Zeitschrift und Arbeit für die Hierbleibenden oder (leider) schon Zurückgekehrten ist zur Genüge vorhanden. Da ist in erster Linie die Berichterstattung, Kommentierung und Dokumentation vom DGB-Bundeskongreß in Hamburg. In der letzten Ausgabe begannen wir, in diesem Heft geht es weiter, vor allem mit der Dokumentation von Auszügen aus Diskussionsbeiträgen und Beschlüssen. Wie beim letzten Kongreß vor vier Jahren wird außerdem zur Zeit die Herausgabe eines Heftes der nachrichten-Reihe mit Beschlüssen und anderen Materialien vom Parlament der Arbeit vorbereitet.

Was in Hamburg lief, war auch Thema einer NACHRICHTEN-Leserversammlung am letzten Abend des Kongresses an der Hochschule für Politik und Wirtschaft (HPW) Hamburg. Drei Redakteure, die den Kongreß verfolgten, konnten unmittelbar ihre Eindrücke HPW-Hörern weitervermitteln. Natürlich spielte der Kongreß auch eine wichtige Rolle bei der Herausgebertagung und bei der Diskussionsveranstaltung zu unserem Jubiläum am 6. Juni im Frankfurter Gewerkschaftshaus. Der bekannte Schriftsteller und langjährige VS-Vorsitzende Bernd Engelmann hielt das Einleitungsreferat.

Interessierten Kreisen endlich zugänglich ist nun auch die berühmte Studie von Harvey Brenner über die gesundheitlichen und psychologischen Folgen der Arbeitslosigkeit, 1976 erarbeitet im Auftrag des US-Kongresses. Enthalten in dem Band „Weg vom Fenster – Arbeitslosigkeit und ihre Folgen“, herausgegeben von Bernd Klees und Siegfried Weyerer, richtet sie sich vor allem an Gewerkschafter, Sozialwissenschaftler und Sozialpolitiker und kann helfen, daß auch hierzulande die Folgen von Arbeitslosigkeit ernster genommen werden. Die Studie und die begleitenden Beiträge von Klees und Weyerer zur Situation in der Bundesrepublik, zur Problematik von sog. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) und ein internationaler Vergleich „ehrenamtlicher“ Beschäftigung für Arbeitslose unterstützen geradezu die Forderung des DGB nach jährlichen Berichten zur Entwicklung der Armut in der Bundesrepublik, ja gehen darüber noch hinaus. Das 205 Seiten umfassende Buch kann für 20 DM über Buchhandel oder Verlag bezogen werden. jaco

Die Herausgebersitzung am 6. Juni beschloß einmütig, das Redaktionskollegium der NACHRICHTEN um die bisherigen langjährigen Mitarbeiter Renate Bastian, Barbara Degen (Florett) und Bernhard Keßler zu erweitern.

Postvertriebsst
 Nachrichten- 1
 Verlags-GmbH
 Kurfürstenstr. 1
 Postf. 90 07 49
 6000 Frankfurt/

 0603650ANN86007 100033 996
 FREIE UNIVERSITAET B.
 VORM.OTTO-SUHR-INSTITU
 IHNESTR. 21

1000 BERLIN 33

7/86

Terminkalender

- **1. September**
Veranstaltungen zum Antikriegstag
- **11. Oktober**
Großdemonstration und Kundgebung in Hasselbach (Hunsrück)
- **September bis November**
Aktionsherbst der Gewerkschaftsjugend gegen Jugendarbeitslosigkeit
- **7. bis 12. September**
10. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Nahrung – Genuß – Gaststätten in Hamburg
- **12. September**
17. Gewerkschaftstag der IG Bergbau und Energie in Duisburg
- **5. bis 9. Oktober**
15. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Textil – Bekleidung in Aachen
- **12. bis 18. Oktober**
14. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier in Essen
- **19. bis 25. Oktober**
15. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Metall in Hamburg
- **23. bis 25. Oktober**
Jugendtag der IG Bergbau und Energie in Duisburg

- **15. bis 19. November**
Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in Osnabrück
- **23. bis 29. November**
15. Gewerkschaftskongreß der Deutschen Postgewerkschaft in Nürnberg

Strauß verleiht Orden an Exnazi

Unter dieser Überschrift berichtet die „Welt der Arbeit“ vom 26. Juni, daß Ministerpräsident Strauß den Bayerischen Verdienstorden an den Exnazi und früheren Bundesvertriebenenminister Theodor Oberländer verliehen hat. Die DGB-Wochenzeitung schreibt: „Bereits beim Hitler-Putsch gegen die Weimarer Republik, beim Marsch auf die Feldherrenhalle in München am 9. November 1923, war Oberländer dabei. Seine weiteren Stationen: 1933 Eintritt in die NSDAP, ein Jahr später, Oberländer war 29 Jahre alt, wurde er Professor. „Jede deutsche Volksgruppe kann draußen“, schrieb er 1939, „ein drittes Reich im kleinen sein und ... das Judentum bekämpfen.“ ... 1960 wurde er als Minister entlassen: Das Oberste Gericht der DDR hatte Oberländer in Abwesenheit wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt.“

Zu guter Letzt

An Chile erinnert

Weder Bayerns Ministerpräsident Strauß, der Verständnis dafür hätte, wenn die Polizei in Wackersdorf auf Demonstranten schießen würde, noch der schleswig-holsteinische Innenminister Clausen (CDU), der in Brokdorf den Befehl zum Niederknüppeln friedlicher Demonstrationen und zum Einsatz von Reizgasgranaten gab, können den zweifelhaften Ruhm für sich beanspruchen, eine Situation herbeigeführt zu haben, die an Chile erinnert.

Ausgerechnet der Hamburger Innensenator Rolf Lange (SPD) gab den Befehl für eine „der rechtsstaatlich zweifelhaftesten Polizeiaktionen der letzten Jahre“, so „Die Zeit“. Als am Mittag des 8. Juni auf dem Altonaer Heiligengeistfeld 600 Kernkraftgegner, darunter auch zahlreiche Gewerkschafter gegen den tags zuvor erfolgten brutalen Polizeieinsatz in Brokdorf demonstrierten, wurden sie von einer Polizeiübermacht unter Schlagstockeinsatz auf engstem Raum umzingelt. Zwölf Stunden mußten die Demonstranten in dem engen Kessel ausharren. Selbst ihre Frauen durften in den ersten sechs Stunden nicht zur Toilette. Unter den Zoten der Polizei mußten sie ihre Notdurft verrichten. „Wir standen buchstäblich in unserer eigenen Scheiße und Pisse“, erklärte der Pastor der Altonaer Friedenskirche, Christian Arndt, dem „Spiegel“. Immer wieder wurden Drohungen der Polizisten gegen die Demonstranten ausgestoßen, so beispielsweise „man sollte euch über der DDR aus einem Hubschrauber werfen“ oder „lieber gleich durch ein Minenfeld jagen“.

Stundenlang wurden Anwohner und Freunde der Einkesselten daran gehindert, Essen und Getränke über die Polizeikette zu reichen. Und als es kalt wurde, lehnte die Polizei mit der absurden Begründung ab, die Betroffenen könnten sich damit verummnen und ihre äußeren Merkmale verändern. Als gegen Mitternacht rund 40 Taxifahrer mit einem Hupkonzert gegen das brutale Vorgehen der Polizei protestierten, wurden die Autos demoliert.

Im Hamburger Senat kam es zwei Tage später zu tumultartigen Auseinandersetzungen. Der SPD-Sozialsenator Ehlers fühlte sich an Chile erinnert, und der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Bodo Schumann bezeichnete diesen 8. Juni als einen „Tag der Scham und Trauer“. Personelle Konsequenzen wurden jedoch nicht gezogen.

Ich bestelle hiermit:

7/86

☐ **NACHRICHTEN im Abonnement für 40 DM im Jahr inkl. Porto.**
☐ die nächsten 3 Ausgaben **kostenlos** und unverbindlich zur Probe

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Datum

Unterschrift

Vertrauensgarantie:

Ich bin berechtigt, diese Bestellung innerhalb einer Woche nach Absendung gegenüber der Nachrichten-Verlags-Gesellschaft mbH, Kurfürstenstraße 18, 6000 Frankfurt/M. 90, in schriftlicher Form zu widerrufen.

Ort, Datum

Unterschrift

(Falls geworben durch einen anderen Abonnenten, bitte Namen und Anschrift des Werbers sowie Buchwunsch aus der Produktion des Nachrichten-Verlages auf gesondertem Blatt angeben.)